



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432A

1971

Montag, den 18. Oktober 1971

Nr. 42

Seite

Seite

**Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei**

Wechsel in der Leitung des Österreichischen Generalkonsulats in Düsseldorf; hier: Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung des Exequaturs an Herrn Dr. Dr. Rudolf Majlat . . . . . 1681

Verleihung der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland . . . . . 1681

**Der Hessische Minister des Innern**

Ausbildung lebenslanger Bewerber für die uniformierte Vollzugspolizei; hier: Ausführungsriß zu § 37 Pol-LVO . . . . . 1682

Organisation und örtliche Zuständigkeit der staatlichen Schutzpolizei; hier: Änderung der Dienstbezirke der Polizeistationen Bad Soden und Kelkheim, Main-Taunus-Kreis . . . . . 1683

Benennung von Gemeindeteilen . . . . . 1683

**Gemeinsamer Runderlaß:**

1. a) Richtlinien für die Schreibweise von Namen, die Bezeichnung von Gebieten und Grenzen und die Darstellung der deutschen Grenzen in Karten und Texten („Kartenrichtlinien“);  
b) Wahl und Schreibweise von Orts- und Ländernamen bei der Ausstellung von Urkunden;

2. Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands, der Demarkationslinien innerhalb Deutschlands und der Orte innerhalb Deutschlands („Bezeichnungsrichtlinien“) — StAnz. 40/1971 S. 1618 — . . . . . 1683

Richtlinien über Bau und Einrichtung von Hochhäusern (Hochhaus-Richtlinien); hier: Wasserdruckerhöhungsanlagen . . . . . 1683

**Der Hessische Minister der Finanzen**

Jahresabschluß für das Rechnungsjahr 1971 . . . . . 1684

Heizungsanlagen in Gebäuden des Landes Hessen; hier: Umweltschutz . . . . . 1685

Grunderwerbsteuer; hier: Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bei Grundbuchberichtigungen in Erbfällen . . . . . 1686

**Der Hessische Kultusminister**

Finanzierung des Studentenwerks Darmstadt; hier: Erhöhung der Beiträge . . . . . 1686

Genehmigung der Notverordnung über die Erhebung von Kirchensteuern in der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland . . . . . 1686

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**

Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 14. 1. 1969 . . . . . 1689

Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsleitung für den Anschluß eines vorgesehenen Umspannwerkes Darmstadt/Nord . . . . . 1690

Tarif für die Fähren an der Weser und ihren schiffbaren Quell- und Nebenflüssen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover, soweit die Fähren in Niedersachsen und Hessen liegen, vom 12. 7. 1971 . . . . . 1690

**Der Hessische Sozialminister**

Vorläufige Anerkennung der Erziehungsberatungsstelle im Vincenzhaus Hofheim/Taunus des Caritas-Verbandes Frankfurt e. V. . . . . 1691

Anerkennung der Erziehungsberatungsstelle des Caritasverbandes Frankfurt e. V. in Frankfurt/Main . . . . . 1691

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt**

Flurbereinigung Schorbach, Krs. Ziegenhain . . . . . 1691

Flurbereinigung Düdelsheim, Krs. Büdingen . . . . . 1692

**Personalnachrichten**

Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . . . 1693

Im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz . . . . . 1695

Im Bereich des Hessischen Kultusministers . . . . . 1695

**Regierungspräsidenten****DARMSTADT**

Auflösung des Rindviehversicherungsvereins Roth, Krs. Gelnhäusen . . . . . 1700

Auflösung der Betriebskrankenkasse der „Westerwälder Thonindustrie GmbH“ in Breitscheid/Dillkreis . . . . . 1700

Bildung des Standesamtsbezirks Breuberg, Krs. Erbach . . . . . 1700

Herauslösung der Gemeinde Eiershausen aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Hirzenhain und der Gemeinde Wissenbach aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Frohnhausen . . . . . 1700

Bildung des Standesamtsbezirks Lorch, Rheingaukreis . . . . . 1700

Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks Dillbrecht und Zuteilung der Gemeinden Fellerdilln und Offdilln zum gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Haiger . . . . . 1700

Herauslösung der Gemeinde Guntersdorf aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Schönbach . . . . . 1700

**KASSEL**

Ungültigkeitserklärung in Verlust geratener Dienstaussweise für die forstlich ausgebildeten Bediensteten im Lande Hessen . . . . . 1700

**Buchbesprechungen**

. . . . . 1701

**Öffentlicher Anzeiger**

Regierungspräsident Darmstadt, Stellenausschreibung . . . . . 1712

1389

**Der Hessische Ministerpräsident****Wechsel in der Leitung des Österreichischen Generalkonsulats in Düsseldorf;**

hier: Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung des Exequaturs an Herrn Dr. Dr. Rudolf Majlat

Die Bundesregierung hat dem zum Österreichischen Generalkonsul in Düsseldorf ernannten Herrn Dr. Dr. Rudolf Majlat am 20. September 1971 das Exequatur erteilt. Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Dr. Friedrich Zanetti, am 9. März 1967 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 27. 9. 1971

**Der Hessische Ministerpräsident**  
**Staatskanzlei**

I A 1 — 2 e 10/03

StAnz. 42/1971 S. 1681

1390

**Verleihung der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland**

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag an folgende besonders verdiente Frauen und Männer den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

**Verdienstkreuz 1. Klasse:**

A h r e n s, Bernhard, Bezirksgeschäftsführer der SPD, Kassel

B e c k, Heinrich, Landrat, Hünfeld

D i e t z, Heinrich, Dipl.-Kaufmann, Beigeordneter, Schaaheim, Kreis Dieburg

G e l d e r b l o m, Dr. Gertrud, Direktorin a. D. der Volksbücherei der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main

Jager, Jakob, Bürgermeister, Birkenau, Kreis Bergstraße  
 Minst, Karl Josef, Schloßverwalter a. D., Publizist, Lorsch  
 Schneider, Alfred, Landrat, Weilburg  
 Seidlitz, von, Hans-Robert, Kriminaldirektor, Wiesbaden  
 Walther, Dr.-Ing. Hans, Ingenieur, Bergen-Enkheim  
 Weck, Gerhard, Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Frankfurt am Main, Frankfurt am Main  
 Wiedemann, Willi, Ltd. Geschäftsführer des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Frankfurt am Main

#### Verdienstkreuz am Bande:

Anders, Oskar, Schlossermeister, Vorstandsmitglied des Landesinnungsverbandes des Schlosser- und Maschinenbauerhandwerks, Fritzlar  
 Braun, Wilhelm, Stadtbaumeister a. D., Lauterbach  
 Brückner, Anton, Justizhauptsekretär a. D., Limburg  
 Büge, Walter, Redakteur a. D., Heppenheim  
 Dalmer, Dr. Katharina, Hausfrau, Darmstadt  
 Hieke, Richard, Bäckermeister, Mitglied des Verwaltungsausschusses der Stadt Kassel, Kassel  
 Kremer, Wilhelm, Bürgermeister, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des VdK Hessen, Löhnberg, Oberlahnkreis  
 Meth, Jean, Regierungsoberinspektor a. D., Kassel  
 Munk, Gottfried, Sattler- und Tapezierermeister, Vorstandsmitglied des Feuerwehr-Verbandes Main-Taunus, Hochheim (Main)  
 Nies, Berthold, kaufm. Leiter, Mitglied des Kreistags des Dillkreises, Herborn  
 Reitz, Heinrich, Turnlehrer, Wiesbaden  
 Richter, Josef, Rentner, Frankfurt am Main

Schneider, Bernhard, Kraftfahrer, Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordneter, Frickhofen, Kreis Limburg  
 Schneppe, Willi, Maschinenschlosser, Mitglied des Verwaltungsausschusses Kassel-Oberzwehren, Schiedsmann, Kassel  
 Stier, Otto, Bürgermeister, Mitglied des Kreis Ausschusses des Landkreises Lauterbach, Kreisbeigeordneter, Grebenhain  
 Strömann, Hugo, Bankdirektor, Stadtrat, Haiger  
 Thome, Georg, Bauunternehmer, Obermeister, Wallau  
 Vogel, Richard, Sondenführer (Munitionsbeseitigung), Wetzlar  
 Wahl, Heinrich, Direktor, Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Gießen, Schlitz  
 Wilkner, Gerhard, Stadtverordneter, stellv. Fraktionsvorsitzender der F.D.P., Wiesbaden

#### Verdienstmedaille:

Habermann, Helmut, Kommandoführer (Munitionsbeseitigung), Krofdorf-Gleiberg  
 Holl, Willi, Werkzeugmacher, Vertrauensmann im Betriebsrat, Frankfurt (Main)-Rödelheim  
 Kursawe, Günter, Sondenführer (Munitionsbeseitigung), Altheim  
 Langer, Horst, Kommandoführer (Munitionsbeseitigung), Krofdorf-Gleiberg  
 Leib, Helmut, Kommandoführer (Munitionsbeseitigung), Krofdorf-Gleiberg  
 Schneider, Erich, Handlungsbevollmächtigter, Frankfurt am Main

Wiesbaden, 24. 9. 1971

Der Hessische Ministerpräsident  
 I A 1 — 14 a 02/01

StAnz. 42/1971 S. 1681

1391

### Der Hessische Minister des Innern

#### Ausbildung lebensälterer Bewerber für die uniformierte Vollzugspolizei;

hier: Ausführungserlaß zu § 37 Pol-LVO

Für die Ausbildung der lebensälteren Bewerber für die uniformierte Vollzugspolizei nach § 37 der Verordnung über die Laufbahn der hessischen Polizeivollzugsbeamten (Pol-LVO) vom 22. Dezember 1967 (GVBl. I 1968 S. 26), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 3. Mai 1971 (GVBl. I S. 104), gelten bis zum Erlaß einer Ausbildungsordnung die folgenden Richtlinien:

#### I.

Es sind nachstehend aufgeführte Bewerbungsunterlagen erforderlich:

1. beglaubigte Abschriften oder Fotokopien
  - a) der Geburtsurkunde,
  - b) mindestens des Abschlußzeugnisses einer Hauptschule,
  - c) des Nachweises der abgeschlossenen Berufsausbildung (Gesellenbrief o. ä.) oder
  - d) des Nachweises besonderer Sach- und Fachkenntnisse;
2. handgeschriebener Lebenslauf.

#### II.

Jeder Bewerber muß das folgende Einstellungsverfahren durchlaufen:

1. Überprüfung in persönlicher Hinsicht,
2. ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit nach den Vorschriften der PDV 300,
3. Eignungsprüfung (§§ 8 ff. Pol-PrüfO), bestehend aus
  - a) psychologischer Eignungsuntersuchung,
  - b) Prüfung der körperlichen Leistungsfähigkeit.

Die Eignungsprüfung wird für alle Bewerber an der Hessischen Polizeischule oder in den Dienstorten der Hessischen

Bereitschaftspolizei durchgeführt. Auf meinen Erlaß vom 28. Juli 1971, III B 5 — 8 d 06 (n. v.), weise ich hin.

#### III.

#### Einstellungsbehörden und -termine

Einstellungsbehörden sind die Regierungspräsidenten und die Magistrate der Städte mit kommunaler Vollzugspolizei. Die Einstellungstermine sind abhängig von der Zahl der geeigneten Bewerber. Eine alsbaldige Einstellung wird angestrebt. Erster Einstellungstermin ist der 1. Oktober 1971.

Die Einstellung erfolgt als Polizeimeister auf Probe (Besoldungsgruppe A 7).

#### IV.

Die Ausbildung dauert zwei Jahre. In dieser Zeit wird den Beamten polizeifachlicher und allgemeinbildender Unterricht nach Maßgabe der von mir genehmigten Stoffverteilungspläne erteilt. Die Fachaufsicht über diese Ausbildung obliegt der Polizeischule bzw. dem zuständigen Referenten meines Hauses.

1. Die Ausbildung beginnt mit einem sechsmonatigen Einführungslehrgang, der für die Bewerber der kommunalen Vollzugspolizeien in Ausbildungszentren der Städte mit eigener Vollzugspolizei durchgeführt wird. Für die zum 1. Oktober 1971 einzuberufenden Bewerber der kommunalen Schutzpolizei bestimme ich als Ausbildungszentrum die Stadt Frankfurt (Main).

Der Einführungslehrgang für die Bewerber der staatlichen Vollzugspolizei wird in Wiesbaden und Kassel durchgeführt.

Der Einführungslehrgang endet mit einer Leistungsstandfeststellung (§ 12 Pol-PrüfO).

2. Die weitere polizeiliche Ausbildung dauert 12 Monate. Für diese Ausbildung werden die Beamten zu Gruppen zusammengefaßt und bei den kommunalen und staatlichen Schutzpolizeidienststellen, die ich noch näher bezeichnen

werde, jeweils bis zum Beginn des Lehrgangs für die I. Fachprüfung weitergebildet. Während der weiteren polizeilichen Ausbildung, in der die Bewerber praktisch im Einzeldienst auszubilden sind, ist der Unterricht an je zwei Tagen wöchentlich fortzuführen (weitere polizeiliche Ausbildung).

3. Die Polizeivollzugsbeamten, die das Ziel der weiteren polizeilichen Ausbildung erreichen, werden zu einem sechsmonatigen Lehrgang zugelassen, der mit der I. Fachprüfung abschließt.

Mit dem Bestehen der vorgeschriebenen Prüfung wird die Befähigung für die Verwendung in den Ämtern des mittleren Dienstes der Schutzpolizei erworben.

#### V.

Die Probezeit dauert zwei Jahre. Auf § 37 Abs. 4 Pol-LVO weise ich insoweit hin.

#### VI.

Das Land trägt die Kosten der ärztlichen Untersuchung zur Feststellung der Polizeidiensttauglichkeit des Bewerbers einschließlich der aus diesem Anlaß zu gewährenden Fahrkosten nach meinem Erlaß vom 17. September 1968 (StAnz. S. 1625). Alle übrigen Aufwendungen (Kosten der Einstellungsreise, Dienstbezüge, Trennungsgeld usw.) tragen die Einstellungsbehörden.

#### VII.

Die Ausbildung der in Sonderzügen für lebensältere Bewerber an der Hessischen Polizeischule zusammengefaßten Beamten bleibt unberührt.

#### VIII.

Der Hauptpersonalrat der Polizei hat dem Ausführungsersaß zugestimmt.

Wiesbaden, 27. 9. 1971

**Der Hessische Minister des Innern**

III B 2 — 8 d 02

StAnz. 42/1971 S. 1682

**1392**

**Organisation und örtliche Zuständigkeit der staatlichen Schutzpolizei;**

hier: Änderung der Dienstbezirke der Polizeistationen Bad Soden und Kelkheim, Main-Taunus-Kreis

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 werden den Polizeistationen Bad Soden und Kelkheim des Polizeikommissariats des Landrats des Main-Taunus-Kreises die nachstehend beschriebenen Dienstbezirke zugewiesen (§ 3 Abs. 2 PolOrgVO).

#### 1. Polizeistation Bad Soden

Gemeindegebiet Bad Soden, Neuenhain;

#### 2. Polizeistation Kelkheim

Gemeindegebiet Altenhain, Eppenhain, Fischbach, Kelkheim, Niederhofheim, Oberliederbach, Ruppertshain.

Mein Erlaß vom 30. Januar 1971 (StAnz. S. 444) wird insoweit geändert.

Wiesbaden, 30. 9. 1971

**Der Hessische Minister des Innern**

III B 51 — 21 b 02 03

StAnz. 42/1971 S. 1683

**1393**

**Benennung von Gemeindeteilen**

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) erhalten mit Wirkung vom 1. Oktober 1971 die Gebiete der früheren Gemeinden

Allendorf a. d. Lahn und Rödgen, beide Landkreis Gießen, in der Universitätsstadt Gießen die Bezeichnungen

„Stadtteil Allendorf a. d. Lahn“,

„Stadtteil Rödgen“.

Wiesbaden, 28. 9. 1971

**Der Hessische Minister des Innern**

IV A 11 — 3 k 08/05

StAnz. 42/1971 S. 1683

**1394**

1. a) **Richtlinien für die Schreibweise von Namen, die Bezeichnung von Gebieten und Grenzen und die Darstellung der deutschen Grenzen in Karten und Texten („Kartenrichtlinien“);**  
b) **Wahl und Schreibweise von Orts- und Ländernamen bei der Ausstellung von Urkunden;**
2. **Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands, der Demarkationslinien innerhalb Deutschlands und der Orte innerhalb Deutschlands („Bezeichnungsrichtlinien“). — StAnz. 40/1971 S. 1618 —**

#### Gemeinsamer Runderlaß

In StAnz. 40/1971 S. 1618 muß es in der zweiten Zeile des Gemeinsamen Runderlasses richtig heißen:

1. Februar 1961

**Die Redaktion**

StAnz. 42/1971 S. 1683

**1395**

An die Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt und Kassel

An die Magistrate der Städte  
Frankfurt (Main) und Wiesbaden

**Richtlinien über Bau und Einrichtung von Hochhäusern (Hochhaus-Richtlinien);**

hier: Wasserdruckerhöhungsanlagen

Bezug: Meine Erlasse vom 9. 1. 1963 (StAnz. S. 149), vom 5. 10. 1966 (StAnz. S. 1603) und vom 2. 3. 1970 (StAnz. S. 630)

Um in Hochhäusern eine gleichmäßige Wasserversorgung sicherzustellen, werden in der Regel Wasserdruckerhöhungsanlagen (Hydrophore) eingebaut. Diese Anlagen sind zumeist mit Druckbehältern, sogenannten Windkesseln, verbunden, in denen das Druckwasser von einem Polster komprimierter Luft überlagert wird. Bei einem Schadensfall an einem derartigen Behälter läßt sich die Gefährdung von Personen nicht ausschließen.

Deshalb sind Druckbehälter (Windkessel) in gewerblichen Unternehmen im Rahmen der Durchführung des Schutzes der Beteiligten vor Gefahren je nach Volumen und Betriebsdruck einer Prüfung vor Inbetriebnahme und wiederkehrenden Prüfungen gemäß Unfallverhütungsvorschrift VBG 17 der gewerblichen Berufsgenossenschaften zu unterziehen. Die Durchführung dieser Bestimmungen wird laufend durch die für den Arbeitsschutz zuständigen Stellen überwacht.

Die vorgenannte Möglichkeit einer Gefährdung von Personen besteht jedoch nicht nur bei gewerblichen Unternehmen, sondern auch im nicht gewerblichen Bereich.

In die Hochhaus-Richtlinien vom 9. 1. 1963 (StAnz. S. 149) werden daher unter Nr. 8.5 als Sätze 2 und 3 eingefügt:

„Auf Druckbehälter (Windkessel) in Wasserdruckerhöhungsanlagen (Hydrophore) ist die Unfallverhütungsvorschrift Druckbehälter — VBG 17 — entsprechend anzuwenden. Bei der bauaufsichtlichen Abnahme ist eine Bescheinigung darüber vorzulegen, daß die Druckbehälter einer Abnahmeprüfung durch den Sachverständigen der Technischen Überwachung oder durch einen von der Berufsgenossenschaft ermächtigten Sachverständigen unterzogen wurden, sofern sie nach den Bestimmungen dieser Unfallverhütungsvorschriften prüfbedürftig sind.“

In den Bauschein für Hochhäuser, die mit Wasserdruckerhöhungsanlagen ausgestattet werden, ist als Auflage aufzunehmen:

„Vor Inbetriebnahme der Wasserdruckerhöhungsanlage müssen entsprechend der Unfallverhütungsvorschrift Druckbehälter — VBG 17 — die erforderlichen Prüfungen der Druckbehälter (Windkessel) durchgeführt sein und die Bescheinigungen hierüber vorliegen. Regelmäßige Prüfungen sind unter Zugrundelegen der Fristen dieser Unfallverhütungsvorschrift durchführen zu lassen. Die Prüfungen sind bei dem Sachverständigen der Technischen Überwachung oder bei einem von der Berufsgenossenschaft ermächtigten Sachverständigen zu beantragen.“

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister.

Wiesbaden, 22. 9. 1971

**Der Hessische Minister des Innern**

VA 1/VA 4 — 64 c 16 — 1/71

StAnz. 42/1971 S. 1683

1396

## Der Hessische Minister der Finanzen

## Jahresabschluß für das Rechnungsjahr 1971

Ich gebe den Jahresabschlußerlaß 1971 bekannt und weise nochmals auf folgendes hin:

Da in die Arbeiten für den Jahresabschluß und die Rechnungslegung weitgehend die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) eingeschaltet ist, verzögern Fehler oder Terminüberschreitungen auch nur einer Behörde oder Kasse die Fertigstellung des gesamten Jahresabschlusses.

Ich bitte die Behörden und Dienststellen des Landes Hessen, für die Einhaltung der Fristen in Abschnitt 3 des Jahresabschlußerlasses zu sorgen.

## Jahresabschlußerlaß 1971

1. **Kassenbücher über die Einnahmen und Ausgaben des Landes**
  - 1.1. Gemäß § 76 Abs. 1 LHO in Verbindung mit § 81 Abs. 1 RKO und § 56 Abs. 1 VKO bestimme ich folgendes:
    - 1.1.1. Die Kassenbücher über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Landes für das Rechnungsjahr 1971 sind von allen Kassen (außer Finanzkassen) als Amtskassen am 31. Dezember 1971 abzuschließen (Jahresabschlußtag). Jahresabschlußtag für die Finanzkassen ist der 29. Dezember 1971. Der 31. Dezember 1971 (für die Finanzkassen der 29. Dezember 1971) ist der letzte Tag, an dem Zahlungen für das Rechnungsjahr 1971 geleistet werden dürfen.
    - 1.1.2. Um die Abschlußergebnisse der nachgeordneten Kassen (§ 81 Abs. 3 letzter Satz RKO) zu übernehmen, können — ausschließlich für diesen Zweck — die Bücher der Oberfinanzkasse und der Kasse des Versorgungsamtes Frankfurt (Main) als Oberkasse bis zum 5. Januar 1972 offengehalten werden.
    - 1.1.3. Für den Abschluß der Bücher der Staatshauptkasse ergeht besonderer Erlaß.
  - 1.2. Die Abschlußnachweisungen für den Monat Dezember 1971 sind der Kasse, mit der abzurechnen ist, vorzulegen:
    - 1.2.1. von den Amtskassen und der Oberjustizkasse bis zum 4. Januar 1972,
    - 1.2.2. von der Oberfinanzkasse und der Amtskasse des Versorgungsamtes Frankfurt (Main) als Oberkasse bis zum 7. Januar 1972.
2. **Kassenbücher über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, die mit der Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden abgerechnet werden.**
  - 2.1. Aus technischen Gründen wird in Hessen der Zeitpunkt des Abschlusses der Bücher für Land und Bund einheitlich festgesetzt.  
Aus diesem Grunde bestimme ich, daß die Kassenbücher über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1971 abweichend von den mit Rundschreiben des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen vom 17. September 1971 — F/II A 6 — H 2202 — 1/71 — mitgeteilten Abschlußzeitpunkten wie folgt abzuschließen sind:
    - 2.1.1. von den Amtskassen — allgemein — am 31. Dezember 1971 (für die Finanzkassen wird der 29. Dezember 1971 festgelegt),
    - 2.1.2. von den Oberkassen 1. Stufe am 5. Januar 1972,
    - 2.1.3. von den Oberkassen 2. Stufe am 7. Januar 1972.
 Der letzte Tag, an dem Zahlungen für das Rechnungsjahr 1971 geleistet werden dürfen, ist für alle Kassen der 31. Dezember 1971 — für die Finanzkassen der 29. Dezember 1971 —.

Die Oberkassen der 1. und 2. Stufe halten ihre Bücher über den 31. Dezember 1971 hinaus nur offen, um die Abschlußergebnisse nach § 81 Abs. 3 letzter Satz RKO zu übernehmen.

- 2.2. Für den Einzelplan 35 des Bundeshaushalts gelten ebenfalls die unter Nr. 2.1. einheitlich festgesetzten Abschlußzeitpunkte.
- 2.3. Die Abschlußnachweisungen für den Monat Dezember 1971 sind vorzulegen:
 

von den Amtskassen an die Oberkasse 1. Stufe bis zum	4. Januar 1972,
von den Amtskassen, die unmittelbar mit der Staatshauptkasse abrechnen und von den Oberkassen 1. Stufe bis zum	7. Januar 1972,
von der Staatshauptkasse Hessen bis zum	13. Januar 1972.
- 2.4. Damit der Bundesminister der Finanzen möglichst frühzeitig über die kassenmäßige Entwicklung des Haushalts 1971 im letzten Viertel des Rechnungsjahres unterrichtet werden kann, sind die Istergebnisse bis einschließlich Oktober, November und für das Rechnungsjahr 1971 in einer besonderen Schnellmeldung wie folgt mitzuteilen:
  - 2.4.1. Amtskassen, die den rechnungsmäßigen Nachweis über Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts führen und hierüber mit der Staatshauptkasse Hessen abrechnen, zeigen unverzüglich nach Abschluß der Bücher der Staatshauptkasse fernmündlich (Durchwahl App. 32-2201 oder App. 32-2438) die Istergebnisse des Abrechnungszeitraumes vom 1. Januar 1971 bis Ende Oktober 1971, bis Ende November 1971 sowie bis Ende des Rechnungsjahres 1971 an.  
Die Ergebnisse sind auf volle Tausend DM ab- bzw. aufzurunden und umgehend schriftlich unter Verwendung der Anlagen zu bestätigen.
  - 2.4.2. Auf die Schnellmeldung durch die Finanzkasse mittels besonderen Vordrucks kann verzichtet werden, wenn die Einnahme- und Ausgabenachweisungen „Bund“ so rechtzeitig aufgestellt und abgesandt werden, daß sie der Oberfinanzkasse bis spätestens 3. November 1971, 2. Dezember 1971 und 6. Januar 1972 vorliegen.  
Die jeweiligen Abschlußtage für die Monate Oktober und November 1971 sind im Einvernehmen mit der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung festzulegen.
  - 2.4.3. Die Staatshauptkasse Hessen faßt die gemeldeten Ergebnisse mit ihren eigenen als Amtskasse zusammen und teilt die Gesamtergebnisse in gleicher Weise und Aufgliederung wie zu 2.4.1. der Bundeshauptkasse durch Fernschreiben (Fernschreib-Nr. 08 86 645) — bundfinanz bonn) so rechtzeitig mit, daß sie der Bundeshauptkasse am 4. November 1971, am 3. Dezember 1971 und am 7. Januar 1972 vorliegen. Die Ergebnisse sind ebenfalls auf volle Tausend DM ab- bzw. aufzurunden.
3. **Gemeinsame und sonstige Bestimmungen**
  - 3.1. Mit Rücksicht auf die überaus starke Belastung der Kassen durch die beim Ende eines Rechnungsjahres ohnehin anfallenden Abschluß- und Rechnungslegungsarbeiten bitte ich alle Landesbehörden, die letzten Kas-

senanweisungen für das Rechnungsjahr 1971 noch vor dem 17. Dezember 1971 zu erteilen. Nach diesem Zeitpunkt dürfen den Kassen nur noch ausnahmsweise und spätestens wie folgt zugeleitet werden:

- 3.1.1. **Annahmeanordnungen** bis zum 20. Dezember 1971, wenn der Eingang der Zahlung bis zum 31. Dezember 1971 (bei den Finanzkassen bis zum 29. Dezember 1971) mit Sicherheit zu erwarten ist;
- 3.1.2. **Auszahlungsanordnungen** bis zum 27. Dezember 1971, 12 Uhr (Eingang bei den Kassen);
- 3.1.3. **Auszahlungsanordnungen über persönliche Bezüge**, soweit es sich um Barauszahlungen handelt, bis zum 30. Dezember 1971, 16.00 Uhr (bei den Finanzkassen bis zum 28. Dezember 1971, 16.00 Uhr).
- 3.2. Die Einnahme- und Ausgabenachweisungen für den Monat Dezember 1971 sind der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung spätestens zum 4. Januar 1972 vorzulegen. Die mit ihrer Anfertigung befaßten Bediensteten haben dafür Sorge zu tragen, daß diese Nachweisungen hinsichtlich der Beträge, Einzelplan-, Kapitel- sowie Titelnummern unter allen Umständen mit den Titelbüchern und -karten übereinstimmen, damit nachträgliche Berichtigungen vermieden werden.
- 3.3. Die Abrechnungskonten der Kassen gegenüber der Staatshauptkasse sind zum Jahreschluß abzugleichen, so daß im Abschnitt B der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember die Beträge zu den laufenden Nummern 4 und 7 sich decken und bei laufender Nummer 8 ein Bestand nicht mehr verbleibt.  
In der Abschlußnachweisung für den Monat Dezember ist eine eventuelle Ausgleichsbuchung im Abschnitt C zu kennzeichnen, einer weiteren Mitteilung an die Staatshauptkasse bedarf es nicht.
- 3.4. Verwahrungen und Vorschüsse sind, soweit dies möglich ist, noch vor dem Jahresabschlußtag abzuwickeln.
- 3.5. Die laufenden Zeitungsgelder, die im Monat Dezember 1971 für Bezugszeiten des Jahres 1972 von den Postscheckkonten der Kassen abgebucht werden, sind als Haushaltsausgaben des Rechnungsjahres 1971 zu buchen (§ 72 Abs. 2 LHO). Zahlungen, die für Fälligkeiten eingehen oder zu leisten sind, die in den Titelbüchern (Titelkarten) des Rechnungsjahres 1972 zum Soli stehen, sind bereits vor dem Jahresabschlußtag für das neue Rechnungsjahr zu buchen (§ 72 Abs. 4 LHO).
- 3.6. Nach § 62 Abs. 2 RKO sind in den Titelbüchern (Titelkarten) die den Behörden zugewiesenen Haushaltsbeträge sowie Haushaltsreste und -vorgriffe nachzuweisen.  
Die Haushaltsvorgriffe auf das Rechnungsjahr 1972 sind von den Kassen selbständig auf die Titelkarten (Titelbücher) des Rechnungsjahres 1972 vorzutragen (erforderlichenfalls im Benehmen mit den anweisenden Dienststellen). Für den Vortrag der Haushaltsreste erhalten sie von den Behörden schriftliche Anweisung.
- 3.7. Damit die Kassen beschleunigt Rechnung legen können, bitte ich die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter, auf die monatliche Belegvorlage nach meinem RdErl. vom 21. Juli 1955 — H 3104 — III a/91 — (n. v.) für Dezember 1971 tunlichst zu verzichten und Belege nur anzufordern, wenn es für den Fortgang der Vorprüfung unumgänglich ist.
- 3.8. In den vergangenen Jahren haben einige Kassen mit anweisenden Dienststellen vereinbart, daß diese ihnen bei Zeitdruck aushilfsweise Schreibkräfte zur Verfügung stellen, damit die Überweisungen rechtzeitig geleistet und die Abschlußtermine eingehalten werden konnten. Ich bitte, bei Bedarf entsprechende Abreden in gutnachbarlichem Einvernehmen zu treffen.

Über die Rechnungslegung für das Rechnungsjahr 1971 ergeht besonderer Erlaß.

Wiesbaden, 30. 9. 1971

Der Hessische Minister der Finanzen  
H 3030 A — 71 — III C 43

StAnz. 42/1971 S. 1684

1397

An die Oberfinanzdirektion  
Frankfurt (Main)

**Heizungsanlagen in Gebäuden des Landes Hessen;**  
hier: Umweltschutz

Unter den Maßnahmen zur Verbesserung und Verwirklichung des Umweltschutzes kommt der Reinhaltung der Luft, insbesondere in Ballungs- und Verdichtungsgebieten, eine entscheidende Bedeutung zu.

Während der Heizungsperioden erfolgt zusätzlich zu den Emissionen aus Industrieanlagen ein beträchtlicher Anstieg der Luftverunreinigungen, von denen ein großer Teil auf Schwefeldioxydabgabe von Heizungsanlagen entfällt. Auch die emittierten unverbrannten Bestandteile fester oder flüssiger Brennstoffe wirken belästigend und gefährden unsere Gesundheit. Hinzu kommt die infolge ungenügender Schornsteinhöhen meist unzureichende Abfuhr der Rauchgase aus Heizungsanlagen. Solche Immissionsbelastungen, vor allem in Ballungs- und Industriegebieten, können durch emissionsfreie elektrische oder durch emissionsarme Beheizung mit Erdgas gemindert werden.

Das Land Hessen will im Umweltschutz mit gutem Beispiel vorangehen, die Landesregierung hat daher unter Würdigung der besonderen Gefährdung stark immissionsbelasteter Gebiete beschlossen:

„Bei landeseigenen bzw. vom Land Hessen unterhaltenen Gebäuden sollen nach Möglichkeit solche Heizungsanlagen verwendet werden, die unter den derzeitigen wirtschaftlichen und technischen Bedingungen den Belangen des Umweltschutzes am meisten entsprechen. Dies gilt sowohl für zu errichtende Neubauten als auch für vorhandene Gebäude.“

Diese Zielsetzung der Verwirklichung optimalen Umweltschutzes ist künftig mit besonderem Nachdruck bei der Planung von Feuerungsanlagen oder deren Umbau bzw. Ersatz zu beachten.

Es wird daher angeordnet:

1. **Neuanlagen**

- 1.1. Bei der Planung von Heizungsanlagen, größenordnungsmäßig etwa ab 100 000 kcal/h, sind die Kostenvergleichsberechnungen neben dem Betrieb mit Öl oder festen Brennstoffen, auch für Gas- oder elektr. Beheizung aufzustellen. Dabei sind auch die Möglichkeiten der Heranführung der Energieträger, das Erfordernis besonderer Übergabe-/Übernahmestationen, die Beteiligung weiterer Abnehmer und dadurch mögliche Verringerung des Kostenanteils zu untersuchen und in die vergleichende Berechnung einzubeziehen.

Auch eine Koordinierung mit anderen Bauträgern, etwa der Kommunalen Verwaltung, mit dem Ziel einer gemeinsamen Zentrale für mehrere Abnehmer kann ggfs. in Betracht gezogen werden.

- 1.2. Neben der Schätzung der einmaligen Investitionskosten ist eine überschlägige, vergleichende Ermittlung der zu erwartenden Betriebskosten durchzuführen und in den Bericht aufzunehmen.
- 1.3. Neben den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen sind zur Wahrung optimalen Umweltschutzes zu berücksichtigen
  - 1.3.1. Örtliche Lage, Stadtkern oder Stadtrand, Wohn-, Siedlungs- oder Industriegebiet, landschaftliche Gestaltung, Ballungszentren;
  - 1.3.2. Lokalklimatische Lage, insbesondere ob häufig austauscharme Wetterlagen (Inversionswetterlagen) vorkommen (Rückfragen ggfs. beim Hessischen Landesamt für Umweltschutz, Wiesbaden, Kranzplatz);
  - 1.3.3. Topographie bzw. Nachbarschaftsbedingungen, wie z. B. untere Hanglage, wodurch höher gelegene Anwesen geschädigt werden, oder gemischte Bebauung wie ein- oder zweigeschossige Bauten neben Hochhäusern u. ä. Besonderheiten.

- 1.4. Das Ergebnis der nach Ziff. 1.1. bis 1.3 durchzuführenden Untersuchungen ist abschließend in einer gutachtlichen Stellungnahme zusammenzufassen, die mir möglichst, eine jedem Einzelfall gerecht werdende Entscheidung über die Art der zu wählenden Beheizung zu treffen.
2. **Bestehende Anlagen**
- 2.1. Vorstehende Ausführungen sind sinngemäß auf bestehende Anlagen anzuwenden, wenn diese infolge Alters abgängig werden oder wegen erforderlicher größerer Instandsetzungen durch Neuanlagen ersetzt werden sollen.
- 2.2. Es ist in solchen Fällen zusätzlich zu untersuchen, ob nicht eine Zusammenfassung mehrerer Einzelanlagen zu einer Zentrale dem Umweltschutz dienlich, technisch möglich und wirtschaftlich vorteilhaft ist.

Ich bitte, die nachgeordneten Baudienststellen zu unterrichten und anzuweisen, künftig im Sinne dieses Erlasses zu verfahren. In besonders kritischen oder Zweifelsfällen wird empfohlen, die beim Technischen Überwachungsamt, Kassel, Knorrstraße 36, eingerichtete Abteilung Dampf und Druckwärmestelle gutachtlich einzuschalten.

Dieser Erlaß erfolgt im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Wiesbaden, 28. 9. 1971

Der Hessische Minister der Finanzen  
B 1013 — 1 — IV A 6  
St.Anz. 42/1971 S. 1685

**1398**

**Grunderwerbsteuer;**

hier: Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bei Grundbuchberichtigungen in Erbfällen

Der Erwerb eines Grundstücks oder eines Erbbaurechts darf nach § 189 d der Reichsabgabenordnung und § 9 der Durchführungsverordnung zum Grunderwerbsteuergesetz vom 30. März 1940 (RGBl. I S. 595) — GrESTDV — in das Grundbuch erst dann eingetragen werden, wenn eine Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes vorgelegt wird, daß der Eintragung steuerliche Bedenken nicht entgegenstehen.

Aus Gründen der Arbeitserleichterung bei den Finanzämtern und bei den Grundbuchämtern bin ich damit einverstanden, daß die Unbedenklichkeitsbescheinigung (§ 9 GrESTDV) vom

zuständigen Finanzamt allgemein als erteilt gilt, wenn der Erwerb eines Grundstücks, eines Erbbaurechts, eines Wohnungseigentums, eines Teileigentums, eines Wohnungserbbaurechts oder eines Teilerbbaurechts durch den Alleinerben oder die Miterben auf Grund ihres Erbrechts in das Grundbuch eingetragen werden soll. Im einzelnen ist folgendes zu beachten:

1. Der Erwerb eines Grundstücks, eines Erbbaurechts, eines Wohnungseigentums, eines Teileigentums, eines Wohnungserbbaurechts oder eines Teilerbbaurechts durch den Alleinerben oder die Miterben kann künftig in das Grundbuch eingetragen werden, ohne daß eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vorgelegt wird. Voraussetzung dafür ist, daß
  - a) der Alleinerbe oder die Miterben die Erbfolge durch einen Erbschein oder durch eine Verfügung von Todes wegen, die in einer öffentlichen Urkunde enthalten ist, und die Niederschrift über die Eröffnung dieser Verfügung nachweisen,
  - b) der überlebende Ehegatte und die gemeinschaftlichen, bei gesetzlicher Erbfolge als Erben berufenen Abkömmlinge den Eigentumsübergang durch ein Zeugnis des Nachlaßgerichts über das Bestehen der fortgesetzten Gütergemeinschaft nachweisen und
  - c) die Eintragung in das Grundbuch lediglich eine Grundbuchberichtigung darstellt, eine Auflassung also nicht stattfindet.

2. Ist der Alleinerbe oder ein Miterbe verstorben, bevor dieser Erwerb in das Grundbuch eingetragen wurde, so kann auch der Erwerb durch den Alleinerben oder die Miterben des verstorbenen Alleinerben oder Miterben in das Grundbuch eingetragen werden, ohne daß eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vorgelegt wird. Voraussetzung dafür ist, daß

- a) der Alleinerbe oder die Miterben ihr Erbrecht und das Erbrecht des verstorbenen Alleinerben oder Miterben durch die in Ziffer 1 Buchst. a bezeichneten Urkunden nachweisen und
- b) die Eintragung in das Grundbuch lediglich eine Grundbuchberichtigung darstellt, eine Auflassung also nicht stattfindet.

Dieser Erlaß ist auf Steuertatbestände anzuwenden, die ab 1. Oktober 1971 entstanden sind.

Der Hessische Minister der Justiz wird die Gerichte entsprechend unterrichten.

Wiesbaden, 13. 9. 1971

Der Hessische Minister der Finanzen  
S 4540 A — 10 — II B 41  
St.Anz. 42/1971 S. 1686

**1399**

**Der Hessische Kultusminister**

**Finanzierung des Studentenwerks Darmstadt;**

hier: Erhöhung der Beiträge

Im Rahmen der Rechtsaufsicht treffe ich folgende Entscheidung:

Die gemäß § 4 Studentenwerksgesetz zu erhebenden Beiträge werden ab Sommersemester 1971 auf 60,— DM je Student festgesetzt.

Die sofortige Vollziehung wird angeordnet.

Der Jahresabschluß per 31. 12. 1969 mit einem Defizit von 134 000,— DM veranlaßte den Vorstand des Studentenwerks am 1. Juli 1970 eine Beitragserhöhung um 15,— DM, von 45,— DM auf 60,— DM, zu beschließen.

Das nach § 4 Abs. 1 Studentenwerksgesetz erforderliche Einvernehmen mit der Studentenschaft konnte trotz ständiger Bemühungen jedoch nicht erzielt werden. Die Studentenschaft gab zu erkennen, daß sie keinerlei Erhöhung der Beiträge zustimmen werde.

Da das Studentenwerk, zuletzt durch seinen kommissarischen Geschäftsführer am 15. April 1971, erklärte, daß sich die wirtschaftliche Situation derart verschlechtert habe, daß es ohne Erhöhung der Beiträge illiquid sei, mußte, wie bereits mit Erlaß vom 13. 7. 1970 (n. v.) angekündigt, zur Erhaltung der

Funktionsfähigkeit des Studentenwerks Darmstadt, unter Beachtung der Studentenwerksbeiträge an den übrigen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen, nämlich in Gießen 53,50 DM, in Marburg 63,50 DM und in Frankfurt 63,50 DM im Wege der Rechtsaufsicht gemäß § 5 Studentenwerksgesetz und § 138 HGO (analog) der Beitrag auf 60,— DM festgesetzt und die sofortige Vollziehung angeordnet werden.

Wiesbaden, 27. 4. 1971

Der Hessische Kultusminister  
H II 4 — 436 21 — 390

St.Anz. 42/1971 S. 1686

**1400**

**Genehmigung der Notverordnung über die Erhebung von Kirchensteuern in der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland**

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) in der Fassung vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich die Notverordnung über die Erhebung von Kirchensteuern in der

Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland (Kirchensteuerordnung — KiStO) vom 10. 12. 1969/5. 3. 1970.

Wiesbaden, 30. 9. 1971

**Der Hessische Kultusminister**  
H III 5 — 873/6/4 — 3

StAnz. 42/1971 S. 1686

\*

**Notverordnung über die Erhebung von Kirchensteuern in der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland (Kirchensteuerordnung — KiStO). Vom 10. Dezember 1969/5. März 1970.**

Auf Grund des Artikels 139 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen und des Artikels 194 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland wird verordnet wie folgt:

#### § 1

(1) Die Kirchensteuern werden als Ortskirchensteuer von den Kirchengemeinden erhoben.

(2) Erheben Gesamtverbände, Gemeindeverbände oder Verbände von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen Kirchensteuern, treten diese an die Stelle der Kirchengemeinden.

#### § 2

(1) Die Kirchensteuern dienen zur Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse, soweit sonstige Einnahmen und Leistungen Dritter nicht ausreichen.

(2) Kirchliche Bedürfnisse im Sinne des Absatzes 1 sind die haushaltsplanmäßigen Ausgaben der Kirchengemeinden, der Gesamtverbände, der Gemeindeverbände und der Verbände von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen und der übergeordneten kirchlichen Körperschaften sowie die Ausgaben für den Finanzausgleich.

#### § 3

Steuerpflichtig sind alle Gemeindeglieder gegenüber der Kirchengemeinde, in der sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne der §§ 13 und 14 Absatz 1 des Steueranpassungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung haben.

#### § 4

(1) Hat ein Gemeindeglied in mehreren Kirchengemeinden einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, so hat jede Kirchengemeinde einen anteiligen Steueranspruch. Der anteilige Steueranspruch bestimmt sich nach der Bemessungsgrundlage und der Zahl der beteiligten Kirchengemeinden.

(2) Soweit Steuerzahlungen an eine der beteiligten Kirchengemeinden geleistet worden sind, die deren Steueranspruch übersteigen, wird das Gemeindeglied befreit.

(3) Steht ein anteiliger Steueranspruch der Kirchengemeinde einer anderen Landeskirche oder einer anderen Landeskirche zu, sind die Vorschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland anzuwenden.

#### § 5

(1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem ersten Tage des Monats, der

- a) auf die Begründung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts in der steuerberechtigten Kirchengemeinde oder
- b) auf die Aufnahme in die Evangelische Kirche folgt.

(2) Die Steuerpflicht endet

- a) durch Tod mit dem Ablauf des Sterbemonats;
- b) durch Aufgabe des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts mit dem Ablauf des Monats, in dem der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt aufgegeben worden ist;
- c) durch Austritt aus der Evangelischen Kirche nach den staatlichen Vorschriften mit Ablauf des Monats, in dem der Austritt wirksam geworden ist.

#### § 6

(1) Kirchensteuern können erhoben werden

1. a) als Zuschlag zur Einkommensteuer und Lohnsteuer, auch unter Festsetzung von Mindestbeträgen, oder

b) nach Maßgabe des Einkommens auf Grund eines besonderen Tarifs (Kirchensteuer vom Einkommen),

2. als Zuschlag zur Vermögensteuer (Kirchensteuer vom Vermögen),
3. als Zuschlag zu den Grundsteuermeßbeträgen (Kirchensteuer vom Grundbesitz),
4. als Kirchgeld.

(2) Die Kirchensteuern nach Absatz 1 können nebeneinander erhoben werden. Die Kirchensteuern vom Einkommen nach Absatz 1 Ziffer 1 Buchstabe a) und b) können nicht nebeneinander erhoben werden.

(3) Die Kirchensteuer vom Einkommen sowie die Kirchensteuer vom Grundbesitz sind auf die Kirchensteuer vom Vermögen anzurechnen.

(4) Die Landessynode setzt den Tarif der Kirchensteuer vom Einkommen gemäß Absatz 1 Ziffer 1 b fest.

#### § 7

(1) Gehört der Ehegatte des Gemeindegliedes einer anderen steuerberechtigten Kirche oder Religionsgemeinschaft an (konfessionsverschiedene Ehe) und liegen die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung bei der Einkommensteuer vor, so wird die Kirchensteuer vom Einkommen erhoben,

1. soweit die Ehegatten zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, von der Hälfte der Einkommensteuer;
2. soweit ein Ehegatte oder beide Ehegatten lohnsteuerpflichtig sind, von der Hälfte der Lohnsteuer des (der) Ehegatten.

Die Ehegatten haften als Gesamtschuldner.

Im Lohnabzugsverfahren ist die Kirchensteuer bei jedem Ehegatten auch für den anderen einzubehalten.

(2) Liegen die Voraussetzungen für eine Zusammenveranlagung bei der Einkommensteuer nicht vor oder werden die Ehegatten getrennt veranlagt (§ 26 a des Einkommensteuergesetzes), so wird die Kirchensteuer vom Einkommen vom Gemeindeglied nach der in seiner Person gegebenen Steuerbemessungsgrundlage erhoben.

(3) Für die anderen Kirchensteuerarten gilt Absatz 2 entsprechend.

#### § 8

(1) Gehört der Ehegatte des Gemeindegliedes keiner steuerberechtigten Kirche oder Religionsgemeinschaft an (glaubensverschiedene Ehe), so wird die Kirchensteuer nach der in der Person des Gemeindegliedes gegebenen Steuerbemessungsgrundlage erhoben.

(2) Werden die Ehegatten zusammen zur Einkommensteuer veranlagt (§ 26 b des Einkommensteuergesetzes) oder wird ein gemeinsamer Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt, so ist bei dem Gemeindeglied die Kirchensteuer vom Einkommen anteilig zu berechnen. Die Kirchensteuer ist nach dem Teil der gemeinsamen Einkommensteuer und Lohnsteuer zu berechnen, der auf den steuerpflichtigen Ehegatten entfällt, wenn die gemeinsame Steuer im Verhältnis der Einkommensteuerbeträge, die sich bei Anwendung der Einkommensteuergrundtabelle (Anlage zu § 32 a des Einkommensteuergesetzes) auf die Einkünfte eines jeden Ehegatten ergeben würde, auf die Ehegatten verteilt wird.

#### § 9

Für die Entstehung der Steuerschuld bei der Kirchensteuer vom Einkommen und beim Kirchgeld gelten die Vorschriften über die Entstehung der Steuerschuld bei der Einkommensteuer; für die Entstehung der Steuerschuld bei der Kirchensteuer vom Vermögen oder vom Grundbesitz gelten die Vorschriften über die Entstehung der Steuerschuld bei der Vermögensteuer oder der Grundsteuer.

#### § 10

Die Kirchensteuer vom Grundbesitz ist für alle Grundstücke des Gemeindegliedes zu entrichten, die innerhalb der Evangelischen Kirche von Westfalen oder der Evangelischen Kirche im Rheinland liegen.

#### § 11

(1) Das Kirchgeld ist als festes oder gestaffeltes Kirchgeld zu erheben.

(2) Für das Kirchgeld kann das Einkommen oder der Grundbesitz als Bemessungsgrundlage dienen.

- (3) Durch Kirchengesetz können
- Kirchgeldtarife gemäß Absatz 1 für die Kirchengemeinden festgesetzt werden und
  - die Kirchengemeinden verpflichtet werden, Kirchgeld zu erheben.

## § 12

- (1) Die Kirchengemeinden bestimmen für das Steuerjahr die Steuerarten und die Steuersätze.
- (2) Die Steuerbeschlüsse können für unbestimmte Zeit gefaßt werden. Ist ein Steuerbeschluß für ein Steuerjahr gefaßt, so gilt er weiter, bis ein neuer Beschluß wirksam wird.
- (3) Die Steuerbeschlüsse der Kirchengemeinden bedürfen der Genehmigung des Landeskirchenamtes. Sie sind in ortsüblicher Form bekanntzumachen.
- (4) Die Landessynode kann für die Kirchengemeinden die Steuerarten und Steuersätze durch Kirchengesetz einheitlich bestimmen. In diesem Falle tritt das Kirchengesetz an die Stelle von Steuerbeschlüssen der Kirchengemeinden.

## § 13

- (1) Die Vorschriften der Reichsabgabenordnung und ihrer Nebengesetze finden in der jeweils geltenden Fassung auf die Kirchensteuern entsprechende Anwendung, soweit nicht in diesem Gesetz eine besondere Regelung getroffen ist.
- (2) Die Vorschriften der Reichsabgabenordnung über das Strafrecht und das Strafverfahren sind — vorbehaltlich des Absatzes 3 — nicht anzuwenden.
- (3) Das Steuergeheimnis ist unverletzlich. Die zu seinem Schutze geltenden staatlichen Vorschriften finden Anwendung.
- (4) Säumniszuschläge und Stundungszinsen werden nicht erhoben.

## § 14

Auf die Kirchensteuer sind Vorauszahlungen entsprechend den Vorschriften für die Maßstabsteuern zu entrichten. Für das Kirchgeld bestimmt die Kirchengemeinde Zeitpunkt und Höhe der Vorauszahlungen.

## § 15

- (1) Die Erhebung der Kirchensteuer vom Einkommen gemäß § 6 Absatz 1 Ziffer 1 kann den Finanzämtern übertragen werden.
- (2) Die Erhebung der Kirchensteuer vom Grundbesitz und des Kirchgeldes können die Kirchengemeinden den Kommunalgemeinden übertragen. Die Übertragung ist in ortsüblicher Weise bekanntzumachen. Die Ermächtigung, die Erhebung des Kirchgeldes den Kommunalgemeinden zu übertragen, gilt nicht für das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen.
- (3) Die Verwaltung der Kirchensteuer gemäß Absatz 1 und 2 erfolgt gegen eine zu vereinbarende Vergütung.

## § 16

Die Verjährungsfrist für Kirchensteuern beträgt fünf Jahre, bei hinterzogenen Kirchensteuern zehn Jahre.

## § 17

Gelangen Kirchensteuern an andere als die nach § 3 berechtigten Kirchengemeinden, so sind die Steuern an diese Kirchengemeinden abzuführen.

## § 18

- (1) Übersteigt der an das Finanzamt entrichtete Steuerbetrag den Steueranspruch der nach § 3 berechtigten Kirchengemeinde, so hat diese den zuviel gezahlten Betrag dem Gemeindeglied zu erstatten.
- (2) Ist die Kirchensteuer nach einem niedrigeren Hebesatz einbehalten worden als dem Hebesatz der nach § 3 berechtigten Kirchengemeinde, so ist der Unterschiedsbetrag von dieser Kirchengemeinde gesondert zu veranlagern.

## § 19

- (1) Die von den Finanzämtern verwalteten Kirchensteuern werden von dem zuständigen Verteilungsausschuß an die nach § 3 berechtigten Kirchengemeinden weitergeleitet.
- (2) Der Verteilungsausschuß hat für die Kirchengemeinden insbesondere

- die Steuerbeträge anzufordern, die an außerhalb seines Bereichs gelegene Kirchengemeinden oder an andere Landeskirchen gelangt sind;
- die Steuerbeträge abzuführen, die außerhalb seines Bereichs gelegenen Kirchengemeinden oder anderen Landeskirchen zustehen;
- den Verteilungsschlüssel der Steuerbeträge festzusetzen;
- die Umlagen des Kirchenkreises und der Landeskirche einzubehalten und abzuführen.

(3) Über Art und Umfang der nach Absatz 2 Buchstabe a) und b) anzufordernden oder abzuführenden Steuerbeträge können Vereinbarungen getroffen werden.

(4) Durch Kirchengesetz kann eine von den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 abweichende Regelung getroffen werden.

## § 20

- (1) Über Stundung und Erlaß von Kirchensteuern entscheiden die Kirchengemeinden.
- (2) Soweit die Erhebung der Kirchensteuer den Finanzämtern übertragen ist, können die Finanzämter bei einer Stundung oder einem Erlaß der Maßstabsteuer auch den entsprechenden Teil der Kirchensteuer stunden oder erlassen.
- (3) Erläßt die Kirchengemeinde Kirchensteuern, deren Erhebung den Finanzämtern übertragen ist, so hat die Kirchengemeinde den erlassenen Betrag an das Gemeindeglied zu erstatten.

## § 21

Die von den Kirchengemeinden verwalteten Kirchensteuern werden nach Mahnung durch Abholung und, falls erforderlich, auf Antrag der Kirchengemeinde nach den staatlichen Gesetzen durch die staatlichen oder kommunalen Behörden beigetrieben.

## § 22

- (1) Dem im Lande Nordrhein-Westfalen wohnenden Gemeindeglied steht gegen die Heranziehung zur Kirchensteuer als außergerichtlicher Rechtsbehelf der Einspruch zu. Der Einspruch ist binnen eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides bei der Kirchengemeinde einzulegen, die den Steuerbescheid erlassen hat oder für die der Steuerbescheid durch das Finanzamt oder die Kommunalgemeinde erlassen wurde. Wird die Kirchensteuer vom Einkommen im Wege des Lohnabzugsverfahrens erhoben, so ist der Einspruch bei der nach § 3 steuerberechtigten Kirchengemeinde bis zum Ablauf des Kalendermonats zulässig, der auf den Lohnzahlungszeitraum folgt, in dem der Abzug erfolgt ist.
- (2) Über den Einspruch entscheidet die Kirchengemeinde. Für das Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 228 bis 259 der Reichsabgabenordnung.
- (3) Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 sind bei Ablehnung von Stundungs- und Erlaßanträgen sinngemäß anzuwenden.
- (4) In den Fällen der Absätze 1 und 3 ist der Finanzrechtsweg gegeben. Die Vorschriften der Finanzgerichtsordnung finden Anwendung.
- (5) Beteiligte Behörde (§ 57 der Finanzgerichtsordnung) ist die Kirchengemeinde, die den Steuerbescheid erlassen hat. § 122 Absatz 2 der Finanzgerichtsordnung bleibt unberührt. Prozeßzinsen (§ 112 der Finanzgerichtsordnung) werden nicht erhoben.
- (6) Einwendungen gegen die zugrunde gelegte Maßstabsteuer sind unzulässig.

## § 22 a

- (1) Dem im Lande Hessen wohnenden Gemeindeglied steht gegen die Heranziehung zur Kirchensteuer als außergerichtlicher Rechtsbehelf der Widerspruch zu. Der Widerspruch ist binnen eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides — vom Lohnsteuerpflichtigen bis zum Ablauf der Frist für den Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich — einzulegen.
- (2) Der Widerspruch gegen die Kirchensteuer vom Einkommen, soweit sie vom Finanzamt erhoben wird, ist beim zuständigen Finanzamt einzulegen.
- In den übrigen Fällen ist der Widerspruch bei der nach § 3 zuständigen Kirchengemeinde einzulegen.
- (3) Über den Widerspruch entscheidet im Falle des Absatzes 2 Satz 1 das Finanzamt nach Anhörung des Landeskirchenamtes; in den übrigen Fällen die Kirchengemeinde.



(4) Gegen die Widerspruchsentscheidung steht dem Steuerpflichtigen innerhalb eines Monats nach Zustellung des Widerspruchsbescheides Klage beim Verwaltungsgericht zu.

§ 23

(1) Zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Kirchengemeinden eines Kirchenkreises wird ein Finanzausgleich durchgeführt.

(2) Zwischen leistungsfähigen und leistungsschwachen Kirchenkreisen wird ein Finanzausgleich durchgeführt. Ihn ordnet die Landessynode. Sie kann hierzu die Kirchenleitung ermächtigen; die Kirchenleitung hat das Einvernehmen mit dem Ständigen Finanzausschuß herzustellen.

§ 24

Die Kirchenleitung erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften.

§ 25

(1) Diese Notverordnung tritt am 1. Januar 1970 in Kraft.

(2) Zum selben Zeitpunkt treten alle bisherigen Vorschriften des Kirchensteuerrechts außer Kraft.

Bielefeld, 10. 9. 1969

**Die Leitung  
der Evangelischen Kirche von Westfalen**  
(gez. Unterschriften)

Düsseldorf, 5. 3. 1970

**Die Evangelische Kirche im Rheinland  
Kirchenleitung**  
(gez. Unterschriften)

1401

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**

**Richtlinien für die Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge und ihre dienstliche Benutzung vom 14. 1. 1969 (StAnz. S. 410)**

Bezug: Erlaß des Hessischen Ministers der Finanzen vom 29. 4. 1969 (StAnz. S. 820)

Auf Grund des Abschnitts I Abs. 1 Satz 2 und des Abschnitts II Abs. 1 Satz 2 der Richtlinien vom 14. 1. 1969 (StAnz. S. 410) übertrage ich die Befugnis

- a) zur Anerkennung privateigener Kraftfahrzeuge (Abschnitt I der Richtlinien) und
- b) zur Gewährung von Vorschüssen (Abschnitt II der Richtlinien)

**dem Hessischen Landesamt für Straßenbau**

- für die Amtsvorstände der Straßenbauämter der Straßenneubauämter
- für den Amtsvorstand des Autobahnamtes Frankfurt am Main der Baustoff- und Bodenprüfstelle in Kassel
- für die stellvertretenden Amtsvorstände der Straßenbauämter der Straßenneubauämter
- für die Leiter der Baustoff- und Bodenprüfstellen bei den Straßenneubauämtern Hessen-Mitte und Hessen-Süd
- für die Leiter der Außenstellen
- für die Straßenmeister
- für die zur Bauaufsicht ständig eingesetzten Bediensteten (örtliche Bauleiter)
- für die mit Vermessungsarbeiten im Gelände eingesetzten Bediensteten der nachgeordneten Behörden
- für die in der Anlage (hier nicht veröffentlicht) genannten Bediensteten

**dem Hessischen Landesvermessungsamt**

- für die mit Vermessungsarbeiten im Gelände eingesetzten Bediensteten der nachgeordneten Behörden

**den Herren Regierungspräsidenten Darmstadt und Kassel für die Bediensteten der Technischen Überwachungsämter in Darmstadt**

Frankfurt/M.  
Kassel

soweit sie als Sachverständige eingesetzt sind.

Alle übrigen Anerkennungen und Vorschußgewährungen obliegen meiner Zuständigkeit.

Ich bitte, bei der Anerkennung einen strengen Maßstab anzulegen und darauf zu achten, daß die vorhandenen landeseigenen Kraftfahrzeuge ausgelastet werden und die im Abschnitt I geforderten Voraussetzungen restlos erfüllt sind. Insbesondere verweise ich auf Abschnitt I (2) d) und bitte, Anerkennungen nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auszusprechen.

In allen Fällen ist grundsätzlich ein VW 1200 als Kraftfahrzeug für dienstliche Zwecke ausreichend.

Um einen jederzeit aussagefähigen Überblick über erteilte Genehmigungen zu gewährleisten, ist für jedes anerkannte privateigene Kraftfahrzeug ein Karteiblatt nach nachstehendem Muster anzulegen.

Für die Gewährung von Vorschüssen nach Abschnitt II der Richtlinien sind die Vorschußrichtlinien vom 14. 6. 1968 (StAnz. S. 1035) zu beachten.

Meine an das Hessische Landesamt für Straßenbau gerichteten Erlasse vom 5. 3. und 13. 6. 1969 — Ic 3 — 13 b — 10 — (n. v.) und mein an die Herren Regierungspräsidenten gerichteter Erlass vom 19. 2. 1970 — Ic 4 — 13 b-10 — (n. v.) sind wegen Nichtübernahme in das Gültigkeitsverzeichnis außer Kraft getreten.

Der Hauptpersonalrat ist gemäß § 57 a HPVG beteiligt worden.

Wiesbaden, 28. 9. 1971

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
Ic 4 — 13 b — 10  
Im Auftrag  
gez. L o m m a t z s c h

StAnz. 42/1971 S. 1689

\*

**Bezeichnung der Behörde**

**Muster**

a) Kfz-Halter lt. Kfz-Schein b) Amtsbez. bzw. Verg.-Gr. c) Funktionsbez.	a) Fahrzeugtyp b) Baujahr c) pol. Kennz. d) Kfz versichert bei	Anerkennung als privateig. Kfz. a) genehmigt/verlängert am ..... Az. b) für die Dauer vom ....; bis, .....	Genehmigung ist erteilt aus welchem Anlaß und für welche Fahrten (Angaben in Stichworten)	Angaben über dienstl. gefahrene km im vorangegangenen Genehmigungszeitraum (bei Verlängerung oder erneutem Antrag)	Vorschuß wurde a) wann gewährt b) in welcher Höhe c) wann getilgt
1	2	3	4	5	6

**1402****Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsleitung für den Anschluß eines vorgesehenen Umspannwerkes Darmstadt/Nord****Anordnung**

Auf Grund des § 11 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum im Stadtgebiet der kreisfreien Stadt Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, für den Bau und Betrieb einer 110-kV-Hochspannungsleitung für den Anschluß eines vorgesehenen Umspannwerkes Darmstadt/Nord, für zulässig erklärt.

Auf Grund der eingangs genannten Vorschriften in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Hess. RegBl. S. 193), geändert durch Gesetz vom 8. Mai 1970 (GVBl. I S. 299), wird das vereinfachte Enteignungsverfahren angeordnet.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens nicht bis zum 30. September 1973 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 27. 9. 1971

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
IV b 1 — 921.012.029  
Im Auftrag  
gez. Schröder  
StAnz. 42/1971 S. 1690

**1403****Tarif für die Fähren an der Weser und ihren schiffbaren Quell- und Nebenflüssen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover, soweit die Fähren in Niedersachsen und Hessen liegen, vom 12. Juli 1971**

Den in meinem Auftrag von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover festgesetzten Tarif für die Fähren an der Weser und ihren schiffbaren Quell- und Nebenflüssen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover, soweit die Fähren in Niedersachsen und Hessen liegen, vom 12. Juli 1971, mache ich nachstehend bekannt.

Hiermit wird der Tarif vom 10. August 1964, veröffentlicht im StAnz. 1964 S. 1411 und der Nachtrag zu diesem Tarif vom 15. Februar 1968, veröffentlicht im StAnz. S. 379, aufgehoben.

Wiesbaden, 29. 9. 1971

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Technik**  
III a 1 — 66 o 12  
StAnz. 42/1971 S. 1690

\*

**Tarif für die Fähren an der Weser und ihren schiffbaren Quell- und Nebenflüssen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover, soweit die Fähren in Niedersachsen und Hessen liegen.**

Als Fährgeld ist zu zahlen:

I.

**für Personen einschließlich ihres Handgepäcks**

- |   |         |
|---|---------|
| 1. je Person  | DM 0,40 |
| 2. je Kind bis zum vollendeten 10. Lebensjahr   | DM 0,25 |
| 3. bei wiederholten Fahrten, für die Karten oder Heftchen ausgegeben werden,          |         |
| a) für 15 Fahrten zusammen  | DM 4,—  |
| — Gültigkeitsdauer des Fahrtenheftes zwei Monate ausschließlich Lösungsmonat —        |         |
| b) Wochenkarten zu 12 Fahrten für Berufstätige auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle | DM 3,—  |
| c) wie zu b) mit Fahrrad oder Kleinkraftrad bis 50 ccm                                | DM 4,—  |

- |   |        |
|---|--------|
| d) Monatskarten für Schüler, Lehrlinge und Studenten auf dem Wege von und zur Ausbildungsstätte | DM 3,— |
| e) wie zu d) mit Fahrrad oder Kleinkraftrad bis zu 50 ccm                                       | DM 5,— |

II.

für Gepäck und sonstige Gegenstände, die den Stehplatz einer Person einnehmen, sowie für Fahrräder, Kleinkrafträder bis 50 ccm, leichte Handwagen, Handkarren, Hundekarren, Handschlitten, Kinderwagen

je Stück DM 0,40

III.

**für Tiere**

- |   |         |
|---|---------|
| 1. Großvieh und sonstige Zug-, Reit- oder Lasttiere, je Stück | DM 0,60 |
| 2. Kleinvieh, je Stück  | DM 0,30 |
| 3. getriebenes Federvieh, je angefangene 10 Stück             | DM 0,30 |
| 4. Hunde, je Stück  | DM 0,30 |

IV.

für Last- und Personenfahrwerke einschließlich Gespannführer neben dem Fährgeld für die Gespanne oder Zugtiere

- |  |                   |
|--|-------------------|
| 1. große Handwagen, Ziehkarren, leichte Ackergeräte und ähnliche landwirtschaftliche Fahrzeuge | DM 0,50           |
| 2. Fuhrwerke bis 1,5 t Tragfähigkeit unbeladen oder beladen                                    | DM 1,20           |
| 3. Fuhrwerke bis 3 t Tragfähigkeit unbeladen<br>beladen  | DM 1,30<br>DM 2,— |
| 4. Fuhrwerke über 3 t Tragfähigkeit unbeladen<br>beladen                                       | DM 2,20<br>DM 3,— |
| 5. Möbel- und Schaustellerwagen  | DM 3,50           |
| 6. Dreschmaschinen, Selbstbinder und ähnliche schwere Fahrzeuge                                | DM 3,—            |

V.

für Kraftfahrzeuge einschließlich Fahrzeugführer

- |   |                    |
|---|--------------------|
| 1. Lastkraftwagen oder deren Anhänger                         |                    |
| a) bis 0,75 t Tragfähigkeit unbeladen oder beladen            | DM 1,20            |
| b) über 0,75 t bis 1,5 t Tragfähigkeit unbeladen oder beladen | DM 2,20            |
| c) über 1,5 t bis 3 t Tragfähigkeit unbeladen beladen         | DM 2,50<br>DM 2,80 |
| d) über 3 t bis 5 t Tragfähigkeit unbeladen beladen           | DM 3,00<br>DM 3,50 |
| e) über 5 t Tragfähigkeit unbeladen beladen                   | DM 3,80<br>DM 5,00 |
| 2. Kraftomnibusse   |                    |
| a) bis zu 25 Sitzplätze                                       | DM 3,50            |
| b) über 25 Sitzplätze   | DM 4,50            |
| c) Anhänger   | DM 1,50            |
| 3. Personenkraftwagen   |                    |
| a) bis 1000 ccm   | DM 1,30            |
| b) bis 2000 ccm   | DM 1,50            |
| c) über 2000 ccm  | DM 1,80            |
| d) Anhänger   | DM 1,00            |
| 4. Kraftfahrzeuge über 50 ccm                                 |                    |
| a) ohne Beiwagen  | DM 0,80            |
| b) mit Beiwagen   | DM 1,00            |
| 5. Zugmaschinen   |                    |
| a) bis 12 PS  | DM 2,30            |
| b) über 12 PS   | DM 3,00            |
| 6. Trecker im landwirtschaftlichen Einsatz                    | DM 1,30            |

## VI.

**Fährgeldbefreiungen und -ermäßigungen**

1. Vom Fährgeld sind befreit:
  - a) Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahr, für die kein besonderer Sitzplatz beansprucht wird;
  - b) Angehörige der Häfen- und Schifffahrtsverwaltungen in Ausübung ihres Dienstes mit ihren Dienstfahrzeugen;
  - c) Gütertransporte, die für unmittelbare Rechnung der Häfen- und Schifffahrtsverwaltungen ausgeführt werden, mit ihren Begleitpersonen;
  - d) die Begleitpersonen oder der Führerhund eines Blinden und der Krankenfahrstuhl eines Gehbehinderten;
  - e) Hilfsfahrzeuge bei Feuersbrünsten oder sonstigen Notständen auf dem Hin- und Rückweg nebst den dazugehörigen Begleitmannschaften;
  - f) Kriegsbeschädigte und Gleichstehende nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen;
  - g) die Polizeivollzugsbeamten in Dienstkleidung in Ausübung ihres Dienstes einschließlich ihrer Fahrzeuge, Pferde und Hunde.
2. Fährgeldermäßigungen  
Das Fährgeld für Schüler und Jugendliche sowie deren Begleitpersonen und Beförderungsmittel auf Schul- und Jugendpflegefahrten beträgt bei gemeinsamer Überfahrt und gemeinsamer Entrichtung des Fährgeldes für mindestens 10 Personen die Hälfte des einfachen Fährgeldes.

## VII.

**Zusätzliche Bestimmungen**

1. Bei Nacht, Hochwasser und Treibeis wird das doppelte Fährgeld erhoben.
2. Als Nacht gelten in der Zeit vom 1. April bis 30. September die Stunden von 21.00 bis 6.00 Uhr und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 18.00 bis 7.00 Uhr.

3. Die Hochwassergrenze wird durch einen Merkpfehl oder in anderer Weise durch das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt bezeichnet.
4. Die Bestimmungen nach Abschnitt VI (Fährgeldbefreiungen und -ermäßigungen) gelten nicht für Fahrten bei Nacht.
5. Das Fährgeld ist auch zu entrichten, wenn der Fährbetrieb wegen Eisstand eingestellt und der Eisweg von der zuständigen Wegepolizeibehörde freigegeben wurde.
6. Ein Fuhrwerk oder ein Kraftfahrzeug gilt als beladen, wenn es außer dem Zubehör oder dem Betriebsstoff für die Maschine mehr als 100 kg geladen hat.

## VIII.

**Schlußbestimmungen**

1. Die festgesetzten Fähr gelder sind Höchstpreise. In den in diesem Tarif ausgewiesenen Entgelten ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) nicht enthalten.
2. Gebührenabweichungen im Widerspruch zu preisrechtlichen Bestimmungen sind nach § 2 des Wirtschaftsstrafgesetzes vom 9. Juli 1954 (BGBl. I S. 715) in der Fassung des Gesetzes vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503) strafbar.
3. Dieser Tarif tritt am 1. September 1971 in Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt tritt der Tarif für die Fähren an der Weser und ihren schiffbaren Quell- und Nebenflüssen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover vom 10. August 1964 (Verkehrsbl. S. 443) sowie der erste Nachtrag vom 9. Januar 1968 (Verkehrsbl. S. 130) außer Kraft.
4. Dieser Tarif wird festgesetzt für das Land Niedersachsen im Auftrage des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und öffentliche Arbeiten, für das Land Hessen im Auftrage des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik.

Hannover, 12. 7. 1971

**Wasser- und Schifffahrtsdirektion  
Hannover**

2524 — Nds./Hessen

StAnz. 42/1971 S. 1690

1404

**Der Hessische Sozialminister****Vorläufige Anerkennung der Erziehungsberatungsstelle im Vincenzhaus Hofheim/Taunus des Caritas-Verbandes Frankfurt e. V.**

Bezug: Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 21. 3. 1956 (StAnz. S. 371 ff.)

Gemäß vorbezeichnetem Erlaß erkenne ich die Erziehungsberatungsstelle im Vincenzhaus Hofheim/Taunus des Caritas-Verbandes Frankfurt e. V. unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs vorläufig an.

Wiesbaden, 16. 9. 1971

**Der Hessische Sozialminister**

II B 3 a — 52 s 22 03

StAnz. 42/1971 S. 1691

1405

**Anerkennung der Erziehungsberatungsstelle des Caritasverbandes Frankfurt e. V. in Frankfurt/Main, Alte Mainzer Gasse 10**

Bezug: Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 21. 3. 1956 — (StAnz. 1956 S. 371 ff.)

Gemäß vorbezeichnetem Erlaß erkenne ich die Erziehungsberatungsstelle des Caritasverbandes Frankfurt e. V. in Frankfurt/Main, Alte Mainzer Gasse 10, an.

Wiesbaden, 16. 9. 1971

**Der Hessische Sozialminister**

II B 3 a — 52 s 22 03

StAnz. 42/1971 S. 1691

1406

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt****Flurbereinigung Schorbach, Krs. Ziegenhain****Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Schorbach, Krs. Ziegenhain, wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Schorbach festgestellt. Es hat eine Größe von 546 ha, worin eine Waldfläche von 186 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Schorbach, Krs. Ziegenhain,“  
mit dem Sitz in Schorbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 642 Lauterbach, Adolf-Spieß-Straße 34, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für

Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Schorbach und den Nachbargemeinden Kleinropperhausen, Asterode, Olberode, Hausen, Weißenborn und Ottrau öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Schorbach und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 15. 9. 1971

Landeskulturamt Hessen  
KF 290 — Schorbach — 19708/71  
StAnz. 42/1971 S. 1691

1407

### Flurbereinigung Düdelsheim, Krs. Büdingen

#### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

- Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Düdelsheim, Kreis Büdingen, wird hiermit angeordnet.
- Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Düdelsheim mit Ausnahme der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 1124 ha, worin eine Waldfläche von rd. 353 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange bzw. grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Düdelsheim“

mit dem Sitz in Düdelsheim, Kreis Büdingen.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur Gießen, Ostanlage 47, II. (Behördenhochhaus), Postamt 2 — Postfach, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Gemäß § 80 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VWGO) vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) wird hiermit die sofortige Vollziehung des Flurbereinigungsbeschlusses angeordnet.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Düdelsheim und den Nachbargemeinden Stockheim, Glauberg, Lindheim, Hainchen, Himbach, Eckartshausen, Calbach, Orleshausen, Büches, Rohrbach und Büdingen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Anlage I und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Düdelsheim und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 20. 8. 1971

Landeskulturamt Hessen  
DF 505 — Düdelsheim — 16136/71  
StAnz. 42/1971 S. 1692

\*

## Anlage 1

zum Beschluß des Flurbereinigungsverfahrens  
Düdelshelm, Kreis Büdingen

Als Flurbereinigungsgebiet wird festgestellt:

## Gemarkung Düdelshelm

Flur 1 Nr. 313—337, 358—387, 389—400, 400 5/10, 401—440, 441 2/10, 441 4/10, 441 5/10, 442, 1/10, 442 4/10, 442 7/10, 443, 443 5/10, 444—458, 458 5/10, 459—471, 472 1/10, 472 5/10, 473—475, 476/1, 476/2, 478, 479/1, 480/2, 509—549, 550 1/10, 550 5/10, 551—616, 617 1/10, 617 5/10, 618—629, 777, 778, 781—808, 809/1, 810/1, 826, 828.

Flur 2 Nr. 64/1, 65—75, 108—119, 124—132, 132 5/10, 133—139, 139 5/10, 140—143, 323—332, 393—410, 411/4, 411/5, 415, 416, 459—463, 464/1, 465/1, 466—498, 499/1, 499/2, 500/1, 501/1, 502/1, 503, 504/1, 505/1, 506/1, 507/1, 508/1, 509/1, 510/1 511/1, 512/1, 513, 514/1, 515/1, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522—542, 543—563, 564 1/10, 564 5/10, 565, 566—569, 570/1, 571, 572, 573/1, 574—592, 593 1/10, 593 5/10, 594—597, 598/1, 599/1, 600/1, 601/1, 602—632, 633/1, 634/1, 635—640, 652/1, 653—655, 657, 671, 672, 679, 680, 685—686, 687/1, 687/2, 687/3, 687/4, 687/5, 687/6, 687/7, 687/8, 687/9, 687/10, 687/11, 687/12, 687/13, 687/14, 687/15, 687 5/10, 688, 689, 690—695, 697/1, 704/1, 705, 706, 710, 711/1, 711/2, 711/3, 711/4, 711/5, 711/6, 712, 713.

Flur 3, 4, 5, 6 ganz.

Flur 7 Nr. 1—20, 21/1, 22/1, 23/1, 23/2, 23/3, 24/1, 25/1, 26/1, 28/1, 29/1, 30/1, 31/1, 32/1, 33/1, 34/1, 35/1, 36/1, 37 1/10, 37 5/10, 38, 40—45, 46/1, 47/1, 48/1, 49/1, 49/2, 50/1, 51/1, 52/1, 53/1, 54/1, 55/1, 55/2, 55/3, 56/1, 57/1, 58/1, 59/1, 59/2, 60—77, 78 1/10, 78 3/10, 78/1, 78/2, 78 7/10, 78 9/10, 79, 80, 80 5/10, 81—89, 90 1/10, 90 4/10, 90 7/10, 91, 92/2, 92/3, 93/2, 94/2, 95/2, 96/2, 100/1, 103/1, 107/1, 108/2, 108/3, 109—119, 119 5/10, 120—123, 124/1, 124/2, 125—130, 154/2, 155—169, 170/1, 170/2, 171, 172, 173/1, 173/2, 174—179, 180/1, 180/2, 180/3, 180/4, 180/5, 180/6, 180/7, 180/8, 180/9, 180/10, 180/11, 180/12, 180/13, 180/14, 180/15, 180/16, 180/17, 180/18, 181—183, 185, 187/6, 189—192, 193/1, 193/2, 193/3, 193/4, 193/5, 193/6, 193/7, 193/8, 193/9, 193/10, 193/11, 193/12, 193/13, 193/14, 193/15, 193/16, 193/17, 193/18, 193/19, 194/1, 195.

Flur 8 ganz

Flur 9 Nr. 1—8, 8 1/10, 8 3/10, 8 5/10, 9—15, 16, 17/1, 17/2, 17/4, 17/5, 17/6, 17/7, 17/8, 17/9, 17/10, 17/11, 17/12, 17/13, 17/14, 17/15, 17/16, 17/17, 17/18, 17/19, 18/1, 18/2, 19, 19 5/10, 20—23, 24 1/10, 24 5/10, 25—30, 31 1/10, 31 4/10, 31 7/10, 32, 33, 34, 35 1/10, 36 5/10, 38—45, 45 5/10, 46—54, 54 5/10, 55, 56 1/10, 56 5/10, 57—64, 65 1/10, 65 4/10, 65 7/10, 66—78, 80—95, 148/1, 148/2, 149 5/10, 151—161, 161 3/10, 161 5/10, 161 7/10, 162—164, 165 1/10, 165 5/10, 166—176, 177, 177 5/10, 178, 179, 179 5/10, 180—189, 189 3/10, 190—194, 196—216, 225, 227—241.

Flur 10—25 ganz.

1408

## Personalnachrichten

Es sind

**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen****b) Oberfinanzdirektion**

ernannt:

zum **Baudirektor (BaL)** Oberbaurat Wilhelm Kempf (20. 8. 1971);zum **Steuerrat (BaL)** Steueramtmann Johannes Althans (26. 8. 1971);zum **Obersteuerinspektor (BaL)** Steuerinspektor Ernst Fischer (30. 8. 1971);zum **Oberinspektor (BaL)** Inspektor Alfred Reinwarth (25. 8. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

Steuerrat Heinz Warnat (31. 8. 1971);

**Steuerverwaltung**

eingewiesen in die Besoldungsgruppe A 16:

die Regierungsdirektoren Erdmann Frenkel, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (28. 7. 1971), Dr. Lothar Müller-Laessig, FA Darmstadt (31. 8. 1971);

ernannt:

zu **Regierungsdirektoren (BaL)** Die Oberregierungsräte Herbert Gerz, FA Langen (30. 7. 1971), Albrecht Heeser, FA Dillenburg (30. 7. 1971), Hans-Joachim Jetschin, FA Darmstadt (31. 8. 1971), Dr. Herbert Keil, FA Korbach (30. 7. 1971), Dr. Jakob Klingelhöfer, FA Hanau (3. 9. 1971), Karl Lorenz, FA Dieburg (30. 7. 1971), Helmut Stoecker, FA Gießen (30. 7. 1971);zu **Oberregierungsräten (BaL)** die Regierungsräte Dr. Horst Kadel, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (18. 8. 1971), Hermann Rumpf, FA Kassel, Spohrstraße (13. 8. 1971);zu **Regierungsräten (BaP)** die Regierungsassessoren Hans-Jürgen Kion, FA Bad Homburg (30. 7. 1971), Dr. Michael Zärban, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (22. 7. 1971);zu **Regierungsräten (BaL)** die Obersteuerräte Andreas Brückmann, FA Kassel, Spohrstraße (30. 7. 1971), Walter Brünig, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (30. 7. 1971), Wilhelm Heil, FA Ffm., Börse (23. 8. 1971), Willi Heine, FA Offenbach-Stadt (17. 8. 1971), Georg Steinmann, FA Ffm.-Börse (17. 8. 1971);zu **Steuerräten (BaL)** die Steueramtmänner Adolf Bayer, FA Rüdeshelm (27. 8. 1971), Horst Burmeister, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (30. 8. 1971), Hermann Führmann, FA Homberg (27. 8. 1971), Karl Klingl, FA Ffm., Börse (27. 8. 1971), Werner Kunze, FA Offenbach-Land (27. 8. 1971), Hans Quentin, FA Kassel, Goethestraße (27. 8. 1971), Hartwig Ulrich, FA Gießen (30. 8. 1971);

zu **Steueramtmännern (BaL)** die Steueroberinspektoren Horst Bachmann, FA Hanau (30. 8. 1971), Heinrich Bittner, FA Dillenburg (13. 8. 1971), Karl Christen, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (30. 8. 1971), Karl-Heinz Einrauch, FA Kassel, Goethestraße (30. 8. 1971), Emil Faßhauer, FA Witzzenhausen (31. 8. 1971), Otto Fischer, FA Ffm., Taunustor (30. 8. 1971), Josef Gerhardt, FA Ffm., Taunustor (30. 8. 1971), Winfried Hackl, FA Bad Schwalbach (30. 8. 1971), Erwin Jammer, FA Gießen (30. 8. 1971), Karl Klenke, FA Eschwege (30. 8. 1971), Karl Kreiser, FA Ffm., Stiftstraße (30. 8. 1971), Gerhard Krisse, FA Dillenburg (30. 8. 1971), Kurt Maneth, FA Gelnhausen (30. 8. 1971), Franz Minich, FA Offenbach-Land (30. 8. 1971), Heinrich Muth, FA Hanau (30. 8. 1971), Oskar Nitsche, FA Homberg (13. 8. 1971), Ursula Podehl, FA Ffm., Stiftstraße (30. 8. 1971), Günter Rahnert, FA Hofgeismar (30. 8. 1971), Hermann Siebert, FA Kassel, Goethestraße (30. 8. 1971), Wolfgang Schling, FA Kassel, Goethestraße (30. 8. 1971), Heinz Schneider, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (30. 8. 1971), Horst Schultz, FA Offenbach-Stadt (30. 8. 1971), Lothar Tönsmann, FA Bad Hersfeld (30. 8. 1971), Manfred Urf, FA Frankenberg (30. 8. 1971), Ingeborg Vetter, FA Ffm., Taunustor (30. 8. 1971), Toni Vetter, FA Ffm.-Höchst (30. 8. 1971), Horst Zech, FA Hanau (30. 8. 1971);

zu **Steueroberinspektoren (BaL)** die Steuerinspektoren Fritz Guba, FA Ffm., Taunustor (26. 8. 1971), Bernd Nüdling, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (26. 8. 1971), Heinz-Günter Roos, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (26. 8. 1971);

zu **Steueroberinspektoren (BaP)** die Steuerinspektoren Robert Donhauser, FA Ffm., Stiftstraße (25. 8. 1971), Fred Keil, FA Wetzlar (26. 8. 1971);

zu **Amtsinspektoren (BaL)** die Steuerhauptsekretäre Walter Amend, FA Gießen (26. 8. 1971), Georg Braun, FA Bad Homburg (26. 8. 1971), Werner Howschke, FA Gelnhausen (19. 7. 1971), Erwin Jung, FA Offenbach-Stadt (22. 7. 1971), Berthold Krebs, FA Gelnhausen (31. 8. 1971), Walter Mondsech, FA Gießen (27. 8. 1971), Eduard Riedel, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (28. 7. 1971), Willi Seikel, FA Offenbach-Stadt (21. 7. 1971), Emil Schmalbach, FA Ffm.-Höchst (25. 8. 1971);

zu **Steuerhauptsekretären (BaL)** die Steuerobersekretäre Horst Auel, FA Homberg (26. 8. 1971), Karlheinz Bischoff, FA Darmstadt (30. 8. 1971), Walter Bonrad, FA Offenbach-Stadt (26. 8. 1971), Martin Borrmann, FA Gelnhausen (26. 8. 1971), Renate Cloos, FA Marburg (25. 8. 1971), Lothar Conrad, FA Dillenburg (26. 8. 1971), Wilhelm Emmerich, FA Dieburg (26. 8. 1971), Hans Enders, FA Dieburg (26. 8. 1971), Ewald Gorr, FA Friedberg (26. 8. 1971), Norbert Gränz, FA Friedberg (30. 8. 1971), Franz Hartmann, FA Ffm., Stiftstraße (25. 8. 1971), Günter Hinz, FA Darmstadt (26. 8. 1971), Otto Hoffmann, FA Eschwege (26. 8. 1971), Herbert Hübenal, FA Eschwege (26. 8. 1971), Günther Keßler,

FA Ffm., Taunustor (26. 8. 1971), Monika Klüber, FA Bensheim (26. 8. 1971), Gerhard Knapp, FA Ffm., Stiftstraße (25. 8. 1971), Edith Lerner, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (21. 7. 1971), Manfred Naser, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (26. 8. 1971), Franz von Oldershausen, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (26. 8. 1971), Robert Piezl, FA Darmstadt (26. 8. 1971), Gerhard Richter, FA Rotenburg (26. 8. 1971), Heinz Sahn, FA Dillenburg (26. 8. 1971), Karl Sauer, FA Fulda (26. 8. 1971), Sepp Skala, FA Bad Hersfeld (27. 8. 1971), Lothar Spiehl, FA Groß-Gerau (26. 8. 1971), Wolfgang Spriestersbach, FA Bad Schwalbach (26. 8. 1971), Walter Schaub, FA Dieburg (26. 8. 1971), Klaus Schmidt, FA Ffm., Stiftstraße (25. 8. 1971), Günter Stahl, FA Ffm.-Höchst (25. 8. 1971), Manfred Steinbrecher, FA Darmstadt (30. 8. 1971), Anneliese Stöhr, FA Friedberg (26. 8. 1971), Werner Stoll, FA Alsfeld (26. 8. 1971), Ludwig Walter, FA Dieburg (26. 8. 1971), Edmund Weiss, FA Bensheim (26. 8. 1971), Karl Wilhelm, FA Schwalmstadt (30. 7. 1971);

zu **Steuerhauptsekretären (BaL)** die Steuerobersekretäre (BaP) Christel Philipp, FA Offenbach-Land (6. 9. 1971), Bernhard Eichhorst, FA Groß-Gerau (26. 8. 1971);

zu **Steuerobersekretären (BaL)** die Steuersekretäre Marlene Birol, FA Gießen (26. 8. 1971), Werner Bubla, FA Gießen (21. 7. 1971), Horst Eidam, FA Marburg (26. 8. 1971), Wolfgang Geserick, FA Biedenkopf (26. 7. 1971), Wolfgang Gilberg, FA Limburg (26. 8. 1971), Karl Hardt, FA Weilburg (27. 8. 1971), Heinz Kern, FA Wetzlar (26. 8. 1971), Karl Kokesch, FA Friedberg (26. 8. 1971), Uwe Mehlhorn, FA Gelnhausen (26. 8. 1971), Maria Opitz, FA Ffm.-Höchst (25. 8. 1971), Johannes Orth, FA Schwalmstadt (26. 8. 1971), Klaus Peter, FA Kassel, Goethestraße (21. 7. 1971), Günter Schorling, FA Gießen (26. 8. 1971), Karl Schulz, FA Schwalmstadt (27. 8. 1971), Gudrun Vollrath, FA Kassel, Spohrstraße (21. 7. 1971), Ernst Wagner, FA Schwalmstadt (22. 7. 1971), Winfried Zahn, FA Homberg (26. 8. 1971);

zu **Steuerobersekretären (BaP)** die Steuersekretäre Lothar Adis, FA Hanau (26. 8. 1971), Erwin Austermühle, FA Kassel, Spohrstraße (26. 8. 1971), Anita Bachmann, FA Kassel, Goethestraße (26. 8. 1971), Karl-Heinz Bendel, FA Limburg (26. 8. 1971), Manfred Benisch, FA Michelstadt (26. 8. 1971), Gerold Bloß, FA Friedberg (26. 8. 1971), Brigitte Breckheimer, FA Groß-Gerau (26. 8. 1971), Herma Feldmeier, FA Kassel, Spohrstraße (26. 8. 1971), Erika Flach, FA Lauterbach (26. 8. 1971), Otto Frank, FA Ffm.-Höchst (21. 7. 1971), Frauke Führling, FA Kassel, Spohrstraße (27. 8. 1971), Evelyn Giesecke, FA Fulda (26. 8. 1971), Jürgen Gonnermann, FA Eschwege (26. 8. 1971), Inge Gießler, FA Kassel, Goethestraße (26. 8. 1971), Anita Haworth, FA Hanau (26. 8. 1971), Christel Heckelmann, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (26. 8. 1971), Reinhold Herzberger, FA Friedberg (26. 8. 1971), Dieter Hess, FA Groß-Gerau (26. 8. 1971), Hiltrud Höhl, FA Fulda (26. 8. 1971), Harald Holaschke, FA Ffm., Hamburger Allee (25. 8. 1971), Roswitha Jung, FA Bad Homburg (31. 8. 1971), Karin Kalb, FA Kassel, Spohrstraße (31. 8. 1971), Harald Klähn, FA Kassel, Spohrstraße (30. 8. 1971), Marion Kohl, FA Weilburg (26. 8. 1971), Regina Krämling, FA Fulda (26. 8. 1971), Marianne Kurzhals, FA Fulda (26. 8. 1971), Doris Lichtenacker, FA Ffm., Taunustor (25. 8. 1971), Gerlinde Mantei, FA Darmstadt (30. 8. 1971), Horst Müller, FA Nidda (26. 8. 1971), Barbara Oestreich, FA Hanau (27. 8. 1971), Wilfried Pfister, FA Fulda (30. 8. 1971), Therese Pflug, FA Bad Homburg (26. 8. 1971), Karl Otto Roll, FA Offenbach-Land (30. 8. 1971), Horst Ruth, FA Marburg (26. 8. 1971), Wolfgang Schneider, FA Nidda (31. 8. 1971), Roland Schneiders, FA Bad Hersfeld (27. 8. 1971), Karin Schönhals, FA Alsfeld (27. 8. 1971), Ernst Schröder, FA Bensheim, Außenstelle Fürth (30. 8. 1971), Heidi Stumpf, FA Dieburg (26. 8. 1971), Anneliese Thielmann, FA Wetzlar (26. 8. 1971), Bernd Wahl, FA Ffm., Hamburger Allee (26. 8. 1971), Monika Wahl, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (26. 8. 1971);

zu **Steuersekretären (BaP)** die Steuersekretäre zur Anstellung Anneliese Herbener, FA Offenbach-Land (26. 8. 1971), Bernd Meyer, FA Ffm., Stiftstraße (25. 8. 1971), Karl-Heinz Presber, FA Ffm., Taunustor (25. 8. 1971), Edith Rotter, FA Ffm., Taunustor (25. 8. 1971), Ottmar Sahl, FA Ffm., Taunustor (25. 8. 1971), Karola Schäfer, FA Nidda (26. 8. 1971), Angelika Willershausen, FA Ffm., Stiftstraße (25. 8. 1971);

zu **Oberamtsmeistern (BaL)** die Amtsmeister Horst Blaesing, FA Friedberg (26. 7. 1971), Johann Bodisch, FA Bad Homburg (27. 7. 1971), Martin Dickes, FA Wetzlar (26. 7. 1971), Hans Dörsam, FA Bensheim (26. 7. 1971), Berthold

Hoffmann, FA Rotenburg (26. 7. 1971), Alfred Köhler, FA Eschwege (26. 7. 1971), Heinrich Lang, FA Gießen (27. 7. 1971), Heinrich Lutz, FA Dieburg (26. 7. 1971), Heinrich Schöneweiß, FA Kassel, Goethestraße (26. 7. 1971), Karl Schwarz, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (26. 7. 1971), Edwin Zimmer, FA Gießen (26. 7. 1971);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:**  
die Steueroberinspektoren Sigrid Biesenkamp, FA Ffm., Börse (28. 7. 1971), Herbert Koch, FA Darmstadt (26. 7. 1971), Renate Pleyer, FA Ffm., Stiftstraße (26. 8. 1971), Herbert Thon, FA Bad Hersfeld (30. 8. 1971);

die Steuerinspektoren Ulrich Ferber, FA Ffm., Börse (9. 7. 1971), Frank-Rüdiger Holz, FA Ffm., Börse (20. 8. 1971), Reinhard Klose, FA Ffm., Börse (12. 8. 1971), Gabriele Watzka, FA Bad Hersfeld (27. 8. 1971);

die Steuerobersekretäre Monika Klüber, FA Bensheim (30. 7. 1971), Dieter Trocha, FA Ffm., Taunustor (26. 7. 1971),

in den **Ruhestand** getreten bzw. versetzt:

Regierungsdirektor Werner Wolpert, FA Hanau (31. 8. 71);  
Obersteuerrat Alfred Schulze, FA Ffm., Hamburger Allee (30. 9. 1971);

die Steuerärzte Ludwig Benz, FA Offenbach-Land (30. 9. 1971), Alexander Michel, FA Bensheim (31. 8. 1971), Georg Schmitt, FA Bensheim (31. 8. 1971);

die Steueramtswärter Herbert Iser, FA Homberg (31. 7. 1971), Rudolf Linke, FA Ffm., Börse (31. 8. 1971), Heinz Nägler, FA Bensheim (30. 9. 1971), Erich Osang, FA Marburg (31. 8. 1971), Berthold Schiffner, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (31. 7. 1971);

die Steueroberinspektoren Anton Bleul, FA Limburg (31. 8. 1971), Erich Brück, FA Michelstadt (31. 8. 1971), Wolfgang Müller, FA Ffm., Stiftstraße (30. 9. 1971), Heinrich Rühl, FA Alsfeld (30. 9. 1971), Franz Wallner, FA Dillenburg (31. 7. 1971);

die Amtsinspektoren Anton Kolar, FA Gießen (31. 7. 1971), Jost Oppermann, FA Bad Homburg (30. 9. 1971), Ferdinand Schwalm, FA Homberg (31. 7. 1971);

die Steuerhauptsekretäre Christian Geißendörfer, FA Offenbach-Stadt (31. 8. 1971), Eduard Glass, FA Darmstadt (31. 7. 1971), Heinrich Görne, FA Ffm., Hamburger Allee (31. 7. 1971), Fritz Schaub, FA Dillenburg (31. 8. 1971), Valentin Schwöbel, FA Ffm., Taunustor (31. 7. 1971), Paul Stangier, FA Darmstadt (31. 8. 1971), Heinrich Wehrheim, FA Bad Homburg (30. 9. 1971);

die Steuerobersekretäre Jakob Fleck, FA Dillenburg (30. 9. 1971), Richard Nicklas, FA Friedberg (30. 9. 1971);  
Oberamtsmeister Karl Daudistel, FA Darmstadt (31. 8. 1971);

**entlassen auf eigenes Verlangen:**

Regierungsrat Gerd Reinhardt, FA Ffm., Börse (30. 9. 1971),  
Steueramtswärter Josef Stadler, FA Fulda (30. 9. 1971);

die Steueroberinspektoren Ulrich Heck, FA Nidda (30. 9. 1971), Michael Waldherr, FA Bensheim (31. 8. 1971);

Steuerinspektorin Karin Schubert, FA Gießen (30. 9. 1971);  
die Steuerinspektoren zur Anstellung Heinz Mann, FA Kassel, Goethestraße (15. 8. 1971), Volker Nügel, FA Kassel, Goethestraße (30. 9. 1971), Rudolf Seibert, FA Wetzlar (31. 8. 1971), Wolfgang Wellhöfer, FA Ffm., Hamburger Allee (31. 8. 1971);

die Steuerobersekretäre Peter Althausen, FA Limburg (30. 9. 1971), Marlis Berger, Ffm., Hamburger Allee (30. 9. 1971), Wilfried Dörr, FA Ffm., Taunustor (15. 8. 1971), Helmut Fey, FA Bensheim (18. 1. 1971), Jens Künkel, FA Gelnhausen (30. 9. 1971), Wolfgang Künzel, FA Bad Homburg (31. 8. 1971), Renate Liphardt, FA Kassel, Spohrstraße (30. 9. 1971);

Steuersekretär Robert Popp, FA Dieburg (30. 9. 1971);

die Steuersekretäre zur Anstellung Rolf Dieter Gude, FA Kassel, Goethestraße (30. 9. 1971), Günther Neusüß, FA Kassel, Goethestraße (31. 8. 1971), Rolf Uhlmann, FA Ffm., Taunustor (30. 9. 1971), Wolfgang Walk, FA Ffm., Stiftstraße (30. 9. 1971);

**Berichtigung:**

In StAnz. 1971, S. 1267, muß es unter Buchstabe D richtig heißen:

„ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsassessor (BaP) Erich Franke, FA Kassel, Goethestraße (22. 6. 1971).“

Auf S. 1268 muß es richtig heißen:

„in den Ruhestand getreten bzw. versetzt: die Steuer-  
oberinspektoren Walter Becker, FA Ffm., Börse (30. 6. 1971)  
u. a.“

Frankfurt/M., 29. 9. 1971

**Oberfinanzdirektion**  
P 1400 A — 50 St I 72  
StAnz. 42/1971 S. 1693

## E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

### a) Ministerium

ernannt:

zum Ministerialdirigenten Ministerialrat (BaL) Dr. Werner  
Münchheimer (24. 9. 1971).

Wiesbaden, 28. 9. 1971

**Der Hessische Minister der Justiz**  
ZB pers. M 29  
StAnz. 42/1971 S. 1695

## F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

### Regierungsbezirk Darmstadt

#### — Gymnasien —

ernannt:

zu Studienassessoren/innen (BaP) die Assessoren/innen des  
Lehramts Bärbel Hopp, Bensheim a. d. B. (1. 2. 1971), Hans  
Arnulf Marx, Grünberg (1. 2. 1971), Klaus Heck, Darm-  
stadt (1. 2. 1971), Arn Skubinna, Darmstadt (1. 2. 1971), Dr.  
Irmgard Heber, Darmstadt (1. 2. 1971), Elisabeth Müll-  
ler-Rieß, Gießen (1. 8. 1971), Horst Kirchner, Offenbach  
(Main) (1. 8. 1971), Ulrich Kobliczek, Offenbach/Main (1. 8.  
1971), Sybille Miesner, Gießen (1. 8. 1971), Kurt Oberfeuer,  
Frankfurt/Main (1. 8. 1971), Rainer Hofmann, Gießen (1. 8.  
1971), Helmut Penderok, Hanau (1. 8. 1971), Reinhold Jä-  
ger, Frankfurt/M. (1. 8. 1971), Regina Neumann, Marburg  
(1. 8. 1971), Volkmar Fleischhaker, Gießen (1. 8. 1971),  
Heinrich Buschbeck, Offenbach/Main (1. 8. 1971), Torsten  
Gerber, Sulzbach (1. 8. 1971), Hilde Kümmerle, Frankfurt  
(Main) (1. 8. 1971), Peter Knüttel, Frankfurt/Main (1. 8.  
1971), Helga v. Petersdorff, Darmstadt (1. 8. 1971), Herfried  
Stingl, Darmstadt (1. 8. 1971), Heinz Münz, Limburg (1. 8.  
1971), Rolf Krumbiegel, Gießen (1. 8. 1971), Peter Oertel,  
Darmstadt (1. 8. 1971), Ursula Kühl, Gießen (1. 8. 1971),  
Rolf Dilgen, Bruchköbel (1. 2. 1971), Jürgen Schmidt, Grün-  
berg (1. 8. 1971), Hans-Friedrich Heinrichs, Darmstadt (1. 8.  
1971), Ernst Holzer, Dillenburg (1. 8. 1971), Walter Hof-  
mann, Groß-Gerau (1. 8. 1971), Reinhard Böker, Hofheim  
(1. 8. 1971), Christian Habermann, Mühlheim (1. 8. 1971),  
Isolde Bartholome, Mühlheim (1. 8. 1971), Joachim Stein-  
müller, Alsfeld (1. 8. 1971), Helga Poblitzki, Frankfurt  
(Main) (1. 8. 1971), Bernd Obermann, Frankfurt/Main (1. 8.  
1971), Ingeborg Metzger, Frankfurt/Main (1. 8. 1971), Heid-  
run Neumann, Frankfurt/M.-Höchst (1. 8. 1971), Sigrid  
Motzkus, Bad Homburg (1. 8. 1971), Ingo Krösa, Frank-  
furt/Main (1. 8. 1971), Achim Juli, Frankfurt/Main (1. 8.  
1971), Wolfgang Hüscher, Frankfurt/Main (1. 8. 1971), Klaus-  
Dieter Metz, Bad Homburg (1. 8. 1971), Rolf-Rüdiger Kraus,  
Bad Homburg (1. 8. 1971), Jürgen Allmeroth, Gießen (1. 8.  
1971), Friedrich Damrath, Laubach (1. 8. 1971), Hartmut Bu-  
row, Sprenglingen (1. 8. 1971), Olaf Noeske, Langen  
(1. 8. 1971), Volker Oestreich, Mühlheim (1. 8. 1971), Hans-  
Harald Nau, Heppenheim (1. 8. 1971), Edgar Nebel, Frank-  
furt/Main (1. 8. 1971), Gisela Gollov, Wiesbaden (1. 2. 1971),  
Christine Wanke, Langen (1. 2. 1971), Hermann Twoerke,  
Gießen (1. 8. 1971), Gerald Zulauf, Alsfeld (1. 8. 1971), Pe-  
ter Kuhn, Rüsselsheim (1. 8. 1971), Ursula Küster, Langen  
(1. 8. 1971), Alfred Preisner, Grünberg (1. 8. 1971), Rainer  
Meiller, Frankfurt/Main-Höchst (1. 8. 1971), Ursula Bach,  
Hanau (1. 8. 1971), Ernst Peter Giese, Hadamar (1. 8. 1971),  
Marie Luise Hoffmann, Hofheim/Ts. (1. 8. 1971), Renate  
Görgen, Wiesbaden (1. 8. 1971), Wolfgang Knöppler, Lim-  
burg (1. 8. 1971), Hans-Joachim Bublitz, Wiesbaden (1. 8.  
1971), Werner Imhoff, Idstein (1. 8. 1971), Klaus Knirsch,  
Wiesbaden (1. 8. 1971), Dr. Christa Belz-Hensoldt, Wies-  
baden (1. 8. 1971), Volker Bullinger, Mainz-Kastel (1. 8.  
1971), Jürgen Neumüller, Wiesbaden (1. 8. 1971), Manfred  
Kunzelmann, Wiesbaden (1. 8. 1971), Klaus Jezierski, Ober-  
ramstadt (1. 8. 1971), Christa Gildenpenning, Darmstadt  
(1. 8. 1971), Gunther Wiltshko, Darmstadt (1. 8. 1971), Ude  
Schreiber, Darmstadt (1. 8. 1971), Dr. Eberhard Schön,  
Darmstadt (1. 8. 1971), Georg Schrabek, Darmstadt (1. 8.

1971), Walter Kagel, Darmstadt (1. 8. 1971), Roland Rich-  
ter, Michelstadt (1. 8. 1971), Michael Plaumann, Bad Vilbel  
(1. 8. 1971), Helmut Maier, Darmstadt (1. 8. 1971), Ilse Wolf,  
Sprenglingen (1. 8. 1971), Gustav Ullrich, Echzell (1. 8. 1971),  
Erich Pompl, Frankfurt/Main (1. 2. 1971), Josef Nosek,  
Sprenglingen (1. 8. 1971), Volker Schremmer, Lauterbach  
(1. 8. 1971), Hans-Werner Jansohn, Darmstadt (1. 8. 1971),  
Günther Roth, Darmstadt (1. 8. 1971), Dr. Klaus Schäfer,  
Darmstadt (1. 8. 1971), Barbara Becker, Darmstadt (1. 2.  
1971), Gisela Grünberg, Usingen (1. 8. 1971), Bodo Hauck,  
Oberursel (1. 8. 1971), Detlef Lipck, Butzbach (1. 8. 1971),  
Günter Dick, Oberursel (1. 8. 1971), Hartmut Bernauer, Kö-  
nigstein (1. 8. 1971), Ursula Dreyer, Oberursel (1. 8. 1971),  
Karl Schreier, Wiesbaden (1. 8. 1971), Ingo Dressler, Offen-  
bach/Main (1. 8. 1971), Marion Philipp, Offenbach/Main (1. 8.  
1971), Joachim Galow, Königstein (1. 8. 1971), Ernst Mühl,  
Gießen (1. 8. 1971), Christa Scherbaum, Wiesbaden (1. 8.  
1971), Christa Hagenow, Geisenheim (1. 8. 1971), Constanze  
Traeger, Wiesbaden (1. 8. 1971), Hans-Wolfgang Schmidt,  
Wiesbaden (1. 8. 1971), Gisela Schmachtenberg, Offenbach  
(Main) (1. 8. 1971), Christa Terheiden, Offenbach/Main  
(1. 8. 1971), Ingrid Kokes, Bensheim (1. 8. 1971), Friedrich-  
Jürgen Schmidt, Rimbach (1. 8. 1971), Ernst-Friedrich Som-  
mer, Heusenstamm (1. 8. 1971), Dieter Horchler, Alsfeld  
(1. 8. 1971), Gunnar Thiem, Wiesbaden-Bierstadt (1. 8.  
1971), Karla Fischbach, Herborn (1. 8. 1971), Albrecht Floth,  
Gießen (1. 8. 1971), Heidemarie Weber, Kastel (1. 8. 1971),  
Franz-Josef Bayer, Seligenstadt (1. 8. 1971), Dr. Anna Jä-  
ger, Ober-Roden (1. 8. 1971), Norbert Hofmann, Lampert-  
heim (1. 8. 1971), Hans Schneider, Heusenstamm (1. 8. 1971),  
Christa Scharf, Groß-Umstadt (1. 8. 1971), Peter Biebel,  
Ober-Roden (1. 8. 1971), Heinz-Dieter Schmidt-Burkhardt,  
Babenhausen (1. 8. 1971), Gernot Scheid, Offenbach/Main  
(1. 8. 1971), Manfred Seehagen, Wald-Michelbach (1. 8.  
1971), Marianne Anna Heymann, Neu-Isenburg (1. 8. 1971),  
Erhard Stroh, Usingen (1. 8. 1971), Rainer Weidenauer,  
Viernheim (1. 8. 1971), Günter Weber, Wiesbaden (20. 8.  
1971), Gabriele Thiel, Sulzbach (1. 8. 1971), Peter Brüssel-  
bach, Königstein (1. 8. 1971), Elke Richter, Michelstadt  
(Odw.) (1. 8. 1971), Hartmann Ulmschneider, Königstein  
(Ts.) (1. 2. 1971), Volker Varwig, Hanau (1. 8. 1971), Ma-  
rienne May, Königstein (1. 8. 1971), Heidrun Plaumann,  
Darmstadt (27. 8. 1971), Bertold Wohlgemuth, Sulzbach  
(1. 8. 1971), Helga Kuhl, Neu-Isenburg (1. 9. 1971), Günter  
Magsaam, Büdingen (1. 8. 1971), Wilfried Jung, Homburg  
(1. 8. 1971), Wolfgang-Rüdiger Fürstenberg, Wiesbaden  
(1. 2. 1971), Reinhard Wilhelm Jahn, Rüsselsheim (1. 9.  
1971);

Studienreferendar/in Heinrich Geis, Mühlheim (1. 8. 1971),  
Brigitte Meurer, Frankfurt/Main-Höchst (1. 8. 1971);

frühere Studienassessorin Hannelore Staginnus, Hanau  
(1. 8. 1971);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienassessoren/innen  
(BaP) Franz Maywald, Gießen (1. 7. 1971), Rainer Glückert,  
Frankfurt/Main (30. 6. 1971), Ingelore Mannsfeld, Frank-  
furt/Main (5. 7. 1971), Renate Dingeldein, Bensheim (31. 8.  
1970), Karl Krusekopf, Wiesbaden (30. 11. 1970), Georg  
Friedrich Schmidt, Gernsheim (24. 6. 1971), Norbert Köh-  
ler, Seeheim a. d. B. (1. 7. 1971), Bernhard Möller, Groß-  
Umstadt (2. 3. 1971), Helga Lutz, Bensheim (7. 4. 1971),  
Horst-Dieter Weber, Rüsselsheim (21. 6. 1971), Dieter Bör-  
ner, Bensheim (1. 12. 1970), Marei-Lise Pip, Darmstadt  
(14. 7. 1971), Siegfried Seyler, Gießen (28. 5. 1971), Helga  
Weick, Frankfurt/Main (13. 7. 1971), Wolfgang Schmitt,  
Frankfurt/Main (16. 2. 1971), Richard Steckelberg, Ober-  
Hambach (28. 6. 1971), Karl-Adalbert Fues, Hanau (8. 7.  
1971), Bernhard Ratz, Wetzlar (16. 7. 1971), Lorenz Becker,  
Rüsselsheim (11. 6. 1971), Gerald Riebel, Darmstadt (20. 7.  
1971), Peter Schmidt, Neu-Isenburg (23. 3. 1971), Edwin  
Schmeichel, Wiesbaden (13. 7. 1971), Dr. Ludwig Völker,  
Darmstadt (23. 6. 1971), Jürgen Otto Böhm, Darmstadt  
(7. 4. 1971), Wilfried Hartung, Gießen (13. 8. 1971), Peter  
Velten, Gießen (13. 8. 1971), Sigrid Löw, Wetzlar (17. 8.  
1971), Dieter Löw, Wetzlar (13. 8. 1971), Elfriede Bauer,  
Wetzlar (24. 8. 1971), Gerd Göckeritz, Dillenburg (26. 8.  
1971), Maximilian Hibs, Wiesbaden (6. 9. 1971), Helmut  
Konhäuser, Bad Nauheim (4. 9. 1971), Rosemarie Stein-  
ecke, Frankfurt/Main (6. 9. 1971), Ingeborg Spengemann,  
Darmstadt (4. 9. 1971), Gerhard Taschner, Schlüchtern  
(3. 9. 1971);

früherer Studienrat Dr. Peter Schwarz, Lauterbach (29. 6.  
1971);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL)  
Ewald Lünemann, Darmstadt (16. 7. 1971), Hans Kurt Lüh,

Darmstadt (28. 6. 1971), Renate Herzfeld, Darmstadt (29. 6. 1971), Georg Bernhardt, Darmstadt (30. 6. 1971), Ferdinand Kaimer, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Johannes Wulff, Butzbach (27. 5. 1971), Dr. Lothar Träder, Darmstadt (30. 6. 1971), Robert Gehrman, Hanau (1. 7. 1971), Hans Günter Fritzen, Darmstadt (29. 6. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

der Studiendirektor Eberhard Haenisch, Wiesbaden (31. 7. 1971);

die Oberstudienrätinnen Sabine Heyl, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Dr. Maria Klippel, Wiesbaden (31. 7. 1971), Auguste Sander, Alsfeld (31. 7. 1971), Dr. Anna Krause, Darmstadt (31. 7. 1971), Luise Kühnau, Frankfurt/Main (31. 7. 1971);

die Oberstudienräte Willi Schadt, Alsfeld (31. 7. 1971), Gerhard Dolinsky, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Dr. Otto Göhrens, Wetzlar (31. 7. 1971), Dr. Hans Kluge, Hanau (30. 5. 1971), Georg Hubertus, Offenbach/Main (31. 7. 1971), Dr. Gerhard Fligel, Kronberg (31. 7. 1971), Martin Steiger, Michelstadt (31. 7. 1971), Alfred Huscher, Bad Homburg (31. 7. 1971), Heinrich Weil, Wetzlar (31. 10. 1971), Wolfgang Kleist, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Walther Reitz, Darmstadt (31. 7. 1971), Wilhelm Lang, Schlüchtern (31. 7. 1971), Johannes Krause, Wiesbaden (31. 7. 1971), Dr. Kurt Schmidt, Offenbach/Main (31. 7. 1971), Horst Bachler, Butzbach (31. 7. 1971), Dr. Walter Hof, Königstein (31. 7. 1971), Klaus Werner, Seeheim a. d. B. (31. 7. 1971), Wilhelm Menge, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Dr. Gustav Reitz, Frankfurt/Main (31. 7. 1971);

Oberschullehrerin Lilli Cramer, Hanau (31. 7. 1971), Real-  
schullehrer Erwin Diehl, Wiesbaden (31. 7. 1971);

entlassen:

Studienrätin Hildegard Richter, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Studienrat Gerhard Niemeyer, Hanau (31. 7. 1971), Oberstudienrat Bernhard v. Schwerin, Michelstadt (31. 7. 1971);

— Grund-, Haupt- und Realschulen —

ernannt:

zu apl. Lehrer/innen (BaW) die Lehramtsbewerber/innen Annegret Helduser, Dautphetal/Friedensdorf (4. 1. 1971), Jutta Hess, Gießen (4. 1. 1971), Lieselotte Herbert, Dieburg (30. 3. 1971), Hans Happel, Gießen (4. 1. 1971), Roswitha Peiseler, Heppenheim (5. 3. 1971), Heidrun Nissel, Dillenburg (1. 9. 1971), Ute Bodler, Groß-Gerau (15. 6. 1971), Harald Hartmann, Wetzlar (10. 12. 1970), Erich Lipp, Groß-Gerau (4. 1. 1971), Elke Stocker-Bücker, Dörnigheim (11. 6. 1971), Gisela Schick, Friedberg (4. 1. 1971), Gabriele Böhring, Heppenheim (23. 4. 1971), Marion Homberg, Wetzlar (2. 2. 1971), Reingard Martin, Friedberg (4. 1. 1971), Joachim Zesch, Frankfurt/Main (3. 5. 1971), Herta Zink, Offenbach am Main (3. 5. 1971), Hans-Peter Pöcke, Friedberg (4. 1. 1971), Flora Pawlik, Friedberg (27. 5. 1971), Monika Hetebrüg, Heusenstamm (19. 4. 1971), Gabriele Gerull, Griesheim (17. 5. 1971), Ina Sommer, Friedberg (14. 12. 1970), Ursula Kirstein, Friedberg (28. 10. 1970), Elke Schneider, Frankfurt/Main (1. 7. 1971), Angelika Hoffmann, Bad Schwalbach (14. 12. 1970), Adolf Schatzinger, Mühlheim/M. (6. 4. 1971), Liselotte Mahr, Steinheim (1. 7. 1971), Rainer Vornberger, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Heidemarie Henningsen, Offenbach/Main (1. 6. 1971), Renate Ludwig, Schwalbach (23. 8. 1971), Gabriele Weber, Salmünster (23. 8. 1971), Helmut Heiden, Bürstadt (23. 8. 1971), Günter Erich Klepsch, Beerfelden (23. 8. 1971), Hans-Peter Schmidt, Eppstein-Vockenhausen (23. 8. 1971), Gabriele Tuschen geb. Kahlert, Kassel (23. 8. 1971), Klaus Pense, Babenhausen (23. 8. 1971), Ise Weber, Biblis (23. 8. 1971), Hella Meinhardt, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Manfred Klafki, Eschborn (23. 8. 1971), Mechthild Jahn, Dörnigheim (23. 8. 1971), Lissy Müller, Altengronau (23. 8. 1971), Almut Rein, Freigericht (23. 8. 1971), Susanne Stockerl, Wiesbaden (24. 8. 1971), Dacio-Roman Paul, Babenhausen (23. 8. 1971), Udo Emde, Neu-Isenburg (23. 8. 1971), Margit Emde, Neu-Isenburg (23. 8. 1971), Dorothea Meyer-Galow, Wiesbaden (23. 8. 1971), Ursula Philipp, Darmstadt (23. 8. 1971), Brigitte Schader, Neu-Isenburg (23. 8. 1971), Brigitte Stoermer, Erlensee (23. 8. 1971), Christel Hellwig, Lorsch (23. 8. 1971), Josef Walter, Oestrich (23. 8. 1971), Ursula Strecker, Frankfurt am Main (23. 8. 1971), Rita Kilian, Lorsch (23. 8. 1971), Giselhild Kleber, Bobstadt (23. 8. 1971), Rosemarie Schmidt, Waldmichelbach (23. 8. 1971), Marlies Helene Knoblauch, Beerfelden (23. 8. 1971), Andrea Reitzel, Kastel/Kostheim (23. 8. 1971), Heidemarie Klasovsky, Klein-Auheim (23. 8.

1971), Ursula Höhl, Steinheim (23. 8. 1971), Ursula Kernebeck, Klein-Krotzenburg (23. 8. 1971), Barbara Walter, Groß-Bieberau (23. 8. 1971), Hans-Walter Krämer, Wiesbaden (23. 8. 1971), Jutta Kukla, Darmstadt (23. 8. 1971), Margit Neumann, Darmstadt (23. 8. 1971), Renate Petri, Darmstadt (23. 8. 1971), Sigrid Ulrike Krahe, Darmstadt (23. 8. 1971), Waltraut Seibert, Ober-Roden (23. 8. 1971), Margund Schmidt, Heppenheim (23. 8. 1971), Renate Poorhosaini, Groß-Zimmern (23. 8. 1971), Hartmut Prinz, Seligenstadt (23. 8. 1971), Hans-Joachim Kuhn, Hahn (25. 8. 1971), Monika Liedtke, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Gertraud Summerer, Langen (23. 8. 1971), Ellen Kuhn, geb. Hefner, Oestrich (23. 8. 1971), Claudia Elisabeth Sturm, Neu-Isenburg (23. 8. 1971), Doris Groos, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Renate Greiner, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Wolfgang Püllicher, Lampertheim (23. 8. 1971), Klaus Dieter Kurz, Groß-Zimmern (23. 8. 1971), Wolfgang Herzog, Waldmichelbach (23. 8. 1971), Ulrike Hellwig, Hanau (23. 8. 1971), Wolfgang Gresser, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Hans-Hermann Vogt, Bruchköbel (23. 8. 1971), Reinhart Uebe, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Birgit Sachse, Wiesbaden (23. 8. 1971), Hannelore Hübner, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Kurt-Jörg Fuchs, Schwalbach Ts. (23. 8. 1971), Lucia Gräfin von Ingelheim, Würges (23. 8. 1971), Inge Gottschalk, Hadamar (23. 8. 1971), Sigrid Grimm, Hanau (23. 8. 1971), Karl-Peter Jenal, Trösel (23. 8. 1971), Wolfgang Müller, Ober-Roden (23. 8. 1971), Inge Leis, Darmstadt (23. 8. 1971), Maria Elisabeth Lipphardt, Jügesheim (23. 8. 1971), Karl Müller, Langen (23. 8. 1971), Renate Linck, Reichelsheim (23. 8. 1971), Marlene Beulich, Dörnigheim (23. 8. 1971), Christel Brzoska, Erlensee (23. 8. 1971), Gertrude Kreidel, Hahn Ts. (26. 8. 1971), Klara Lehmann geb. Fuchs, Bruchköbel (23. 8. 1971), Ursula Helten, Naurod (23. 8. 1971), Erika Radny, Bicken-Ballersbach (1. 3. 1971), Marianne Siebertz, Wiesbaden (23. 8. 1971), Waltraud Höge, Babenhausen (23. 8. 1971), Ulrike Holthaus, Groß-Zimmern (23. 8. 1971), Ilona Sweerts-Sporck, Eschborn (23. 8. 1971), Gudrun Ingeborg Ullmann, Beerfelden (23. 8. 1971), Rita Koch, Hahn Ts. (23. 8. 1971), Christof Zelazny, Bruchköbel (23. 8. 1971), Maria Kelly-Denis, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Angelika Kleer, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Christel Kleinschmidt, Steinbach (26. 8. 1971), Dieter Stephan, Wächtersbach (24. 8. 1971), Willi Waas, Bad Schwalbach (23. 8. 1971), Christiane Staufer, Frankfurt/Main (26. 8. 1971), Peter Thelen, Wächtersbach (23. 8. 1971), Felicitas Weis, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Günter Wollnitz, Langenselbold (23. 8. 1971), Renate Wentzell, Stierstadt (23. 8. 1971), Werner Zeitler, Dauborn (23. 8. 1971), Reinhold Hirth, Hanau (23. 8. 1971), Roswitha Limpert, Wallrabenstein (23. 8. 1971), Gisela Konz, Niederdorfelden (23. 8. 1971), Ingrid Marga Krämer, Frankfurt/M. (23. 8. 1971), Christiane Manus, Babenhausen (23. 8. 1971), Margot Rothweiler, Hattersheim (23. 8. 1971), Ruth Oswald, Dreieichenhain (23. 8. 1971), Reinhard Fleischhaker, Ruhlkirchen (23. 8. 1971), Kurt Etlzer, Dieburg (23. 8. 1971), Maria Rückforth, Ober-Erlenbach (23. 8. 1971), Hartmut Kratz, Offenbach/Main (23. 8. 1971), Karl-Heinz Burke, Frankfurt am Main (23. 8. 1971), Susanne Graf, Bad Soden (23. 8. 1971), Wolfgang Liesigk, Hofheim/Bergstraße (23. 8. 1971), Christian Golka, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Luipold Weidinger, Bruchköbel (23. 8. 1971), Ise Tesch, Steinbach (23. 8. 1971), Jutta Klimpke, Ober-Roden (23. 8. 1971),

zu apl. Lehrerinnen (BaW) Heike Weidling, Bad Nauheim (3. 6. 1971), Maria-Anna Schmidt, Darmstadt (23. 8. 1971), die Lehrerinnen im Angestelltenverhältnis Doris Diamant, Eddersheim/M. (19. 4. 1971), Ingeborg Reinhardt, Sprendlingen (5. 5. 1971), Jutta Steinacker, Groß-Bieberau (23. 3. 1971), Louise Schröder, Biebertal (31. 3. 1971);

zu apl. Fachlehrer/-innen für mus.-techn. Fächer (BaW) die Fachlehreranwärter/-innen Brunhild Dieke, Rüdelsheim (2. 7. 1971), Constanze Streb, Klein-Krotzenburg (1. 7. 1971), Brigitte Künz, Schwalbach (23. 8. 1971), Günther Kühner, Lieblos (23. 8. 1971), Ute Romig, Delkenheim (23. 8. 1971), Helga Ruthe, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Gisela Hinderer geb. Schneider, Wiesbaden (23. 8. 1971), Maria-Pia Lomuscio, Großauheim (23. 8. 1971), Angelika Licharz, Wiesbaden (23. 8. 1971), Monika Waitz, Bruchköbel (23. 8. 1971), Elke Lange, Langenselbold (23. 8. 1971), Heidemarie Kowoll, Schaaheim (23. 8. 1971), Elke Reinemer, Langen (23. 8. 1971), Christa Bewer, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Heinz Störmer, Seligenstadt (23. 8. 1971), Doris Heß, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Wolfgang Hoppe, Dörnigheim (23. 8. 1971), Claudia Maria Huisl, Erlensee (23. 8. 1971), Ursula Gerstberger, Bruchköbel (23. 8. 1971), Margarete Hartmann, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Helmut Wurz, Großauheim



(23. 8. 1971), Rosemarie Kroggel, Reinheim (23. 8. 1971), Margot Henkel, Babenhausen (23. 8. 1971), Gabriele Hauschke, Lengfeld (23. 8. 1971), Hertha Kressmann, Gaderneim (23. 8. 1971), Heike Dagmar Rolff, Nieder-Roden (23. 8. 1971), Hans-Peter Kindel, Mühlheim/Main (23. 8. 1971), Irene Heinrich, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Irene Jentoch, Klein-Auheim (23. 8. 1971), Christel Heer, Dietzenbach (23. 8. 1971), Christel Euler, Hofheim (23. 8. 1971), Brigitte Cenefels, Gelnhausen (23. 8. 1971), Wilfriede Kullmann, Langenselbold (23. 8. 1971), Petra Fuhr, Bleidenstadt (23. 8. 1971), Barbara Kirsch, Nieder-Eschbach (23. 8. 1971), Roswitha Jurczyk, Friedberg (23. 8. 1971), Dorothee Jacob, Ober-Roden (23. 8. 1971), Mechthild Knoche, Atzbach (23. 8. 1971), Gerlinde Ehrmann, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Waltraud Weiler, Dörnigheim (23. 8. 1971), Sigrid Wanitzka, Oberursel (23. 8. 1971), Helga Voll, Bad Schwalbach (23. 8. 1971), Lothar Lippert, Wetzlar (23. 8. 1971), Margarete Braun, Würges (23. 8. 1971), Gudrun Lindenfelser, Bürstadt (23. 8. 1971), Brigitte Gehrman, Frankfurt/Main (23. 8. 1971), Maria-Luise Giar, Nidda (23. 8. 1971), Wilhelm Laupus, Bad Vilbel (23. 8. 1971), Peter Fügener, Nidderau (23. 8. 1971), Christina Pralle, Langenselbold (23. 8. 1971), Wolfgang Feuerbach, Darmstadt-Arheilgen (23. 8. 1971), Klaus Lotz, Homberg/Ohm (23. 8. 1971), Heidi Voelter, Bruchköbel (23. 8. 1971);

zu apl. Lehrer/-innen (BaP) die Lehrer/-innen im Angestelltenverhältnis Helga Kötter, Gießen (19. 7. 1971), Eleonore Gußmann, Offenbach/Main (22. 6. 1971), Kurt David, Offenbach/Main (13. 7. 1971), Günter Faßmann, Darmstadt (7. 7. 1971), Karl-Günther Albrecht, Nieder-Ramstadt (8. 7. 1971), Magdalena Kraus, Wächtersbach (5. 5. 1971), Hannelore Kniffka, Wiesbaden (8. 7. 1971), Jutta Mauff, Usingen (1. 8. 1971), Helga Seel, Mammolshain (8. 7. 1971), Friedlinde Mann, Wiesbaden (23. 6. 1971), die ehemaligen Lehrerinnen Ingeborg Albinger, Hanau (15. 5. 1971), Brigitte Heß, Homberg (6. 4. 1971), Hannelore Schalk, Frankfurt/Main (18. 6. 1971), Elke von der Straten, Oberjosbach (23. 8. 1971), Barbara de Diaz, Niederbrechen (23. 8. 1971), Brigitte Wiebers, Hanau (21. 6. 1971), Gisela Nagler, Friedberg (27. 8. 1971), Ingrid Elsenheimer, Königstein (26. 7. 1971), Grieth-Kaven Del Guidice, Bieber (22. 6. 1971), Waltraud Nehring, Heppenheim (26. 6. 1971), Margarete Nabel, Neu-Isenburg (21. 6. 1971), Gabriele Schowe, Heppenheim (17. 3. 1971), Imke Zander-Haarberg, Seeheim (24. 6. 1971);

#### berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

die apl. Lehrer/-innen (BaW) Ilse Brandt, Limburg/Lahn (28. 6. 1971), Christina Müller, Bensheim-Auerbach (23. 6. 1971), Annetraut Riefstahl, Einhausen (8. 6. 1971), Heide-Sonja Bernhardt, Ostheim (2. 7. 1971), Rainald Ohmer, Nieder-Roden (6. 7. 1971), Ursula Müller, Langenselbold (14. 5. 1971), Inge Geisler, Langen (10. 7. 1971), Hans Günter Leidermann, Höchst/OdW. (2. 6. 1971), Rolf Itter, Raunheim (5. 7. 1971), Hildegund Kraushaar, Niederweidbach (14. 7. 1971), Annemarie Scholl, Beerfelden (6. 7. 1971), Doris Metz, Hommerzhäuser (11. 5. 1971), Christa Kirschbaum, Raunheim (14. 7. 1971), Hartmut Ferber, Friedberg (16. 7. 1971), Beate Ferber, Friedberg (16. 7. 1971), Gudrun Hofmann, Flörsheim (3. 6. 1971), Johanna Stöhr, Rüdesheim (18. 6. 1971), Siegwald Erd, Langen (22. 6. 1971), Gudrun Herbig, Gießen (25. 6. 1971), Renate Grau, Friedberg (17. 3. 1971), Max Hübsch, Limburg (23. 7. 1971), Renate Ohlemacher, Wiesbaden (29. 3. 1971), Irmtraud Siegel, Mörfelden (28. 6. 1971), Gisela Dahlen, Rüdesheim (15. 6. 1971), Kurt Lange, Biedenkopf (15. 3. 1971), Ingeborg Fokken, Limburg (6. 7. 1971), Michael Newiger, Rüdesheim (24. 6. 1971), Helmut Wilkening, Wetzlar (6. 7. 1971), Monika Rück, Bürstadt (2. 7. 1971), Friedemar Sonntag, Dieburg (8. 6. 1971), Christa Kneisel, Bensheim (10. 5. 1971), Ulrike Kretzschmar, Darmstadt (12. 7. 1971), Rita Meise, Groß-Krotzenburg (6. 7. 1971), Margit Janitschek, Offenbach/M. (8. 7. 1971), Ernst-Christian Hofmeister, Stammheim (12. 7. 1971), Ortwin Utecht, Goddelau (1. 7. 1971), Herrmann Weinberger, Lauterbach (7. 6. 1971), Annemarie Termath, Gießen (13. 7. 1971), Gertraud Schwalm, Altenstadt (8. 7. 1971), Michael Kempf, Biebental (28. 4. 1971), Erika Meisinger, Darmstadt (12. 6. 1971), Ingeborg Appel, Büdingen (3. 6. 1971), Heinrich-Wilhelm Möller, Offenbach (27. 5. 1971), Heidemarie Hartmann, Rüdesheim (1. 7. 1971), Doris Wilmschen, Frankfurt/Main (1. 4. 1971), Kirsten Vehlen, Rüdesheim (1. 7. 1971), Renate Schirmer, Schlüchtern (8. 6. 1971), Rolf Hermann, Limburg (8. 7. 1970), Hannegret Mokler, Steinbach (28. 6. 1971), Adelheid Blancke, Herborn (13. 7. 1971), Doris Fritz, Mörfelden (27. 7. 1971), Arnold

Strieder, Obertiefenbach (22. 7. 1971), Maria Müller, Thalheim (21. 7. 1971), Karlheinz Duchseherer, Oberzeuzheim (21. 7. 1971), Elisabeth Arnold, Gaderneim (25. 6. 1971), Dieter Bohrmann, Hochheim (7. 7. 1971), Heidemarie Petanidis, Bad Vilbel (15. 7. 1971), Gisela Westenberger, Hasselbach (22. 7. 1971), Gudrun Clement, Butzbach (29. 4. 1971), Adolf Sirrenberg, Brandobberndorf (5. 7. 1971), Ute Saathoff, Hahn (21. 7. 1971), Ingobert Böer, Oberursel (14. 7. 1971), Hartmut Wurzel, Klein-Auheim (27. 5. 1971), Wolfgang Seth, Schlüchtern (23. 7. 1971), Günter Albert Klein, Schaaheim (1. 6. 1971), Beate Ahrens, Wächtersbach (7. 4. 1971), Inge Schmidt, Offenbach/Main (15. 7. 1971), Elisabeth Hohlfeld, Weißkirchen (14. 7. 1971), Hannelore Fiedler, Löhnberg (29. 7. 1971), Barbara Karliczek, Dietzenbach (20. 8. 1971), Renate Berger, Wiesbaden (23. 8. 1971), Irmhild Schmitt, Dietzenbach (10. 8. 1971), Wilfried Molz, Büdingen (25. 6. 1971), Dieter Möbus, Reiskirchen (9. 8. 1971), Eva-Maria Hippert, Offenbach/Main (15. 7. 1971), Ursula Burkhard, Groß-Felda (22. 7. 1971), Edith Girschele, Alsfeld (15. 7. 1971), Elizza Erbstößer, Steinbach (25. 8. 1971), Gerhard Ruhl, Grebenhain (2. 8. 1971), Ursula Kramer, Nieder-Roden (24. 6. 1971), Karola Brönnner, Hailer (26. 8. 1971), Magrita Drömer, Birstein/Gelnhausen (14. 7. 1971), Gisela Dessau, Bad Homburg (26. 8. 1971), Ursula Kopatsch, Gelnhausen (26. 8. 1971), Gabriele Hildegard Hillenbrand, Steinheim/M. (30. 8. 1971), Hans Hrach, Trebur (26. 8. 1971), Gudrun von Pelchrzim, Friedrichsdorf (26. 8. 1971), Hannelore Sommer, Offenbach/Main (30. 7. 1971), Hermann Wiesner, Beilstein (18. 4. 1971), Karin Decken, Gießen (26. 8. 1971), Friedrich Schnitzspahn, Kriftel (24. 8. 1971), Klaus Peter Koser, Hainhausen (3. 8. 1971), Gundula Losert, Neckarsteinach (27. 10. 1970), Hanns-Otto Sulzmann, Hanau (10. 7. 1971), Eva Henkel, Mühlheim/M. (27. 8. 1971), Waldo Kuhnert, Egelsbach (30. 8. 1971), Rosemarie Lorenz, Niedergemünden (28. 8. 1971), Rudolf Röhr, Schwarzenfels (2. 9. 1971), Ruth Pohl, Großauheim (6. 7. 1971), Brigitte Pröber, Hofheim/Ts. (25. 8. 1971), Renate Eschholz, Biskirchen (2. 9. 1971), Gundula Wagner, Babenhausen (9. 6. 1971), Hermann Mayer, Usingen (31. 8. 1971), Almut Thurand, Kefenrod (23. 8. 1971), Peter Weng, Steinau (31. 8. 1971), Elke Neul, Anspach (26. 8. 1971), Horst Schwarzkopf, Klein-Welzheim (26. 8. 1971), Ute Schiffner, Dietzenbach (31. 8. 1971), Heidi Wecker, Birstein (31. 8. 1971), Sylvia Klöppinger, Langen (27. 8. 1971), Doris Konradi, Egelsbach (26. 8. 1971), Gisela Estler, Hanau (31. 8. 1971), Gabriele Lotte Freydank, Hanau (1. 9. 1971), Erich Antoni, Freigericht (3. 9. 1971);

die apl. Fachlehrer/-innen für rus.-techn. Fächer (BaW) Borghild Benz, Oberursel (14. 7. 1971), Christa Schliephake, Rüdesheim (1. 7. 1971), Renate Josupat, Dautphetal (11. 5. 1971), Gisela Wiesner, Gießen (30. 6. 1971), Friederike Schinzel, Eibelshausen (15. 5. 1971), Ingeborg Marx, Alendorf (17. 5. 1971), Christel Reiter, Oberursel (17. 5. 1971), Jürgen Gremm, Wiesbaden (7. 7. 1971), Hiltrud Fuhrmann, Neuenhaßloch (22. 7. 1971), Brigitte Gersfeld, Camberg (21. 7. 1971), Brigitte Kiltz, Erbach (8. 7. 1971), Ursula Knolle, Urberach (22. 7. 1971), Thea Kossmann, Rai-Breitenbach (23. 6. 1971), Renate Voges, Wölfersheim (15. 7. 1971), Barbara Rüdiger, Runkel (21. 7. 1971), Sieglinde Jäger, Bad Vilbel (18. 8. 1971), Gitta Ballauff, Hoch-Weisel, Kreis Friedberg (23. 7. 1971), Jutta Müller-Rohde, Wiesbaden (3. 8. 1971), Ingeborg Strauß, Bad Orb (13. 7. 1971), Christine Kolodziej, Hartenrod (22. 4. 1971), Dieter Böhmer, Niederhadamar (26. 8. 1971), Hartwin Baranowski, Wallau (21. 5. 1971), Brigitte Schlüter, Gießen (26. 8. 1971), Wolfgang Thurm, Kriftel (17. 8. 1971), Hans Moser, Bad Soden (26. 8. 1971), Christine Bretschneider, Offenbach/Main (30. 7. 1971), Inge Kiesewetter, Darmstadt (26. 8. 1971), Karin Daum, Bürstadt (31. 8. 1971), Barbara Sander, Nieder-Ohmen (30. 8. 1971), Annelie Franz, Haiger (19. 8. 1971);

#### ernannt:

zu Lehrer/-innen (BaL) die apl. Lehrer/-innen (BaP) Werner Schäfer, Lorsch (4. 1. 1971), Fritz Treusch, Waldmichelbach (3. 6. 1971), Annegret Jacobi, Lampertheim (12. 7. 1971), Gunter Baier, Offenbach/Main (24. 6. 1971), Eveline Hübner, Gießen (14. 7. 1971), Siegfried Grenz, Lauterbach (14. 6. 1971), Renate Zinn, Erbach (2. 7. 1971), Barbara Boecker, Erlensee (2. 7. 1971), Dagmar Kircher, Lieblos (19. 4. 1971), Rolf Bergmann, Friedberg (21. 6. 1971), Luise Schmidt, Höchst (14. 7. 1971), Horst Eckert, Löhrbach (22. 6. 1971), Ingrid Hoheisel, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Ellen Hormel, Idstein (10. 7. 1971), Heinrich Weppelmann, Hüttenfeld (2. 6. 1971), Inge Groh, Alsfeld (9. 7. 1971), Irmingard Raether, Götzenhain (1. 7. 1971), Karl Roth, Stockstadt

(16. 6. 1971), Ursula Schmall, Karben (14. 7. 1971), Barbara Hastik, Darmstadt (4. 6. 1971), Irene Daffner, Usingen (19. 7. 1971), Hella Stock, Offenbach/Main (19. 4. 1971), Helga Rothenhöfer, Gernsheim (8. 6. 1971), Franke Belchla-vek, Frohnhausen (21. 5. 1971), Gisela Bücking, Wiesbaden (15. 6. 1971), Hedwig Kroh, Gießen (27. 5. 1971), Barbara Lanzas, Gustavsburg (2. 4. 1971), Ingeborg Strobbe, Seulberg (18. 6. 1971), Hans Jürgen Schwarz, Schlüchtern (3. 7. 1971), Klaus Henke, Oberursel (7. 6. 1971), Barbara Lippert, Wetzlar (19. 5. 1971), Bettina Seiler, Wiesbaden (15. 6. 1971), Brigitte Hundemer, Neuenhaßlau (13. 7. 1971), Günther Wanko, Groß-Zimmern (27. 5. 1971), Ludwig Waidmann, Lindenholzhausen (30. 6. 1971), Rainer Klohoker, Steinheim a. M. (30. 6. 1971), Ulrike Weimann, Frankfurt/Main (21. 4. 1971), Gudrun Müller, Delkenheim (27. 4. 1971), Gudrun Krug, Rodheim-Bieber (8. 6. 1971), Gisela Schüller, Neu-Isenburg (3. 5. 1971), Ursel Karmann, Assmannshausen (1. 7. 1971), Klaus Ullmann, Oberbrechen (4. 3. 1971), Arm- hild Pons, Walldorf (8. 6. 1971), Ursula Dörger, Dieburg (11. 6. 1971), Inge-Sigrid Slabon, Dieburg (8. 6. 1971), Helga Rahmann, Bad Vilbel (21. 4. 1971), Bruno Reichert, Erbach (26. 5. 1971), Edeltraud Braun, Hausen (6. 7. 1971), Heidi Balties, Heusenstamm (1. 6. 1971), Friedrich Wolf, Rüssels- heim (8. 7. 1971), Marie-Anne Wilms, Beilstein (24. 5. 1971), Roswitha Guist, Bad Soden (24. 2. 1971), Gunhilde Wart- mann, Oberursel (6. 7. 1971), Marlies Margill, Dillenburg (22. 6. 1971), Günter Rückert, Weilmünster (23. 6. 1971), Wiltrud Lortz, Bierstadt (23. 6. 1971), Luise Zimmermann, Kronberg (23. 6. 1971), Friedegunde Eschenröder, Arnolds- heim (20. 4. 1971), Edgar Kelpin, Idstein (3. 7. 1971), Robert Eiermann, Gießen (4. 6. 1971), Karlheinz Haus, Nieder- weidbach (2. 7. 1971), Siegfried Körber, Schönbach (5. 6. 1971), Elisabeth Luther, Limburg (30. 6. 1971), Karin Engel- bracht, Kelsterbach (2. 7. 1971), Ingrid Naab, Fürth (25. 6. 1971), Hannelore Kunz, Frickhofen (30. 6. 1971), Dietger Wirths, Waldmichelbach (1. 7. 1971), Hans Weber, Erbach (14. 7. 1971), Helene Kortmann, Oberursel (12. 7. 1971), Rudolf Molin, Gießen (6. 7. 1971), Ludwig Frank, Wetzlar (15. 7. 1971), Margarete Misow, Babenhausen (24. 6. 1971), Magdalene Kreißl, Darmstadt (16. 6. 1971), Klaus Göbel, Pfungstadt (9. 6. 1971), Winfried Jankowski, Frickhofen (21. 7. 1971), Günter Krüger, Steinbach (11. 4. 1971), Adel- heid Zerbe, Rüdesheim (20. 7. 1971), Horst Brück, Rodheim- Bieber (23. 6. 1971), Gundel Stenger, Oberscheld (17. 5. 1971), Karl Alfons Prieß, Groß-Bieberau (25. 6. 1971), Vol- ker Püch, Altengronau (15. 6. 1971), Christa Demmig, Fisch- bach (23. 7. 1971), Sunhild Gabel, Katzenfurt (15. 7. 1971), Agnes Maria Weigand, Somborn (14. 7. 1971), Rosemarie Allwardt, Krofdorf-Gleiberg (23. 6. 1971), Gisela Glücklich, Bürstadt (21. 5. 1971), Doris Bieling, Frankfurt/Main (29. 4. 1971), Wiebke Schmidt, Nauborn (23. 6. 1971), Sibylle Büch- senschutz, Frankfurt/Main (18. 5. 1971), Ingeborg Kopp, Eltville (12. 7. 1971), Hans Wichmann, Groß-Zimmern (2. 7. 1971), Manfred Weidmann, Reinheim (2. 6. 1971), Gisela Hoppe, Karben (9. 6. 1971), Horst Meyer, Groß-Bieberau (16. 6. 1971), Ursula Rehbein, Offenbach/Main (12. 7. 1971), Erna Rinn, Reiskirchen (9. 7. 1971), Elisabeth Reith, Gro- Ben-Buseck (8. 4. 1971), Inge Gintner, Lich (15. 7. 1971), Frithjof Kretschmer, Langen (30. 3. 1971), Margot Thor- nau, Grünberg (12. 4. 1971), Katharina Seydaack, Lorsch (17. 5. 1971), Albert Wilhelm Schobbe, Steinheim a. M. (11. 6. 1971), Gitta Jäger, Fehlheim (23. 6. 1971), Ulrike Hersant, Nieder-Eschbach (5. 7. 1971), Gretel Scholz, Erfel- den (8. 4. 1971), Karin Wagner, Eibelshausen (28. 1. 1971), Helga Möller, Steinbach (14. 7. 1971), Sabine Veit, Bens- heim (3. 4. 1971), Johanna Kessel, Frankfurt/Main (25. 6. 1971), Erna Kurz, Krofdorf-Gleiberg (14. 7. 1971), Ingrid Rosensprung, Rüdesheim (13. 7. 1971), Arnold Anton, Geln- hausen (14. 7. 1971), Jürgen Reißner, Ober-Ohmen (25. 6. 1971), Ferdinand Kosch, Fürth (22. 4. 1971), Walter Höring, Nieder-Mörlen (18. 5. 1971), Lothar Rühl, Homberg (14. 7. 1971), Karl-Friedrich Erdelen, Bad Soden (30. 6. 1971), Jür- gen Ott, Offenbach/Main (5. 8. 1971), Renate Schrage, Wiesbaden (20. 8. 1971), Marie Schroth, Babenhausen (24. 6. 1971), Hans-Dieter Rudolph, Hungen (29. 7. 1971), Brita Limberger, Offenbach/Main (7. 7. 1971), Gudrun Kramer, Hambach (8. 7. 1971), Günter Schmidt, Hungen (7. 7. 1971), Gisela Nothe, Waldgirmes (30. 8. 1971), Georg Günter Weiß, Groß-Umstadt (9. 8. 1971), Monika Lutz, Florstadt (6. 8. 1971);

die ehem. Lehrerinnen Erika Nöidechen, Bad Vilbel (24. 3. 1970), Gisela Koch, Frankfurt/Main (20. 4. 1971), Elvira Krauskopf, Langenselbold (1. 9. 1970), Gisela Heil geb. Haase, Eschborn (23. 8. 1971), Helga Buschmann, Oberursel (23. 8. 1971);

Lehrerin im Angestelltenverhältnis Irmgard Haug, Geln- hausen (13. 7. 1971);

Ingeborg Roggatz, Gießen (23. 12. 1970), Margot Diepen, Frankfurt/Main (9. 6. 1971), Stefanie Monno geb. Witz, Haiger (1. 9. 1971), Johanna Orlamünder, Usingen (19. 4. 1971);

zu **Fachlehrer/-innen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die apl. Fachlehrer/-innen (BaP) Inge Kalbfleisch, Schlitz (4. 5. 1971), Burkard Steinhauer, Weilburg (30. 6. 1971), Gudula Geiger, Hailer (15. 7. 1971), Emmi Schnell, Angersbach (21. 5. 1971), Ingeborg Metzger, Raunheim (4. 8. 1971), Sieg- bert Reinig, Rüsselsheim (26. 8. 1971);

zu **Hauptlehrer/-innen als Leiter einer Grundschule** die Lehrer/-innen (BaL) Hildegard Schneider, Eisenroth/Dill- kreis (5. 4. 1971), Werner Engelhardt, Hanau (14. 5. 1971), Helmut Knob, Langendernbach (18. 3. 1971), Fritz Hell- mann, Brombach (1. 4. 1971);

zur **Hauptlehrerin als Leiterin einer Grund- und Haupt- schule** Lehrerin (BaL) Hannelore Kautsch, Bottenhorn (26. 3. 1971);

zu **apl. Realschullehrer/-innen (BaP)** Lehrerin im An- gestelltenverhältnis Sibylle Rengler, Groß-Auheim (16. 6. 1971), Hubert Neumann, Heppenheim (27. 4. 1971);

zu **Realschullehrer/innen (BaL)** die apl. Realschulleh- rer/innen (BaP) Angela-Lily Kunzelmann, Wiesbaden (30. 6. 1971), Klaus Krieger, Oberursel (13. 7. 1971), Ragn- hild von Nieding, Wiesbaden (15. 6. 1971), Gudrun Stroh, Rüdesheim (20. 7. 1971);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaW) Brigitte Lerch, Frankfurt/Main (22. 1. 1970);

ernannt:

zur **Lehrerin an einer Sonderschule (BaL)** apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaP) Ute Kröll, Friedberg (5. 7. 1971);

zu **Lehrern an einer Sonderschule** die Lehrer (BaL) Wer- ner Flügel, Hetttersroth (19. 8. 1971), Karl Stein, Limburg (10. 8. 1971);

zur **Blindenseberlehrerin** Lehrerin (BaL) Irmilind Marci, Friedberg (26. 6. 1971);

zu **Konrektoren/-innen** die Lehrer/-innen (BaL) Norbert Hämel, Groß-Gerau (1. 7. 1971), Waltraud Blank, Heusen- stamm (28. 6. 1971), Alfred Kühnel, Bad Homburg (25. 6. 1971);

zu **Konrektoren/-innen einer Grundschule** die Lehrer/-in- nen (BaL) Albert Ungeheuer, Hofheim/Ts. (29. 4. 1971), Ernst Steioff, Limburg (30. 6. 1971), Heinz Schmidt, Göt- zenbain (27. 5. 1971), Tjalda Biehl, Bad Schwalbach (26. 5. 1971), Werner Stark, Frankfurt/Main (24. 5. 1971), Helmut Nagelmann, Seeheim a. d. B. (23. 7. 1971), Helga Hager, Darmstadt-Eberstadt (7. 7. 1971), Leonhard Rittau, Neu- Isenburg (9. 6. 1971), Jutta Uibel, Sprendlingen (28. 5. 1971);

zu **Konrektoren/-innen einer Grund- und Hauptschule** die Lehrer/-innen (BaL) Ingrid Schwabe, Hanau (14. 6. 1971), Heinrich Geschwindner, Steinau (1. 7. 1971), Karl Policky, Klein-Gerau (27. 5. 1971), Manfred Wolf, Königstein (30. 6. 1971), Ilse Meinke, Wallerstädten (25. 6. 1971), Gottfried Weigmann, Limburg (1. 7. 1971), Klemens Wick, Frank- furt/Main (16. 8. 1971), Alfred Steffl, Gambach/Ober-Hör- gern (27. 3. 1971);

Realschullehrer (BaL) Werner Döring, Grebenau (29. 4. 1971);

zu **Konrektoren/-innen einer Sonderschule** die Lehrer/-in- nen an einer Sonderschule (BaL) Albin Trunk, Gernsheim (30. 6. 1971), Elfriede Böttcher, Darmstadt (17. 5. 1971), Heinz Behringer, Weilburg (21. 5. 1971), Karl-Peter Gersch- lauer, Gießen (23. 12. 1970);

zum **Haupt- und Realschulkonrektor** Lehrer (BaL) Hart- wig Haas, Dillenburg (13. 4. 1971);

zum/zur **Rektor/-in einer Grundschule** Lehrer/-in (BaL) Heinz Uhlendorf, Frankfurt/Main (16. 4. 1971), Ruthlinde Gaenicke, Darmstadt (15. 6. 1971), Hauptlehrer (BaL) Fritz Höhles, Dornholzhausen (12. 5. 1971), Rektor (BaL) Bern- hard Ackva, Wetzlar (2. 8. 1971);

zum **Rektor einer Hauptschule** Lehrer (BaL) Manfred Hohl, Kelsterbach (5. 4. 1971);

zu **Rektoren einer Grund- und Hauptschule** Lehrer (BaL) Herbert Benesch, Nieder-Wöllstadt (4. 8. 1971), Konrektor

einer Grund- und Realschule Johann Felber, Wetzlar (13. 7. 1971);

zu **Rektoren einer Haupt- und Realschule** Realschullehrer (BaL) Eberhard Lämpe, Neckarsteinach (20. 7. 1971), Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Karl Heinz Lang, Weilmünster (30. 7. 1971);

zum/zur **Rektor/-in als Leiter einer Sonderschule mit 3—9 Klassen** Sonderschullehrer/-in (BaL) Karl Otto Unruh, Grünberg (8. 6. 1971), Gertrud Koch-Minig, Ober-Ramstadt (1. 7. 1971);

zur **Rektorin einer Sonderschule** Lehrerin an einer Sonderschule (BaL) Ingeborg Sambach, Bad Homburg (31. 3. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

Schulrätin Johanna Knatz, Frankfurt/Main, die Rektoren Wilhelm Hilbig, Bruchköbel, Friedrich Müller, Altenstadt, Otfried Werlich, Frankfurt/Main, Rektorin Charlotte Schenkelberg, Frankfurt/Main, die Rektoren Heinz Wild, Frankfurt/Main, Alfons Kleinhenz, Wiesbaden, Konrektorin Sophie Hartmann, Villmar, Realschulkonrektor Helmut Eicke, Frankfurt/Main, die Konrektoren Dr. Friedrich Lämmerhirt, Kelsterbach, Heinrich Rapp, Erzhäuser, Realschullehrerin Katharina Schumacher, Bensheim, die Realschullehrer Ernst Wilking, Darmstadt, Elmar Kunert, Gelnhausen, Herbert Prauschke, Frankfurt/Main, Realschullehrerin Elisabeth Hoffmann, Wiesbaden, die Realschullehrer Gerard Dröser, Lich, Friedrich Lieser, Wiesbaden, August May, Bad Schwalbach, Realschullehrerin Paula Lotz, Hanau, die Lehrerinnen Margarete Czermak, Obertshausen (sämtlich 31. 7. 1971), Hedwig Amend, Frankfurt/M. (31. 8. 1971), Anna-Luise Pfaff, Weilburg (31. 7. 1971), Elisabeth Andraes, Alsfeld (31. 7. 1971), Barbara Pfeffer, Ruhlkirchen (31. 3. 1971), Eva Kallenbach, Falkenstein (31. 7. 1971), Elisabeth Hermeyer, Frankfurt/M.-Sindelfingen (31. 7. 1971), Maria-Eva Kolb, Nidda (31. 7. 1971), Renate Ochsmann, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), die Lehrer Waldemar Möser, Friedrichsdorf (31. 7. 1971), Otto Schneider, Nieder-Ohmen (31. 7. 1971), Max Kalinowski, Alsfeld (31. 7. 1971), Heinrich Hechler, Bensheim (31. 7. 1971), Karl Mohler, Frankfurt/Main (30. 4. 1971), Heinrich Röhrig, Alsfeld (31. 7. 1971), Alfred Zimmermann, Roßdorf (26. 3. 1971), Karl Philipp, Bieber (31. 7. 1971), Walter Schild, Braunfels (31. 7. 1971), die Hauptlehrer Martin Merz, Rodau (31. 7. 1971), Heinrich Langohr, Queckborn (31. 7. 1971);

entlassen:

apl. Realschullehrerin Gertrud Frör, Hanau (10. 9. 1971), die Realschullehrerinnen Irmgard Scior, Frankfurt/Main (31. 8. 1971), Gertrud Khaschei, Seligenstadt (31. 7. 1971), Helga Demirosoy, Darmstadt (31. 7. 1971), die apl. Lehrerinnen Ilse Brandt, Limburg (31. 8. 1971), Evelin Schickttanz, Rüsselsheim (31. 5. 1971), Ruth Kirschhoff, Oberndorf (15. 8. 1971), Ursula Kortländer, Weilbach (31. 7. 1971), Heiderose Kränzle, Ober-Ramstadt (31. 7. 1971), Heidrun Ommert, Bad Vilbel (31. 7. 1971), Maria Meier, Lixfeld (31. 8. 1971), Christine Schwemer, Offenbach/Main (31. 8. 1971), Marita Ekimow, Bischofsheim (31. 7. 1971), Regina Brunner, Ober-Erlenbach (31. 7. 1971), Erika Länger, Nieder-Ohmen (31. 8. 1971), Brigitte Marr, Lichenroth (31. 7. 1971), Ute Starke, Bieber (31. 8. 1971), apl. Lehrer Ulrich Ehlers, Grebenau (31. 7. 1971), die Lehrerinnen Ingrid Naab, Fürth/Odw. (26. 8. 1971), Hildegard Chodan, Bruchköbel/M. (31. 7. 1971), Magdalena Breidenbach, Frankfurt/M. (31. 7. 1971), Ute Zantke, Darmstadt-Arheilgen (30. 9. 1971), Eva-Maria Albern, Bergen-Enkheim (15. 8. 1971), Traudel Sieber, Hofheim (31. 7. 1971), Hella Schäfer, Wiesbaden (31. 8. 1971), Erdmute Giloi, Sprendlingen (31. 7. 1971), Gerlinde Berg, Frankfurt/Main (31. 8. 1971), Doris Käbner, Löhnberg (31. 7. 1971), apl. Fachlehrer Joachim Stenger, Offenbach (31. 7. 1971), die apl. Fachlehrerinnen Dagmar Stryj, Wiesbaden (31. 7. 1971), Marianne Neumann, Pfungstadt (31. 8. 1971), Linde Janke, Hausen (31. 8. 1971), die apl. Fachlehrer Dietmar Benedikt, Reichelsheim (30. 9. 1971), Rüdiger Hank, Sauborn (31. 7. 1971), Lehrer Rolf-Joachim Ossadnik, Raunheim (31. 7. 1971), Hauptlehrer Paul Colditz, Annerod (31. 7. 1971);

— **Berufs-, Berufsfach- und Fachschule** —

ernannt:

zu **Studienreferendaren/-innen (BaW)** die Bewerber/-innen Udo Engel, Darmstadt (1. 6. 1971), Lothar Peters, Wiesbaden (1. 6. 1971), Siegmund Kraus, Darmstadt (1. 6. 1971), Irmgard Glocke, Gießen (1. 9. 1971), Rolf Mayer, Darm-

stadt (1. 9. 1971), Christina Mosler, Frankfurt/Main (1. 9. 1971), Gunhild Aevertmann, Frankfurt/Main (1. 9. 1971), Gerhard Weil, Wetzlar (1. 9. 1971), Gustav Bau, Frankfurt am Main (1. 9. 1971), Dipl.-Ing. Karl-Heinz Kunz, Darmstadt (1. 9. 1971), Dipl.-Kfm. Martine Vesper, Frankfurt/M. (1. 9. 1971), Dipl.-Kfm. Karlheinz Willig, Darmstadt (1. 9. 1971), Dipl.-Hdl. Gerhard Weil, Darmstadt (1. 9. 1971), Dipl.-Hdl. Klaus Willmann, Wiesbaden (1. 9. 1971), Dipl.-Landwirt Wilhelm Werner, Geisenheim (1. 9. 1971);

zu **Studienassessoren/-innen (BaP)** die Studienreferendare/-innen Dieter Sauerbrei, Darmstadt (9. 7. 1971), Richard Nather, Wiesbaden (6. 7. 1971), Dieter Schiller, Darmstadt (23. 4. 1971), Ursula Wagner-Lampert, Sprendlingen (1. 7. 1971), Ulrich Herrmann, Frankfurt/Main (7. 6. 1971), Hannelore Limberg, Frankfurt/Main (9. 6. 1971), Jürgen Enders, Bad Schwalbach (24. 5. 1971), Wilfried Frech, Dillenburg (7. 5. 1971), Rainer Helmsorig, Gießen (26. 4. 1971), Frank Wenzel, Darmstadt (29. 7. 1971), Britta Allmeroth, Gießen (2. 7. 1971), Gisela Schliebs, Gießen (2. 7. 1971), Manfred Klingelhöfer, Offenbach/Main (23. 4. 1971), Eva Marie Schmidt, Frankfurt/Main (1. 8. 1971), Kurt Lachmann, Frankfurt/Main (10. 7. 1971), Ralf Schrader, Gießen (14. 7. 1971), Karl-Heinz Buhro, Frankfurt/Main (10. 7. 1971), Dietrich Prochnow, Gießen (1. 9. 1971), Herbert Kirchner, Bad Homburg v. d. H. (6. 7. 1971), Dipl.-Kfm. Sonja Tschampel, Offenbach/Main (10. 7. 1971), Dr. Hanns-Jochen Hauß, Limburg/Lahn (13. 7. 1971), Dipl.-Hdl. Jutta Allershausen, Bad Homburg v. d. H. (1. 8. 1971), Dipl.-Hdl. Günter Fell, Frankfurt/Main (6. 7. 1971), Dipl.-Hdl. Hans-Georg Böhnert, Bad Homburg v. d. H. (8. 7. 1971), Dipl.-Hdl. Engelbert Schrod, Dieburg (1. 9. 1971),

Assessor/-in des Lehramts Christa Hollnagel, Büdingen (1. 8. 1971), Hans-Heiner Dähne, Hanau (1. 8. 1971);

Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Hannelore Strudthoff, Limburg (22. 5. 1971), Dr. Werner Ott, Alsfeld (1. 8. 1971), Margarete Puppel, Bensheim/Bergstraße (1. 9. 1971);

zum **Studienrat zur Anstellung (BaP)** Diplomsoziologe Reinhard Dufner, Darmstadt (28. 5. 1971);

zu **Studienräten/-innen (BaL)** die Studienassessoren/-innen (BaP) Käthe Posselt, Weilburg (11. 6. 1971), Guido Rombach, Bad Schwalbach (30. 6. 1971), Dipl.-Ing. Günter Zerbe, Weilburg (29. 6. 1971), Godelinde Lemke, Hausen (5. 4. 1971), Hannelore Brand, Hanau (29. 7. 1971), Georg Jux, Wetzlar (20. 8. 1971), Gisela Fellmann, Wetzlar (26. 8. 1971), Ingrid Klocksin, Weilburg (26. 8. 1971), Gerd Klink, Rüsselsheim (26. 8. 1971), Dieter Scheckenbach, Bensheim (23. 8. 1971);

zu **Oberstudienräten** die Studienräte (BaL) Dr. Gerhard Krömmelbein, Frankfurt/Main (7. 6. 1971), Manfred Jungblut, Hanau (30. 6. 1971);

zu **Oberstudiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Wolfgang Burkert, Büdingen (1. 5. 1971), Kaspar Krucker, Schlüchtern (18. 8. 1971);

zu **Fachlehrern für arbeits technische Fächer zur Anstellung (BaP)** Fachlehreranwärter Winfried Krauß, Gelnhausen (22. 6. 1971), die Lehrwerkmeister zur Anstellung (BaP) Manfred Meiners, Hanau (1. 7. 1971), Raimund Niedenthal, Hanau (1. 7. 1971), Gerhard Murschall, Frankfurt am Main (30. 6. 1971);

zu **Fachlehrern für arbeits technische Fächer (BaL)** die Fachlehrer für arbeits technische Fächer zur Anstellung (BaP) Friedhelm Adam, Weilburg (2. 2. 1971), Manfred Henrich, Dillenburg (14. 7. 1971), Otto Göbel, Hanau (1. 7. 1971), Friedrich Grimm, Sprendlingen (26. 8. 1971);

zum **Fachlehrer (BaL)** Fachlehrer zur Anstellung Manfred Jürgens, Groß-Gerau (13. 8. 1971);

zu **Fachlehrerinnen für sozialpädagogische Fächer zur Anstellung (BaP)** Fachoberlehreranwärterin Margarete Konrad, Frankfurt/Main (13. 7. 1971), Jugendleiterin Edith Balzer, Wetzlar (15. 6. 1971);

zum **Fachoberlehrer für technologische Fächer zur Anstellung (BaP)** Angestellter Werner Große, Wetzlar (7. 5. 1971);

zum **Fachoberlehrer für technologische Fächer (BaL)** Fachoberschullehrer Horst Mrusek, Weilburg (1. 8. 1971);

entlassen:

Studienrat Robert Engelhardt, Dillenburg (31. 7. 1971), Studienrätin Barbara Moser, Wetzlar (31. 7. 1971), die Studienassessoren Ekkehart Fritsch, Frankfurt/Main (30. 4. 1971), August Witzel, Hanau (31. 7. 1971), Roland Maier, Hanau (30. 4. 1971), Studienassessorin Maria Lioba Harnes, Gießen (31. 7. 1971), die Studienreferendare Bernhard

Poschenrieder, Darmstadt (31. 8. 1971), Henning Sohlmann, Darmstadt (30. 9. 1971), Assessor i. L. Dipl.-Ing. Götz Albrecht, Darmstadt (30. 4. 1971);

in den Ruhestand versetzt:

die Oberstudienrätinnen Gertrud Heider, Limburg (31. 7. 1971), Elke Bach, Alsfeld (31. 7. 1971), Klara Wolff, Darmstadt (31. 8. 1971), Gertrud Erber, Wiesbaden (31. 7. 1971), Frieda Fitschen, Wiesbaden, 31. 7. 1971, Katharina Cyganek, Alsfeld (31. 7. 1971), Hildegard Reinsch, Sprendlingen (31. 7. 1971), die Oberstudienräte Christoph Rothley, Alsfeld (31. 7. 1971), Willi Menges, Frankfurt/Main (31. 7. 1971), Erhard Wellmann, Oberursel (31. 7. 1971), Georg Rückershausen, Geisenheim (31. 7. 1971), Hans Schneider, Hanau (31. 7. 1971), Fachoberlehrerin Erika Kaiser, Wiesbaden (31. 7. 1971), Oberstudiendirektor Otto Kreuder, Friedberg (31. 7. 1971).

Darmstadt, 27. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
VI 1 — 7 1 08 (1)

StAnz. 42/1971 S. 1695

## 1409 DARMSTADT

## Regierungspräsidenten

### Auflösung des Rindviehversicherungsvereins Roth, Kreis Gelnhausen

Der Rindviehversicherungsverein Roth, Kreis Gelnhausen, hat durch seine außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. 12. 1970 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 23. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 39 i 02/01

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1410

### Auflösung der Betriebskrankenkasse der „Westerwälder Thonindustrie GmbH“ in Breitscheid/Dillkreis

Auf den Antrag des Arbeitgebers vom 15. 6. 1971 und mit Zustimmung der Vertreterversammlung vom 25. 6. 1971 habe ich mit Beschluß vom 16. 9. 1971 die Betriebskrankenkasse der Firma Westerwälder Thonindustrie GmbH in Breitscheid (Dillkreis) mit Ablauf des 31. 12. 1971 aufgelöst.

Darmstadt, 29. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 54 e 06/01

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1411

### Bildung des Standesamtsbezirks Breuberg, Kreis Erbach

Als Folge des Zusammenschlusses der Stadt Neustadt sowie der Gemeinden Hainstadt, Sandbach und Wald Amorbach zur Stadt Breuberg mit Wirkung vom 1. 10. 1971 entsteht kraft Gesetzes ab diesem Zeitpunkt der Standesamtsbezirk Breuberg, Kreis Erbach.

Darmstadt, 29. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 25 h 04/09 — 8 — 13

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1412

### Herauslösung der Gemeinde Eiershausen aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Hirzenhain und der Gemeinde Wissenbach aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Frohnhausen

Auf Grund des Zusammenschlusses der Gemeinden Eibelshausen, Eiershausen und Wissenbach zur Gemeinde Eschenburg mit Wirkung vom 1. 10. 1971 wird ab diesem Zeitpunkt die Gemeinde Eiershausen aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Hirzenhain mit den Gemeinden Hirzenhain und Eiershausen und die Gemeinde Wissenbach aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Frohnhausen mit den Gemeinden Frohnhausen, Manderbach, Nanzenbach und Wissenbach herausgelöst. Die Gemeinden Eschenburg und Hirzenhain sind ab 1. 10. 1971 selbständige Standesamtsbezirke.

Darmstadt, 29. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 25 h 04/09 — 7 — 2

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1413

### Bildung des Standesamtsbezirks Lorch, Rheingaukreis

Als Folge des Zusammenschlusses der Stadt Lorch und der Gemeinde Lorchhausen zur Stadt Lorch mit Wirkung vom 1. 10. 1971 entsteht kraft Gesetzes ab diesem Zeitpunkt der Standesamtsbezirk Lorch, Rheingaukreis.

Darmstadt, 29. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 25 h 04/09 — 20 — 4

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1414

### Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks Dillbrecht und Zuteilung der Gemeinden Fellerdilln und Offdilln zum gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Haiger

Auf Grund der Eingliederung der Gemeinde Dillbrecht in die Stadt Haiger mit Wirkung vom 1. 10. 1971 wird der gemeinschaftliche Standesamtsbezirk Dillbrecht mit den Gemeinden Dillbrecht, Fellerdilln und Offdilln mit Ablauf des 30. 9. 1971 aufgelöst. Die Gemeinden Fellerdilln und Offdilln werden ab 1. 10. 1971 dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Haiger, bestehend aus der Stadt Haiger sowie den Gemeinden Allendorf, Haigerseelbach, Langenaubach, Rodenbach und Steinbach, mit dem Sitz in Haiger zugeteilt.

Darmstadt, 28. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 25 h 04/09 — 7 — 4

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1415

### Herauslösung der Gemeinde Guntersdorf aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Schönbach

Auf Grund der Eingliederung in die Stadt Herbörn mit Wirkung vom 1. 10. 1971 wird die Gemeinde Guntersdorf ab diesem Zeitpunkt aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Schönbach mit den Gemeinden Schönbach, Guntersdorf, Roth und Erdbach herausgelöst. Die Stadt Herbörn bildet weiterhin mit den Gemeinden Burg, Hirschberg, Hörbach und Herbörnseelbach einen gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk mit dem Sitz in Herbörn.

Darmstadt, 29. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
III 6 — 25 h 04/09 — 7 — 3

StAnz. 42/1971 S. 1700

## 1416

### KASSEL

### Ungültigkeitserklärung in Verlust geratener Dienstaussweise für die forstlich ausgebildeten Bediensteten im Lande Hessen

Folgender Dienstaussweis ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt:

Nr. 2935, Revierförster Siegfried Kohl, geb. 10. 9. 1938, Wohnort: Blankenbach, Ausstellungsbehörde: Regierungspräsident in Kassel.

Kassel, 29. 9. 1971

**Der Regierungspräsident**  
IV/1 — B 15 — b 2 — 11

StAnz. 42/1971 S. 1700

## Buchbesprechungen

**Parlament und Regierung.** Textsammlung des Verfassungs-, Verfahrens- und Geschäftsordnungsrechts der obersten Bundesorgane mit Anmerkungen, Erläuterungen, Hinweisen und Sachregister von Ministerialdirektor Dr. Hans Lechner und Stadtdirektor Klaus Hülshoff, 3., völlig neubearbeitete Aufl. 1971. XI, 614 S. 8°. In Leinen 48,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage des hier angezeigten Werkes sind 13 Jahre vergangen (vgl. die Besprechung in StAnz, 1958 S. 1266). In dieser langen Zeit haben sich zahlreiche Änderungen und Ergänzungen des einschlägigen Rechts ergeben. Die vorliegende Neuauflage bringt das Werk auf den Stand vom 1. 2. 1971.

Die Gliederung des Stoffes hat sich etwas verändert. Dem Recht der Symbole ist ein eigener Abschnitt gewidmet worden (K). Eine durchlaufende Nummerierung findet sich nur noch innerhalb der einzelnen zusammengehörenden Rechtsbereiche.

Kernstück des Werkes ist wie bisher das formelle Geschäftsordnungsrecht, das gegenüber der 2. Auflage durch die sogenannte Parlamentsreform des Bundestags und die Schaffung neuer Institutionen (gemeinsamer Ausschuss, vereinfachtes Gesetzgebungsverfahren) verändert und angewachsen ist. Die Sammlung enthält jetzt auch das Parteiengesetz. Die Anmerkungen sind gestrafft worden, um das Werk nicht über Gebühr anschwellen zu lassen. Sie erleichtern aber nach wie vor das Verständnis der Vorschriften und erläutern die Zusammenhänge.

Mit der Neuauflage haben die Verfasser nicht nur dem Parlament und der Regierung, sondern allen am Parlaments- und Staatsrecht interessierten Juristen und Laien einen Dienst erwiesen. —tz

**Rechtsfragen beim Bauen** (aus der dtv-Reihe: Beck-Rechtbücher für Jedermann). Von Rechtsanwalt Dr. Ulrich Werner und Richter Dr. Walter Pastor. Stand I. April 1971. 214 S. 8°, kart. 4,80 Deutsche Mark. Deutscher Taschenbuchverlag — Verlag C. H. Beck, München.

Mit den „Rechtsfragen beim Bauen“ haben die Verfasser in der bekannten, sehr preisgünstigen dtv-Reihe ein vorzügliches Nachschlagewerk für Kauf- und bauwillige Interessenten am Baumarkt herausgebracht. Jedem Erwerber eines Bau- oder Hausgrundstückes oder einer Eigentumswohnung kann nur dringend empfohlen werden, vor Eingehen rechtsverbindlicher Vereinbarungen sich etwas mit der schwierigen Rechtsmaterie zu befassen. Hierzu gibt das vorliegende Taschenbuch ein ausgezeichnetes Hilfsmittel: die Ausführungen beginnen mit den Rechtsfragen bei Inanspruchnahme eines Immobilienbüros (Makler), führen weiter zu den wichtigsten beim Grundstückskauf zu beachtenden Gesichtspunkten, dann folgen das Erbaurecht, das Nachbarrecht, Fertighaus und Eigentumswohnung, die Baufinanzierung, die Bauausführung mit eingehend behandeltem Architektenvertrag, Architektenhaftung, Baugenehmigung und Auftragsvergabe; es folgen die Beweissicherung von Baumängeln, die Verjährung und das Versicherungsrecht. Den Abschluß bilden — leider zu sehr gekürzte — Auszüge aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch, der VOB, der Gebührenordnung für Architekten und der Kostenordnung (Notariatsgebühren) sowie ein Architektenvertragsmuster.

Alles in allem: ein sehr empfehlenswerter Band, auch für Studenten der Fachrichtungen Hochbau, Architektur und Städtebau.

Regierungsdirektor Schaeztl

**Effizienz als Rechtsprinzip**, von Walter Leisner, 1971. 60 S., 7,40 Deutsche Mark.

**Das Volksbegehren**, von Herbert Schambeck, 1971, 41 S., 7,40 Deutsche Mark. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Die angekündigten Arbeiten sind als Heft 402/403 bzw. 400/401 der Reihe „Recht und Staat“ erschienen. Die Ausführungen von Leisner kreisen um das vor allem in der Verwaltungswissenschaft lebhaft diskutierte Problem der Effizienz. Dabei wird deutlich, welches Spannungsverhältnis zwischen Rechtsstaatlichkeit und Effizienz besteht. Denn gerade Rechtsstaatlichkeit verlangt die Beachtung von Verfahrenswegen, die es dem einzelnen Bürger ermöglichen, seine Rechte wahrzunehmen, selbst wenn dadurch der Gang des Verfahrens Verzögerungen erleidet. Das bedeutet natürlich keine Absage an die Effizienz überhaupt, sondern nur ihre Beschränkung im Interesse rechtsstaatlicher Gebote.

Die Ausführungen von Schambeck widmen sich dem Volksbegehren als einem Mittel plebiszitärer Demokratie. Dabei wird sowohl der Vor- und Nachteil einer unmittelbaren Volksherrschaft wie auch die Möglichkeit plebiszitärer Formen innerhalb demokratischer Repräsentativverfassungen untersucht. Nach Auffassung des Verfassers können plebiszitäre Formen durchaus geeignet sein, den in der Gegenwart bisweilen zu beobachtenden Unmut über die Handhabung der repräsentativen Demokratie zu vermindern.

Regierungsdirektor Dr. Rolf Groß

**Kooperation im Bundesstaat**, von Prof. Dr. Gunter Kisker, 1971, XIII, 378 Seiten, brosch. 58,— DM, Lw. 64,— DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Die Arbeit von Kisker ist als Band 33 der Tübinger rechtswissenschaftlichen Abhandlungen erschienen. Wie der Untertitel des Buches „Eine Untersuchung zum kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland“ deutlich erkennen läßt, befaßt sich das Buch von Kisker mit den verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Fragen, die die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern einerseits und der Länder untereinander andererseits aufwirft. Diese Fragen, die heute allgemein unter dem Stichwort „Kooperativer Föderalismus“ behandelt werden, haben seit der Vorlage des Berichts der Troeger-Kommission und der Diskussion um die Finanzreform ein lebhaftes Echo gefunden.

Das Verdienst der Arbeit von Kisker besteht darin, Vor- und Nachteile der inzwischen hinlänglich geübten Kooperationsformen umfassend dargelegt zu haben. Dabei wird deutlich, daß sowohl Bundesländer-Vereinbarungen wie Zwischenländer-Vereinbarungen dem Zweck dienen, die bundesstaatliche Struktur der Bundesrepublik

aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel wäre sicher nicht hoch zu veranschlagen, diente der Föderalismus nicht wie die klassische Gewaltenteilung der Verhinderung staatlicher Machtzusammenballung. Allerdings schwindet bei den verschiedensten Formen der Kooperation die Macht der Landesparlamente. Denn in einer Vielzahl von Fällen wird den Landtagen angesichts des Eigengewichts der von der Exekutive getroffenen Absprachen kaum etwas anderes übrig bleiben, als solche Vorgänge nachträglich zu ratifizieren. Daß diese Entwicklung mit dem Demokratiegebot des Art. 20 GG in Kollision geraten kann, wird in den Ausführungen von Kisker deutlich.

Die Gratwanderung zwischen dem Gebot bundesstaatlicher Struktur und dem Demokratiegebot würde zweifelsohne erleichtert, käme es endlich zu der in Art. 29 GG, dem Bundesgesetzgeber auftragene Länderneugliederung. Kisker sieht daher mit Recht in dem Vollzug einer Länderneugliederung, die zu größeren und leistungsfähigeren Ländern führt, einen verfassungsgerechten Schritt zur Bewältigung der Koordinationsaufgaben in der Bundesrepublik. Das Buch kann jedem, der sich mit den verfassungsrechtlichen oder auch verfassungspolitischen Fragen des kooperativen Föderalismus beschäftigen will, nur empfohlen werden. Der Wert für den Leser wird durch ein in den Anhang aufgenommenes Verlagsregister mit ausgesuchten Vertragstexten noch erhöht. Denn dieser Anhang erspart dem Benutzer die Suche nach den in Frage kommenden Texten in weit verstreuten Verkündungs- und Bekanntmachungsorganen.

Regierungsdirektor Dr. Rolf Groß

**Öffentliches Interesse als juristisches Problem.** Eine Analyse von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Von Prof. Dr. Peter Hüberle (Marburg). 1970, 764 S., 80,— DM. Athenäum Verlag, Bad Homburg. Die vorliegende Arbeit — es handelt sich um die Habilitationsschrift des Verfassers (Freiburg 1968) — verdient besondere Aufmerksamkeit. Mit ihr liegt zum ersten Mal eine zusammenhängende und problemorientierte Untersuchung des juristischen Begriffs „öffentliches Interesse“ (Gemeinwohl) vor, der in der Gesetzgebungs-, der Verwaltungs- und der Gerichtspraxis von grundlegender Bedeutung ist.

Die Schrift besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil („Die praktische Rolle des öff. Interesses in der Gesetzgebung — Darstellung und erste Deutung seiner Konkretisierungsformen und -stufen“) enthält insbesondere eine umfassende Bestandsaufnahme der normativen Tatbestände des öffentlichen Interesses bzw. des Gemeinwohls aus nahezu allen Rechtsgebieten. In dem zweiten Teil („Das öff. Interesse in der Rechtsprechung“) analysiert der Verfasser eingehend die „Gemeinwohljudikatur“.

Die Untersuchung Hüberles verdient nicht nur Anerkennung wegen der umfassenden — wenn auch nicht immer leicht überschaubaren — Zusammenstellung und Verarbeitung des kaum überschaubaren Materials in Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literatur zu Gemeinwohlfragen. Sie bietet vor allem auch wichtige Orientierungshilfen, die in der juristischen Praxis erhebliche Bedeutung gewinnen werden. Die Arbeit zeigt schließlich die vielfältigen Spannungsfelder auf, in die der Begriff des öffentlichen Interesses auch in Zukunft gestellt sein wird.

Regierungsrat v. Hoerschelman

**Verwaltungsgerichtsordnung.** Textausgabe mit Erläuterungen und ergänzenden Vorschriften. Bearbeitet von Staatsanwalt Dr. Gerhard Haß. 1971, 134 S., kart., 12,— DM. Heggen-Verlag, Opladen.

Die neue Ausgabe vereinigt die Verwaltungsgerichtsordnung, das Verwaltungsvollstreckungsgesetz, das Verwaltungsvollstreckungsgesetz sowie die Ausführungsgesetze der Länder. Alle Texte sind zuverlässig in der geltenden Fassung abgedruckt.

Die Ausgabe soll die bestehende Lücke zwischen den reinen Textausgaben und den mittleren Kommentaren schließen.

Diesem Zweck dient auch eine Einführung, die eine Erläuterung der Rechtsgrundlagen und Verfahrensmaximen des Verwaltungsprozessrechts sowie ein vollständiges Musterurteil umfaßt.

Für die Benutzung in der Praxis von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Kommentierung der wichtigsten Gesetzesvorschriften. Diese Kommentierung ist bewußt kurz gefaßt und darauf angelegt, den Gesetzestext allgemeinverständlich zu erläutern und durch wenige typische Beispiele zu verdeutlichen.

Die vom Bearbeiter dargestellte Meinung ist weitgehend durch Zitate belegt.

Abgerundet wird die Sammlung durch ein Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 24. März 1960, das als Anlage Muster für Rechtsmittelbelehrungen enthält, sowie durch ein Abkürzungs- und ein Sachverzeichnis.

Durch die Zusammenfassung der bei der Beschäftigung mit dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren wesentlichen Vorschriften wird ein sehr großer Kreis von Benutzern angesprochen. Diesen kann der Band für den täglichen Gebrauch unbedingt empfohlen werden.

Regierungsassessor Ballmaier

**Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil II, Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts**, herausgegeben von Hessischen Minister der Justiz, 35. Ergänzungslieferung, 216 S., 16,16 Deutsche Mark. Stand: 30. Juni 1971. Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg.

Mit der 35. Ergänzungslieferung wird die Sammlung auf den Stand des 30. Juni 1971 gebracht. Aus den Neuaufnahmen seien erwähnt die Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes (Gaststättenverordnung-GastVO) vom 21. April 1971 (GVBl. I S. 97), das Erste Hessische Gesetz zur Anpassung an das Erste Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (I. HBesAnpG) vom 25. Mai 1971 (GVBl. I S. 113), die Verordnung über die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Sonderschulen vom 7. Juni 1971 (GVBl. I S. 157) und das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1971 und 1972 (Haushaltsgesetz 1971/1972) vom 15. Juni 1971 (GVBl. I S. 149).

Regierungsrat v. Hoerschelman



1866

1966

Eine willkommene Bereicherung  
des privaten Buchbesitzes  
wie der Buchauswahl  
in Bibliotheken und Büchereien

## Preußischer Adler und Hessischer Löwe

Dokumentarischer Rückblick auf die  
hundertjährige wechselvolle Vergangenheit  
des Regierungsbezirks Wiesbaden

Von Regierungsvizepräsident Dr. Müller †

Ein Buch von historischem Wert,  
das keine trockene Materie behandelt,  
sondern mit Dokumenten belegte  
Geschehnisse ernster und heiterer Art  
zu einem lebendigen vom Anfang  
bis zum Ende interessanten Werk  
zusammenfaßt

1866 — Preußen an Rhein und Main /  
Die „gute alte Zeit“ / Der Kulturkampf  
gegen die katholische Kirche / Die  
Arbeiterbewegung im Kaiserreich /  
Wirtschaftliche Zustände bis zum  
Ersten Weltkrieg / Erster Weltkrieg und  
Revolution 1918 / Die Jahre der  
Weimarer Republik / Unter der  
Herrschaft der NS-Partei / Die  
Regierung im Jahre Null und danach /  
Die Zukunft hat schon begonnen — 1966

Umfang 440 Seiten und 48 Seiten  
Abbildungen auf Kunstdruckpapier  
im Format 17 × 23,7 cm, 1/4-Leindecke  
mit Gold- und Farbprägung.  
Mehrfarbiger Schutzumschlag, zweiseitig  
cellophanisiert · Preis 25,85 DM

Bestellung kann durch Ihre Buchhandlung oder  
beim Verlag direkt erfolgen

**Buch- und Zeitschriftenverlag  
Kultur und Wissen GmbH & Co KG.**

62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42  
Telefon Sammelnummer 3 96 71

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG). Erläuterte Textausgabe  
in Loseblatt-Form von Regierungsdirektor Dr. Erich Haniel und  
Regierungsrat Dr. Martin Geiger, 4. Ergänzungslieferung nach  
dem Rechtsstand: 1. Juni 1971, 250 S., 25,— DM, Verlag für Verwal-  
tungspraxis Franz Rehm KG, 8 München 80, Vogelweideplatz 10.

Bereits bei der Herausgabe der 3. Ergänzungslieferung — bespro-  
chen in StAnz. 1971 S. 706 — war im Hinblick auf die Neuregelung  
des Straßenverkehrsrechts eine alsbaldige weitere Ergänzungsliefe-  
rung angekündigt worden. Diese liegt nunmehr vor. Erwartungsgemäß  
bringt sie den Text der Straßenverkehrsordnung vom 18. 11. 1970  
und den Bußgeldkatalog für Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten  
vom 23. 2. 1971. Berücksichtigt sind weiter die zwischenzeitlichen  
Änderungen und Neufassungen einschlägiger Verwaltungsvorschriften  
des Bundes und des Landes Bayern. Hierzu gehören unter anderem die  
Allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundesministers für Verkehr  
zu den §§ 13 bis 13d der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, die  
AVV-Verwarnung sowie die Entscheidung des Bayerischen Staats-  
ministeriums des Innern betr. Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten  
vom 2. 3. 1971.

Mit den vorgenannten Ergänzungen ist das Werk für den in Frage  
kommenden (insbesondere den bayerischen) Benutzerkreis sehr  
schnell wieder auf den neuesten Stand gebracht worden, was in An-  
betracht seines aktuellen Inhalts sicher allgemein begrüßt werden  
wird. Regierungsdirektor Dr. Rösner

Regionalkreise? Grundsätzliche Bemerkungen zur Schaffung von  
sog. Regionalkreisen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Von  
Prof. Dr. Roman Schnur, Hochschule für Verwaltungswissenschaften  
Speyer, Band 1 der Schriftenreihe „Nordrhein-Westfälischer  
Städte- und Gemeindebund — Abhandlungen zur Kommunalpolitik“,  
1971, kart., 56 S., 13,— DM, Deutscher Gemeindeverlag, Köln.

In der Diskussion über brauchbare Lösungen für die Verwaltungs-  
reform auf Kreisebene werden seit einigen Jahren sog. Regionalkreise  
erwogen, die als einzige und umfassende Verwaltungsstufe  
zwischen dem Land und den Gemeinden tätig sein sollen. Die  
Regionalkreise, so heißt es, könnten nicht nur die Regierungsbezirke  
und Kommunalverbände einsparen, sondern auch die spezifischen  
Probleme im Umland großer Städte lösen.

Der Verfasser der vorliegenden Schrift tritt diesen Erwägungen, die  
z. B. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und auch von  
der Hessischen Landesregierung abgelehnt worden sind, mit verfas-  
sungsrechtlichen und verfassungs- und verwaltungspolitischen Über-  
legungen entgegen, die so zusammengefaßt werden können:

— Es bestehen zwar keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen  
die Abschaffung der allgemein staatlichen Mittelinstanz zugunsten  
von sog. Regionalkreisen,

— die Einführung von Regionalkreisen würde aber die institutionelle  
Garantie der Kreise in Art. 28 GG und in einzelnen Landesverfas-  
sungen verletzen; verfassungsrechtlich bedenklich wäre auch die  
Einbeziehung großer Städte in die Regionalkreise.

— Es ist nicht zweckmäßig, die staatliche Mittelinstanz zu beseitigen,  
weil sie in größeren Bundesländern wichtige und spezialisierte Funk-  
tionen erfüllt, die von anderen Verwaltungsträgern nur schwer und  
keineswegs mit den gewünschten Einsparungen vorgenommen werden  
können

— Die Kreise in ihrer derzeitigen verfassungsrechtlich garantierten  
Gestalt sollten nicht beseitigt werden, weil es in den meisten kon-  
kreten Fällen sicher nicht gelingen würde, im Raum der Regionalkreise  
politisch integrierte Räume zu schaffen.

— Es ist grundsätzlich möglich, räumlich deckungsgleich mit den  
Regierungsbezirken Regionalverbände einzurichten.

Der Verfasser tritt also für Reformen ein, warnt aber nachdrücklich  
vor „hemmungslosem Reformeifer“, der bewährte Formen kommunal-  
er Selbstverwaltung beseitigen und an deren Stelle technokratisch  
inspirierte Groß-Apparate treten lassen würde

Der Band sollte von allen mit der Verwaltungsreform befaßten  
Beamten und an diesen Problemen interessierten Bürgern gelesen  
werden, insbesondere aber von den mit diesen schwierigen Fragen  
in der Gesetzgebung belasteten Abgeordneten.

Ministerialdirigent Volt

Standesamtsführung, Musterbeispiele und Anleitung für den Standes-  
beamten. Von Dr. Otto Neuffer, Regierungsvizepräsident in  
Stuttgart und Heinz Menckheim, Leiter des Standesamtes  
Stuttgart. 1. Ergänzungslieferung September 1969, 96 S., 12,80 DM;  
2. Ergänzungslieferung August 1970, 212 S., 32,— DM; 3. Ergänzungslie-  
ferung April 1971, 188 S., 28,50 DM; 4. Ergänzungslieferung Juni 1971,  
204 S., 28,50 DM. Richard Boorberg Verlag, Stuttgart — München —  
Hannover.

Das Werk, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, den Standesbeamten  
sowohl die Grundzüge des Personenstandsrechts zu vermitteln wie  
an Hand zahlreicher Beispiele eine Hilfe für die Praxis zu geben,  
wurde zuletzt im StAnz. 1968 S. 1644 besprochen. Inzwischen haben  
sich, insbesondere das am 1. Juli 1970 in Kraft getretene Gesetz  
über die Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder, zahlreiche Ände-  
rungen des materiellen Rechts und des Verfahrensrechts ergeben.  
Bedauerlicherweise hat sich die Anpassung der Dienstanzweisung für  
die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden (DA) an die geän-  
derten Vorschriften erheblich verzögert; die Verabschiedung im Bun-  
desrat dürfte jetzt in Kürze erfolgen. Inzwischen haben sich die  
Länder bemüht, durch (inhaltlich weitgehend übereinstimmende)  
Erlasse eine Überbrückung vorzunehmen.

Die Verfasser haben den Versuch unternommen, in mehreren um-  
fangreichen Ergänzungslieferungen, durch die praktisch das gesamte  
Werk neu gestaltet worden ist, den Anschluß an die rasche und zum  
Teil noch unübersichtliche Entwicklung zu halten, um den Standes-  
beamten und ihren Aufsichtsbehörden für die Lösung der sich aus  
dem neuen Recht ergebenden schwierigen Fragen wenigstens vorläu-  
fig eine Hilfe für die Praxis zu geben. Sie haben sich dabei zunächst  
an die Ländererlasse, später an den Entwurf der Änderung der DA  
nach dem Stand vom Frühjahr 1971 gehalten. Aus diesem Grunde ist  
es unvermeidbar, daß einzelne Fragen bei den abschließenden Ber-  
atungen im Bundesrat nochmals eine andere Lösung erfahren haben;  
eine weitere Ergänzungslieferung wird daher in Kürze notwendig  
werden. Eine abschließende Würdigung des für die Praxis überaus  
wertvollen Werkes bleibt danach vorbehalten.

Ministerialrat Dr. Hoffmann

**Programmierte Personalpolitik in Kreditinstituten.** Arbeitsunterlage für Führungskräfte und Mitarbeitervertreter zur erfolgsbezogenen Planung des Personalbereichs ihres Instituts. Von Dr. Karl Braun, 348 S., Ringbuchordner 65,— DM. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden.

Das Werk ist, wie aus seinem Untertitel hervorgeht, als Arbeitsunterlage für Führungskräfte und Mitarbeitervertreter gedacht. Es soll alle diejenigen ansprechen, die sich von Berufs wegen um eine geplante, moderne Personalpolitik Gedanken machen. Ein Praktiker zeigt hierzu Ansatzpunkte und Möglichkeiten auf, die weit über den engeren Raum der Kreditinstitute hinaus als Grundlage für eine erfolgreiche Planung des Personalbereichs dienen können. Der Verfasser stellt in diesem Zusammenhang klar heraus, daß es die betriebliche Grundaufgabe auf dem Personalsektor ist, Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft zur Erreichung des Unternehmenszieles zu organisieren. Gekennzeichnete Personalpolitik, also ein personell wie sachlich gut organisiertes Personalwesen, ist nach seiner Auffassung die notwendige Voraussetzung.

Hier setzt das vorliegende Werk an. Grundfragen in der Personalpolitik, personalpolitische Hauptziele und Hauptaufgaben, Stellung und Bedeutung des Personalwesens im Betrieb, Einsatzplanung, Stellenplan, Personalplanung, Planung der Aus- und Fortbildung sowie Planung der Personalführung und der freiwilligen Sozialleistungen sind einige der wesentlichen Punkte, die dort angesprochen sind. Bemerkenswerte Planungsbeispiele zur aufgabenmäßigen Grobgliederung eines Kreditinstituts, zum Anforderungsprofil und Eignungsprofil eines Bewerbers, das Modell einer Matrix, Planungsbeispiele für Lehrpläne, Bewerberauswahl sowie die Mitarbeiterbeurteilung geben weitere wertvolle Hilfen.

Greift man eines der Kapitel, z. B. die Personalplanung, heraus, so findet man auf der linken Seite des aufgeschlagenen Bandes — programmiert — Anregungen für die Aufgabenbewältigung. Diese Anregungen können in eine systematische Planung umgewandelt werden, wenn die auf der rechten Seite aus dem gleichen Bereich gestellten Fragen beantwortet werden. Durch die Eintragung von Ist und Soll hinter diesen Fragen ergeben sich die anzustrebenden Ziele im personellen Bereich, die zu erfüllenden Aufgaben und zu verwirklichenden Grundsätze und Richtlinien.

Zu bemerken ist allerdings, daß gerade diese „Programmierung“ zu einer Darstellungsweise zwingt, die in Teilbereichen nicht immer die gesamte Problematik umfassen kann. Wenn im Rahmen der Personalplanung u. a. der künftige Bruttobedarf errechnet (Verminderung des gegenwärtigen Bruttobedarfs um die Streichung und inhaltliche Änderung von Stellen zuzüglich der neuen Stellen und der inhaltlich geänderten Stellen) und dabei keine Hilfestellungen gegeben werden, für die Prüfung, unter welchen Voraussetzungen Stellen nicht mehr notwendig erscheinen, inhaltlich geändert oder neu geschaffen werden müssen, so ist dies eine Konzession an die Art der Gestaltung des Werkes.

Trotzdem kann man sagen, daß der Verfasser unter den gegebenen Bedingungen sorgfältig und gründlich gearbeitet hat. Er bereitet, soweit wie irgend möglich, die Gewinnung eines eigenen personalpolitischen Konzepts vor, für das der Leser, der auch die Durcharbeitung des Programms nicht scheut, eine Unterlage zur unternehmerischen Gestaltung des Personalwesens in seinem Betrieb erwirbt. Damit hat das Werk sicherlich eine Lücke im Angebot des Fachbüchermarktes geschlossen.  
Reg.-Assessor Dr. Stei n

**Städtebauförderungsgesetz.** Textausgabe mit Sach- und Stichwortverzeichnis. 1. Aufl. (1.—3. Tausend), 1971, 96 S. DIN A 5, 4,90 DM. Verlag Deutsches Volksheimstättenwerk, Köln.

**Das Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden (Städtebauförderungsgesetz)** vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1125) ist am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten.

Wer mit der Planung, Gestaltung, Sanierung und Entwicklung unserer Städte zu tun hat, kann sich hier — nicht zuletzt mit Hilfe des ausführlichen Sach- und Stichwortverzeichnisses — mit Inhalt und Wortlaut des Gesetzes vertraut machen. Dieses Gesetz geht nicht nur den Politikern, den technischen Fachmann oder den Haus- und Grundstücksbesitzer an — es geht jeden einzelnen Bürger an. Das

Schicksal der Städte ist auch unser Schicksal. Die Städte, die wir gestalten, sind die Umwelt, in der wir leben und die rückwirkend uns und unser Verhalten wieder beeinflusst. So greift dieses Gesetz mit seinen Regelungen viel tiefer als nur in wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht in den Alltag unserer Städte und in unser Leben ein.

Es verdient besondere Anerkennung, daß das Deutsche Volksheimstättenwerk noch im Monat des Inkrafttretens eine handliche und preiswerte Textausgabe dieses wichtigen und in seinen Auswirkungen so bedeutenden Gesetzes vorgelegt hat. Oberbaurat Sadoni

**Strafrechtliche Nebengesetze.** Begründet von Landesgerichtsdirektor Georg Erbs, herausgegeben von Bundesanwalt Dr. Max Kohlhhaas. Bearbeitet von Dr. Dr. Kohlhhaas, Bundesanwalt, Dr. Albert Lorz, Senatspräsident, Christian Mayr, Bundesrichter, Dr. Gerhard Potrykus, Amtsgerichtsdirektor a. D., Walter Zipfel, Bundesrichter. (Beck'sche Kurzkommentare). 28. Ergänzungslieferung, Stand August 1971. Vollständige Erneuerung des Buchblocks von Band I in neuem Plastikordner. Rund 2070 S. 8°, 49,50 DM und neuer Ordner 4,— DM. Grundwerk: 2. Auflage, Band I: Stand August 1971 (übereinstimmend mit der 28. ErgLfg. zur 1. Auflage). Subskriptionspreis bis zum Erscheinen von Band III 58,— DM (späterer Preis 66,50 DM), Verlag C. H. Beck, München.

An dieser Stelle wurde auf den Loseblatt-Kommentar „Strafrechtliche Nebengesetze“ von Erbs-Kohlhaas zu Beginn seines Erscheinens vor etlichen Jahren und sodann laufend bei den einzelnen Ergänzungslieferungen aufmerksam gemacht, zuletzt im StAnz. 1971 S. 128. Nicht erwähnt wurde seitdem, was hiermit nachgeholt wird, das Erscheinen der 4. Ergänzungslieferung zum sog. „Lexikon des Nebenstrafrechts“; diese Lieferung führte zu einem Austausch des ganzen Blockes „Registerband“ und brachte ihn auf den Stand vom 1. März 1971. Soweit es nicht bekannt sein sollte, sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß der „Registerband Lexikon des Nebenstrafrechts“, zuletzt besprochen in StAnz. 1970 S. 1185 ein Hilfsmittel für die tägliche Praxis in Form eines Gesamtüberblicks nach dem neuesten Gesetzgebungsstand sein soll und auch ist. Er handelt mithin nicht die einzelnen Sondertatbestände der nebenstrafrechtlichen Gesetze (z. B. lebensmittelrechtliche oder viehseuchenrechtliche Verstöße) ab. Dies ist vielmehr den jetzt in 3 Bänden vorliegenden „Strafrechtlichen Nebengesetzen“ vorbehalten. Das Lexikon soll dagegen den Suchenden nur über die für seinen Fall in Betracht kommenden Vorschriften schnell und zuverlässig informieren, wobei im übrigen diese Vorschriften nur kurz insoweit dargestellt werden, als es zum Verständnis und zur Einordnung der Tatbestände notwendig erscheint.

Die 28. Ergänzungslieferung (Stand August 1971) stellt sich als vollständige Erneuerung des ersten Bandes des Kommentars „Strafrechtliche Nebengesetze“ dar. Da die — durch Ergänzungslieferungen auf dem laufenden gehaltene — Erstaufflage des Kommentars seit geraumer Zeit vergriffen ist, hat es sich als notwendig erwiesen, mit dem Aufbau einer zweiten Auflage zu beginnen. Dies ist mit der 28. Ergänzungslieferung für den ersten Band des Kommentars geschehen. Es ist vorgesehen, die Bände II und III mit den nächsten Lieferungen, etwa November 1971 bzw. Anfang 1972, in gleicher Weise zu erneuern.

Neuaufgaben bei Loseblatt-Kommentaren sind in der Regel Ausnahmen. Daß sie hier erforderlich wurden, erweist die Nützlichkeit dieses Kommentars in der Praxis, auf die auch an dieser Stelle des kürzeren aufmerksam gemacht werden konnte. Nicht die Anzahl kommentierter Vorschriften aus dem Bereich nebenstraflicher Gesetze, es sind mehr als 260, machen seinen Wert aus, sondern die unter Bezugnahme auf einschlägige Urteile und Literatur letzten Standes zuverlässige Kommentierung, die sich nicht auf rein strafrechtliche Aspekte beschränkt, sondern auch zu damit ggf. korrespondierenden Fragen aus dem Verwaltungsrecht, dem Bürgerlichen Recht, dem Handelsrecht und Handelsbrauch Stellung bezieht.

Da Straf- und Bußgeldandrohungen sich in wesentlich größerer Zahl in den sog. strafrechtlichen Nebengesetzen finden als im Strafgesetzbuch und in entsprechendem Maße die Gerichte beschäftigten, bestand für ihre umfassende Darstellung seit langem ein echtes Bedürfnis. In der Art, wie dies im Kommentar von Erbs-Kohlhaas vorgenommen wurde, ist dem — was uneingeschränkt vermerkt werden darf — voll Rechnung getragen worden. Regierungsdirektor Dr. Seeger

# Einbanddecken zum Staats-Anzeiger

Jahrgang 1970 — 1. und 2. Halbjahr — (2 Einbanddecken) — Preis DM 13,20

für alle anderen Jahrgänge Stückpreis DM 6,75 einschließlich Verpackungs- und Versandkosten und 5,5 % Mehrwertsteuer

Gebundene Jahrgänge des Staats-Anzeigers sind lieferbar:

- Jahrgänge 1966, 1968, Preis DM 64,55 einschl. Versandkosten und 5,5 % MWST.
- Jahrgang 1969, Preis DM 97,10 einschließlich Versandkosten und 5,5 % MWST.
- Jahrgang 1970 (2 Bände) Preis DM 146,05 einschl. Versandkosten und 5,5 % MWST.

Bestellungen richten Sie bitte an

**BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH & CO KG**  
62 WIESBADEN · WILHELMSTRASSE 42 · TELEFON 3 96 71

1971

Montag, den 18. Oktober 1971

Nr. 42

## Gerichtsangelegenheiten

3354

### Erlaubnisurkunde

I M 207: Herr Herbert Mann, Wiesbaden-Dotzheim, Reuchlinstraße 19, ist heute von mir als Rechtsbeistand zugelassen worden.

Ausgenommen ist das Gebiet der gesetzlichen Sozialversicherung sowie die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, soweit sie dem räumlichen, fachlichen und persönlichen Geltungsbereich des Bundesrahmentarifvertrages für das Baugewerbe vom 1. 5. 1971 und der sogenannten Sozialkassentarifverträge unterliegen in Angelegenheiten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Sozialkassen der Bauwirtschaft stehen.

Geschäftssitz ist Wiesbaden.

Die Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

62 Wiesbaden, 30. 9. 1971

Der Präsident des Amtsgerichts

3355

### Aufgebote

C 581 71: Aufgebot: Frau Berta Lelito, Meerholz, Sudetenstraße 14, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Erbbaugrundbuch von Meerholz, Bd. 33, Blatt 743, für den Zweckverband Gemeinnütziger Wohnungsbau Kreis Gelnhausen in Gelnhausen eingetragene mit 3 v. H. seit 1. 7. 1958 verzinliche Hypothek von 3000,— DM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, dem 26. Januar 1972, 9.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

646 Gelnhausen, 5. 10. 1971 **Amtsgericht**

3356

8 C 489.71 — Aufgebot: Die Gemeinde Obertshausen, vertreten durch den Gemeindevorstand, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers der im Grundbuch von Obertshausen, Band 37, Blatt 1695, eingetragenen Grundstücke (Gemarkung Obertshausen, Flur 2, Nr. 39 und 65) beantragt (§ 927 BGB).

Im Grundbuch ist der Lehrer Georg Franz Metz in Hausen als Eigentümer eingetragen. Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. Dezember 1971, um 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 113, anberaumten Aufgebotstermin sein Recht anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

605 Offenbach (Main), 28. 9. 1971

**Amtsgericht, Abt. 8**

### 3357 Güterrechtsregister

GR 347 — Neueintragung: Kaufm. Angestellter Fritz Matthies und dessen Ehefrau Margarete geb. Welker, Alsfeld, Marburger Straße 60, haben durch Vertrag vom 30. Juli 1971 Gütertrennung vereinbart.

632 Alsfeld, 4. 10. 1971

**Amtsgericht**

3358

GR 1419 — 8. 9. 71: Eheleute Kaufmann Karl Hans Gotta in Bad Homburg v. d. H. und Sabine Ulrike Gotta geb. Schwarzer.

Durch Vertrag vom 27. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

6380 Bad Homburg, 5. 10. 1971

**Amtsgericht**

3359

GR 286 — 21. Sept. 1971 — Neueintragung: Eheleute Dipl.-Kaufmann Albert Glücklich und Hortensie geb. Kissel, beide in Schlangenbad-Georgenborn.

Durch notariellen Vertrag v. 27. 8. 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 21. 9. 1971

**Amtsgericht**

3360

GR 287 — 29. 9. 1971 — Neueintragung: Eheleute Kaufmann Winfried und Edith Wilhelmi geb. Poths, beide in Hahn.

Durch notariellen Vertrag v. 16. März 1971 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 29. 9. 1971

**Amtsgericht**

3361

GR 288 — 30. Sept. 1971 — Neueintragung: Eheleute Fleischermeister Walter und Ursula Stütting geb. Stephan, beide jetzt in Bleidenstadt.

Durch notariellen Ehevertrag v. 22. 3. 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 30. 9. 1971

**Amtsgericht**

3362

GR 357 — 6. Oktober 1971 — Neueintragung: Die Eheleute Molkereimeister Rudolf Finger und Helene Finger geb. Kaufmann in Elmshausen haben durch Ehevertrag vom 23. August 1971 Gütergemeinschaft vereinbart.

3560 Biedenkopf, 6. 10. 1971

**Amtsgericht**

3363

GR 472 — 28. 9. 1971: Eheleute Fabrikant Wilhelm August Theodor Sommerlad und Lieselotte geb. Sieber, beide in Butzbach.

Durch Vertrag vom 6. September 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft aufgehoben worden.

6308 Butzbach, 28. 9. 1971

**Amtsgericht**

3364

GR 487 — 1. Okt. 1971 — Neueintragung: Eheleute Kraftfahrer Otaaf Gilbert Etienne Beelaert und Else geb. Kaspari in Oberroßbach (Dillkreis):

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

634 Dillenburg, 4. 10. 1971

**Amtsgericht**

3365

GR 113 — 13. 9. 1971: Eheleute Bauunternehmer und Maurermeister Gerhard Bienhaus u. Helga geb. Schwalz, 3559 Batzenberg (E.), Stettiner Straße 7.

Durch Vertrag vom 9. 8. 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

3558 Frankenberg, 13. 9. 1971 **Amtsgericht**

3366

73 GR 12 434 — Dekorateur Friedrich Nejdil und Gisela-Asta geborene Binder, Hattersheim.

Durch Ehevertrag vom 5. Mai 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 435 — Angestellter Wolfram von der Heiden und Anna Maria geborene Kaufung, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 1. März 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 436 — Kaufmann Wolfgang Reiner Staab und Dr. phil. Dorette geborene Hildebrand, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 5. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 437 — Geschäftsführer Oskar Gunnar Samuel Hargne und Sigrid geborene Erber, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 438 — Rechtsanwalt Ortwin Stellweg und Ursula geborene Zschech, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 2. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 439 — Taxiunternehmer Karlheinz Nusser und Christa Maria geborene Hackbart, Frankfurt (Main)

Durch Ehevertrag vom 17. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 440 — Koch Hans Ost und Else geborene May, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 19. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 441 — Kaufmann Szulum Pflug und Hedwig geborene Kaschub, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 442 — Lagerverwalter Dieter Stehle und Gisela geborene Ribbe, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 2. August 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 12 443 — Diplom-Ingenieur Helmut Müller und Gertrud geborene Pott, Krifeld.

Durch Ehevertrag vom 7. Juni 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 444 — Fernsehjournalist Josef Jünemann und Hildegard Maria geborene Janek, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. April 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 445 — Kaufmann Karlheinz Hug und Barbara geborene Block, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. Mai 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 446 — Kaufmann Hans Peter Ziliken und Lieselotte geborene Kirchoff, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 447 — Bankkaufmann I. R. Eugen Friedrich Alexander Dithorn und Margarete Emilie geborene Korff, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 448 — Regierungsdirektor a. D. Dr. Hans Wöckener und Elfriede geborene Schmidt, Frankfurt (Main).



Durch Ehevertrag vom 28. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 449 — Kaufmann Werner Sassen und Hannelore geborene Zinndorf, Krißfeld (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 29. April 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 450 — Bankdirektor Fritz Losukow und Ursula geborene Seyd, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 11. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 451 — Verwaltungsangestellter Harry Mitschke und Karola geborene Bode, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. Mai 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 452 — Dipl.-Kfm. Herbert Schnock und Marianne geborene Völker, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 2. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 453 — EDV-Unternehmensberater Herbert Franz Schuster und Helma Emma Luise geborene Stubenrauch, Eschborn (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 19. Dezember 1970 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 454 — Maler Karl Eichin und Lieselotte geborene Mahr, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 9. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 455 — Gastronom Peter Hummel und Elena geborene Tavano, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 22. September 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 456 — Kaufmann Hans-Dieter Schnurr und Heidemarie geborene Radlinger, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 12 457 — Kaufmännischer Angestellter Eberhard Erich Wolfgang Köhler und Carola Ruth geborene Haschke, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7851a — Kaufmann Wilhelm gen. Willi Krämer und Rosemarie geborene Rupp, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 18. August 1971 ist der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 12 144 — Fernstechniker Wolfgang Schmitt und Elvira Heidemarie geborene Weber, Okrifeld (Main).

Durch Ehevertrag vom 19. August 1971 ist der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben.

Frankfurt (Main), 5. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 73

### 3367

GR 1811 — 29. 9. 1971 — Neueintragung: Meyer, Norbert, kfm. Angestellter, und Ehefrau Ursula Meyer-Hoff, geb. Hoff, Nieder-Mörlen.

Durch Vertrag vom 7. September 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (H.), 29. 9. 1971 Amtsgericht

### 3368

GR 1812 — 4. 10. 1971 — Neueintragung: Kratz, Willi Jakob, und Ehefrau Gislinde geb. Müller, Rosbach 1.

Durch Vertrag vom 21. April April 1970 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

636 Friedberg (H.), 4. 10. 1971

Amtsgericht

### 3369

GR 319 — Neueintragung: Weißbinder Wolfgang Michel, Obersotzbach, Haus Nr. 70, und Frau Elise (genannt: Luise) geb. Gaul, wohnhaft ebenda.

Durch Vertrag vom 24. Juli 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

646 Gelnhausen, 27. 9. 1971 Amtsgericht

### 3370

GR 320 — Neueintragung: Diplom-Volkswirt Frank Hermann Maiwald, Linsengericht, Ortsteil Altenhaßlau, Umgehungsstraße, und Gabriele Marietta geb. Fischinger, wohnhaft ebenda.

Durch notariellen Vertrag vom 16. Juni 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 27. 9. 71 Amtsgericht

### 3371

GR 321 — Neueintragung: Fachkaufmann Manfred Willy Gleichmann und Carmen Johanna Gisela geb. Stahr, beide wohnhaft in Bad Orb, Hotel Wegscheide.

Durch notariellen Vertrag vom 20. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 27. 9. 71 Amtsgericht

### 3372

GR 322 — Neueintragung: Friseurgehilfe Klaus-Peter Hoffmann und Ingrid Johanna Marie geb. Meub, beide wohnhaft in Meerholz, Karlstraße 11.

Durch notariellen Vertrag vom 18. März 1971 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

646 Gelnhausen, 27. 9. 71 Amtsgericht

### 3373

4a GR 466 A — 5. 10. 1971 — Neueintragung: Ehegatten: Werner Friedrich Drescher, Betriebsschlosser, und Brigitte Drescher geb. Wollschläger, beide in Gustavsburg, Mainstraße 5.

Durch Vertrag vom 19. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 6. 10. 1971 Amtsgericht

### 3374

41 GR 1303 — 21. 9. 1971: Eheleute Elektriker Bernd Berger und Ingrid geb. Koch in Ostheim haben durch Vertrag vom 23. 8. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 4. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

### 3375

41 GR 1304 — 21. 9. 1971: Eheleute Justizobersekretär Jürgen Sandrowski und Hannelore geb. Krause in Hanau haben durch Vertrag vom 20. 8. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 4. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

### 3376

41 GR 1305 — 21. 9. 1971: Eheleute Architekt Peter Meinhardt und Erika geb. Gärtner in Hanau haben durch Vertrag vom 15. 7. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 4. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

### 3377

41 GR 1306 — 21. 9. 1971: Eheleute Elektromeister Wolfgang Anton Amend und Monika Antje geb. Nevermann in Rodenbach haben durch Vertrag vom 23. 8. 1971 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 4. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 41

### 3378

GR 264 — 7. 9. 1971: Eheleute Kaufmann Peter Otto Engels und Gisela Engel geb. Papajewski, beide wohnhaft in Idstein.

Durch Vertrag vom 11. August 1971 ist unter Ausschluß der Zugewinnngemeinschaft Gütertrennung vereinbart.

627 Idstein (Ts.), 19. 8. 1971 Amtsgericht

### 3379

GR 265 — 15. 9. 1971: Eheleute Bauschlosser Volker Lange und Karin Lange geb. Kyanowski, beide Niederrhausen.

Durch Vertrag vom 5. August 1971 ist unter Ausschluß der Zugewinnngemeinschaft Gütertrennung vereinbart.

627 Idstein (Ts.), 15. 9. 1971 Amtsgericht

### 3380

GR 1181 A — 16. 9. 1971: Mendel, Maximilian, Glasermeister, Kassel, und Sigrid geb. Böhmelt. Durch Vertrag vom 10. August 1971 ist die Gütertrennung aufgehoben. Die Ehegatten leben jetzt im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft.

GR 1449 A — 11. 8. 1971: Stange, Werner Max Hans, Regierungsoberinspektor, Kassel, und Waltraud Ruth geb. Diene-mann. Gütertrennung durch Vertrag vom 24. 6. 1971.

GR 1450 — 17. 8. 1971: Elfers, Bernd, Innenarchitekt, Kassel, und Liane geb. Hartmann. Gütertrennung durch Vertrag vom 4. 6. 1971.

GR 1450 A — 17. 8. 1971: Ehrlich, Udo, Konstrukteur, Kassel, und Helga geb. Menne. Gütertrennung durch Vertrag vom 16. 6. 1971.

GR 1451 — 20. 8. 1971: Arning, Rolf, Maschinenschlosser, Kassel, und Eva geb. Lobner. Gütertrennung durch Vertrag vom 18. 8. 1970

GR 1451 A — 20. 8. 1971: Knierim, Walter, Kaufmann, Kassel, und Liselotte geb. Heyde. Gütertrennung durch Vertrag vom 25. 5. 1971.

GR 1452 — 20. 8. 1971: Landgrebe, Albert, Maschinenschlosser, Kassel, und Elisabeth geb. Rimbach. Gütertrennung durch Vertrag vom 30. 7. 1971.

GR 1452 A — 27. 8. 1971: Bertermann, Fritz, Kaufmann, Kassel, und Ingrid geb. Knobloch. Gütertrennung durch Vertrag vom 28. 6. 1971.

GR 1453 — 30. 8. 1971: Tänzler, Karl-Heinz, Unteroffizier der Bundeswehr, Kassel, und Ella Margrit geb. Raabe. Gütertrennung durch Vertrag vom 3. 6. 1971.

GR 1453 A — 30. 8. 1971: Meyer, Karl-Heinz, Versicherungskaufmann, Kassel, und Birgit geb. Späth. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. 7. 1971.

GR 1454 — 30. 8. 1971: Sohl, Werner Georg, Gastwirt, Kassel, und Emilie Anna Waltraud geb. Hugo. Gütertrennung durch Vertrag vom 5. 7. 1971.

GR 1454 A — 31. 8. 1971: Beckmann, Heinrich, Versicherungskaufmann, Kassel, und Gudrun geb. Rittershausen. Gütertrennung durch Vertrag vom 24. 8. 1971.

GR 1455 — 14. 9. 1971: Wenz, Karl-Heinz, Gerichts-vollzieher, Kassel, und Birgitte Heidrun geb. Nielsen. Gütertrennung durch Vertrag vom 4. 8. 1971.

GR 1455 A — 14. 9. 1971: Jahnke, Horst, kfm. Angestellter, Kassel, und Gerda geb. Reinhardt. Gütertrennung durch Vertrag vom 28. 7. 1971.

GR 1456 — 14. 9. 1971: Hofmann, Walter, Uhrmacher, Kassel, und Ursula geb. Dü-ring. Gütertrennung durch Vertrag vom 25. 6. 1971.

GR 1456 A — 14. 9. 1971: Szymorek, Günter, Elektriker, Kassel, und Erika geb. Schumacher. Gütertrennung durch Vertrag vom 8. 5. 1971.

GR 1457 — 15. 9. 1971: Schölch, Karl-Heinz, Kaufmann, Kassel, und Uta geb. Kieppe. Gütertrennung durch Vertrag vom 6. 8. 1971.

GR 1457 A — 17. 9. 1971: Gubela, Horst-Ulrich, Kaufmann, Kassel, und Helga geb. Musielak. Gütertrennung durch Vertrag vom 4. 5. 1971.

35 Kassel, 24. 9. 1971

Amtsgericht

**3381**

8 GR 635 — 27. September 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Kraftfahrer Lothar Siegfried Heinz Haut und Kontoristin Monika Emmy Haut geb. Zehender, beide wohnhaft in Schwalbach (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 6. September 1971 ist Gütertrennung vereinbart.  
624 Königstein (Ts.), 28. 9. 1971

Amtsgericht

**3382**

8 GR 636 — 27. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Versicherungskaufmann Horst Redemann und Innenarchitektin Edith Gottlinde Redemann-Kuss geb. Kuss, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 3. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.  
624 Königstein (Ts.), 28. 9. 1971

Amtsgericht

**3383**

GR 301 — 20. September 1971: Die Eheleute Schreinermeister Hans-Otto Güllich und Christa geb. Storch, beide Sachsenberg, Adolf-Müller-Straße 5, haben durch Vertrag vom 6. September 1971 Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 20. 9. 1971

Amtsgericht

**3384**

4 GR 435 — 29. 9. 1971 — **Neueintragung:** Kurt Karl-Friedrich Müller, Pelzkaufmann, und Rita geb. Veid, Dreieichenhain.

Durch Vertrag vom 12. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen, 1. 10. 1971

Amtsgericht

**3385**

4 GR 436 — **Neueintragung:** 8. Oktober 1971, Gerhard Vogel, Bankkaufmann und Irmgard Lisa Therese geb. Kühn, Spremlingen. Durch Vertrag vom 2. September 1971 ist der gesetzliche Güterstand ausgeschlossen.

607 Langen, 8. 10. 1971

Amtsgericht

**3386**

7 GR 416 — 8. 9. 1971: Hendriks, Peter, Kaufmann in Limburg, und Renate geb. Lobgesang.

Durch Ehevertrag vom 23. Oktober 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

7 GR 417 — 8. 9. 1971: Maiwurm, Peter, Student in Limburg, und Marlies geb. Binder in Hadamar.

Durch Ehevertrag vom 23. Januar 1971 wurde Gütertrennung vereinbart.

7 GR 418 — 13. 9. 1971: Kremer, Heinz, Kaufmann in Würges, und Hildegard geb. Becker.

Durch Vertrag vom 2. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

625 Limburg (L.), 27. 9. 1971

Amtsgericht

**3387**

7 GR 419 — 29. 9. 1971: Hahnfeld, Simon Franz Theo, Fahrerschullehrer in Linter, und Edith geb. Linz.

Durch Vertrag vom 28. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

7 GR 420 — 29. 9. 1971: Nemetz, Josef Ferdinand, Kfz.-Schlosser in Nauheim, und Erika geb. Henn.

Durch Ehevertrag vom 13. Juli 1971 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

625 Limburg (L.), 29. 9. 1971

Amtsgericht

**3388**

GR 853 — 22. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Kaufmann Peter Fellner und Rita Renate Fellner geb. Barofke, beide in Marburg (Lahn), Wilhelm-Busch-Straße 1.

Durch notariellen Vertrag vom 11. August 1971 ist der Güterstand der Zu-

gewinnsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart worden.

3550 Marburg (Lahn), 20./22. 9. 1971

Amtsgericht

**3389**

GR 854 — 22. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Verkäufer Emil Pohl und Anna Pohl geb. Merkel, beide in Marburg (Lahn), Am Richtsberg 1.

Durch notariellen Vertrag vom 17. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart worden.

3550 Marburg (Lahn), 20. 22. 9. 1971

Amtsgericht

**3390**

GR 855 — 27. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Angestellter Hugo Wilke und Elisabeth Maria Wilke geb. Helfrich, beide in Marburg (Lahn), Schwanallee 45.

Durch notariellen Vertrag vom 5. August 1971 ist Gütertrennung vereinbart worden.

3550 Marburg (Lahn), 23./27. 9. 1971

Amtsgericht

**3391**

GR 189 — **Neueintragung:** Steuerbevollmächtigter Heinz Wilhelm Nikolaus Evers und Aloisia Evers geborene Henze in Felsberg, Ederweg 1.

Durch notariellen Vertrag vom 21. Mai 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 10. 9. 1971

Amtsgericht

**3392**

GR 193 — 18. 8. 1971 — **Veränderung:** Eheleute Handelsvertreter Erich Döhmer und Carla Döhmer, geborene Welzel, beide wohnhaft in Oyten, Ortsteil Schaphusen, Schulweg 8, Kreis Verden (Aller).

Durch notariellen Vertrag vom 4. März 1971 ist die Ausschließung der Verwaltung und Nutznießung des Ehemannes am Vermögen der Ehefrau aufgehoben.

622 Rüdesheim (Rh.), 18. 8. 1971

Amtsgericht

**3393**

GR 307 — 6. 9. 1971 — **Neueintragung:** Eheleute Georg Karl Eberhard Klein und Rosalia Eduarda Klein, geborene Wuyts, beide wohnhaft in Geisenheim am Rhein.

Durch notariellen Vertrag vom 16. Juli 1971 ist Gütertrennung vereinbart.

622 Rüdesheim (Rh.), 6. 9. 1971

Amtsgericht

**3394**

Rü GR 256 — 23. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Durch Vertrag vom 6. 7. 1971 haben die Eheleute Rudolf Vinzenz Fochler, Gastwirt, und Frau Almut Fochler geb. Bauer, Rüsselsheim, Friedhofstraße 33, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 23. 9. 1971

Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim**3395**

Rü GR 257 — 23. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Durch Vertrag vom 28. 7. 1971 haben die Eheleute Helmar Ullmann und Frau Ursula geb. Bröhland, Rüsselsheim, Tannenstraße 60, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 28. 9. 1971

Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim**3396**

Rü GR 258 — 23. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Durch Vertrag vom 27. 8. 1971 haben die Eheleute Heinz Keil, Ingenieur, und Frau Elfriede geb. Einwächter, Rüs-

selsheim, Frobelsstraße 11, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 20. 9. 1971

Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim**3397**

Rü GR 259 — 23. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Durch Vertrag vom 31. 8. 1971 haben die Eheleute Heinz Günter Wenath, Malermeister in Rüsselsheim, Alte Kirchstraße 8, und Frau Hildegard geb. Schneider, Rüsselsheim, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 15. 9. 1971

Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim**3398**

Rü GR 260 — 23. Sept. 1971 — **Neueintragung:** Durch Vertrag vom 6. 9. 1971 haben die Eheleute Manfred Jakob Kunz, Kaufmann, und Frau Magdalena geb. Brumme, Rüsselsheim, Hamburger Str. 9, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 15. 9. 1971

Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim**3399**

GR 144 — **Neueintragung:** Oberloklführer Heinrich Weidemann und Anna Katharina Weidemann geb. Diebel, Oberaula.

Durch Vertrag vom 2. 8. 1971 ist fortgesetzte Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht den Eheleuten gemeinsam zu.

3578 Schwalmstadt 1. 30. 9. 1971

Amtsgericht Treysa

**3400**

GR 145 — **Neueintragung:** Landwirt Heinrich Battenberg und Martha Maria Elisabeth Battenberg geb. Wagner, Wahlshausen.

Durch Vertrag vom 10. 8. 1971 ist fortgesetzte Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht den Eheleuten gemeinsam zu.

3578 Schwalmstadt 1. 30. 9. 1971

Amtsgericht Treysa

**3401**

GR 668: Eheleute Rentner Wilhelm Jestädt und Mariechen Jestädt geb. Hepp verw. Mannweiler, 6331 Waldgirmes, Lindenstraße 2.

Durch notariellen Vertrag vom 14. Sept. 1971 — Urkundenrolle Nr 1110 71 des Notars Theodor Schäfer in Wetzlar — ist Gütergemeinschaft vereinbart.

633 Wetzlar, 4. 10. 1971

Amtsgericht

**3402 Vereinsregister**

VR 494 — 22. 9. 71: Kleintierzuchtverein 1910 Seulberg, Sitz Seulberg.

VR 495 — 27. 9. 71: Elterngruppe für freie Kindererziehung (EiffK), Sitz Oberursel Ts.

VR 496 — 27. 9. 71: Pfadfinder, Eltern- und Fördererkreis, Sitz Friedrichsdorf (Ts).

6380 Bad Homburg, 5. 10. 1971

Amtsgericht

**3403**

VR 99 — **Neueintragung:** Tennisverein Ober Eschbach e. V., Sitz: Ober Eschbach.

6368 Bad Vilbel, 3. 9. 1971

Amtsgericht

**3404**

VR 100 — **Neueintragung:** „Volkschor Frohsinn“ Massenheim von 1888, Sitz Massenheim.

6368 Bad Vilbel, 3. 9. 1971

Amtsgericht

**3405**

VR 363 — 30. September 1971: Name: Ski-Club 1957 Hartenrod, Sitz: Hartenrod

356 Biedenkopf, 30. 9. 1971

Amtsgericht

**3406****Neueintragungen**

73 VR 6061 — 7. Sept. 1971 — Michael-Schulverein.

73 VR 6062 — 10. Sept. 1971 — Jehovas Zeugen Versammlung Frankfurt-Höchst-Süd.

73 VR 6063 — 10. Sept. 1971 — 1. Zeilsheimer Karneval-Club 1956 „Labbeduddel“  
73 VR 6070 — 29. Sept. 1971 — Bauverein Okumenisches Gemeindezentrum Ffm.-Zeilsheim.

73 VR 6066 — 17. Sept. 1971 — Volkshilfswerk Eschborn-Niederhöchststadt.

Sitz: Eschborn (Taunus).

73 VR 6067 — 21. Sept. 1971 — Tennisclub Bergen-Enkheim.

Sitz: Bergen-Enkheim.

73 VR 6068 — 27. Sept. 1971 — Bischofsheimer Tennis-Verein.

Sitz: Bischofsheim.

73 VR 2384 — 27. Sept. 1971 — Arbeitsgemeinschaft der Landesbaugemeinden.

Sitz: Frankfurt (Main).

Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4568 — 1. Sept. 1971 — Deutsch-Sowjetische Gesellschaft (Deutsche Gesellschaft zur Förderung der kulturellen und menschlichen Beziehungen zur Sowjetunion).

Sitz: Frankfurt (Main).

Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 6004 — 29. Sept. 1971 — Turngemeinde Frankfurt/Main-Praunheim 1884.

Sitz: Frankfurt (Main).

Der Verein ist aufgelöst.

6 Frankfurt (Main), 5. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 73

**3407**

VR 57: In das Vereinsregister Nr. 57 des Amtsgerichts Lauterbach ist unter dem 20. Juli 1971 folgendes eingetragen worden:

Spalte 1: 4

Spalte 3: Durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder wurde § 8 Abs. 2 der Satzung (Anfall des Vereinsvermögens bei Auflösung) geändert.

Spalte 5: Durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder wurde der Verein aufgelöst.

Zum Liquidator wurde die Industrie- und Handelskammer Gießen bestellt.

63 Gießen, 8. 10. 1971

Industrie- und Handelskammer  
Gießen

**3408**

VR 793 — 15. 9. 1971: Unterstützungskasse der Bender GmbH, Gießen.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 24. Februar 1971 ist der Verein aufgelöst.

63 Gießen, 7. 10. 1971

Amtsgericht

**3409**

VR 251 — 30. 9. 1971: Sportgemeinschaft Niederauoff, Niederauoff (Ts.).

627 Idstein (Ts.), 10. 9. 1971

Amtsgericht

**3410**

VR 1203 — 10. 8. 1971: Verein der Freunde und Förderer des deutsch-amerikanischen Kindergartens, Kassel.

VR 1204 — 16. 8. 1971: Spielkreis Berliner Brücke, Kassel.

VR 1205 — 1. 9. 1971: Hessischer Schafzuchtverband, Kassel.

VR 1206 — 17. 9. 1971: Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und Witwen Deutschlands, Kassel.

35 Kassel, 28. 9. 1971

Amtsgericht

**3411**

VR 90 — 8. Oktober 1971 — Neueintragung: Sport-Club Volkartshain eingetra-

gener Verein.

Sitz: Volkartshain.

6420 Lauterbach, 8. 10. 1971

Amtsgericht

**3412**

Rü VR 193 — Neueintragung: In das Vereinsregister ist am 6. Oktober 1971 eingetragen worden:

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Bezirk Rüsselsheim, eingetragener Verein. 609 Rüsselsheim, 6. 10. 1971

Amtsgericht Groß-Gerau  
Zweigstelle Rüsselsheim

**3413****Neueintragung**

VR 116 — 16. 9. 1971: Reit- und Fahrclub Lochmühle, Sitz: Wehrheim (Ts.)

VR 117 — 16. 9. 1971: Schützenverein Hubertus 1968 e.V., Sitz: Gemünden, Krs. Usingen (Ts.)

639 Usingen (Ts.), 16. 9. 1971

Amtsgericht

**3414 Vergleiche — Konkurse**

N 171: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der **Henriette Auguste Ketter**, zu Wohnhaft in Bad Nauheim, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. 636 Friedberg (H.), 30. 9. 1971

Amtsgericht

**3415**

42 N 971: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 29. 1. 71 verstorbenen, zuletzt in Dörnigheim, Hermann-Löns-Straße 1, wohnhaft gewesenen Ehefrau **Christina Freifrau von dem Busche-Hünnefeld** ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. 645 Hanau, 30. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 42

**3416**

2 N 11/71 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Heimbau- und Verwaltung GmbH**, Flörsheim (Main), Obermainstr. 4a, eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Wiesbaden unter HR B 2910, ist am 4. Oktober 1971, um 16.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ansgar Quabius, Frankfurt (Main), Fichardstr. 52. Anmeldefrist bis 29. 11. 1971.

Erste Gläubigerversammlung am 15. November 1971, um 14.30 Uhr, Prüfungstermin am 13. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hochheim (Main), Kirchstr. 21, Zimmer 13. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. 10. 1971. 6203 Hochheim (Main), 4. 10. 1971

Amtsgericht

**3417**

50 N 166: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der **A. Bitter & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Kassel, Fiedlerstr. 20—32 soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 11 710,06 DM. Zu berücksichtigen sind noch 286 069,48 DM bevorrechtigte und 1 780 372,65 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts — Abteilung 50 — in Kassel — Aktenzeichen 50 N1/66 —, zur Einsichtnahme der Beteiligten aus. 35 Kassel, 6. 10. 1971

Der Konkursverwalter:  
Dr. Ziegler

Rechtsanwalt

**3418**

50 N 67/69: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 9. Juni 1969 in Kassel verstorbenen, zuletzt dort in der Breitscheidstraße 46 wohnhaft gewesenen **Dachdeckermeister Friedrich Wilhelm Stef-**

feu ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden (§ 163 KO). 35 Kassel, 5. 10. 1971

Amtsgericht

**3419**

1 N 14/71 — 6. 10. 1971 — Anschlußkonkursverfahren: Nach Einstellung des Vergleichsverfahrens 1 VN 3/71 ist über das Vermögen der **Kauffrau Erna Goldhammer geb. Zander**, 3541 Alraft, Haus Nr. 11, jetzt 8166 Neuhaus (Schliersee), Rothendaschweg 1, mit Beginn des 2. 10. 1971 der Anschlußkonkurs eröffnet worden.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt K. Witkovsky in Korbach.

Erste Gläubigerversammlung Freitag, den 22. Okt. 1971, um 8.00 Uhr. Prüfungstermin Freitag, den 10. Dez. 1971, um 14.30 Uhr, im Erdgeschoß des Amtsgerichts, Zimmer 8. Anmeldungen der Konkursforderungen (zweifach, Zinsen mit dem bis zum 2. 10. 71 errechneten Betrag) bis zum 1. 12. 1971. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. 10. 1971.

354 Korbach, 6. 10. 1971

Amtsgericht

**3420**

5 VN 471 — Vergleichsverfahren: Die offene Handelsgesellschaft in Firma **Rudolf, Günther und Klaus Walter, Baustoffgroßhandlung** in Langen, Wallstr. 41, hat durch einen am 6. Oktober 1971 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt.

Vorläufiger Verwalter: Rechtsanwalt Dr. Rosenkranz jr. in Langen, Gartenstraße 84.

607 Langen, 7. 10. 1971

Amtsgericht

**3421**

7 N 7/69 — Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Heinz Schmitt, Inhaber eines Lichtreklame-Bau- und Konstruktionsbetriebes** in Marburg (Lahn), Neue Kasseler Straße 3/4, ist Schlußtermin auf den 22. November 1971, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Universitätsstraße 48, III. Stock, Zimmer 352, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachgemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1250,— DM und die Auslagen werden auf 200,— DM festgesetzt.

355 Marburg (Lahn), 8. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 7

**3422**

7 N 7/69: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Heinz Schmitt, Inh. eines Lichtreklame-Bau- und Konstruktionsbüros**, 355 Marburg (Lahn), Neue Kasseler Str. 3/4, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Hierfür stehen 3560,03 DM zur Verfügung. Hieraus sind die Gläubiger der Rangklasse 1 mit einer Gesamtforderung von 3163,84 DM und die Gläubiger der Rangklasse 2 mit einer Gesamtforderung von 36 254,45 DM zu berücksichtigen.

Das Verzeichnis dieser Forderungen ist zum Zwecke der Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Marburg, Zimmer 354, hinterlegt.

355 Marburg (Lahn), 7. 10. 1971

Der Konkursverwalter:  
Heinz Ludwig  
Rechtsanwalt

**3423**

1 N 5/69: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Franz W.**

Vogelsang, 639 Usingen (Taunus), Klapperfeld 7, nunmehr 6366 Wölfersheim, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

639 Usingen (Ts.), 8. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 1

### 3424

7 N 70 65 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Alois Mayer — Alleininhaber der Fa. Koch u. Gergen, Offenbach/Main, Ludwigstraße Nr. 116 — wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

605 Offenbach a. Main, 4. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 7

### 3425

62 N 55 70 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ellen von Besack KG., Wiesbaden, Burgstraße 1—3, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 29. 9. 1971

Amtsgericht

### 3426

62 N 76 70 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Else von Besack, früher Wiesbaden, Theodor-Heuss-Ring 27, wird mangels Masse gem. § 204 KO eingestellt.

62 Wiesbaden, 29. 9. 1971

Amtsgericht

### 3427

62 N 49 70 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Heizungsbauers Heinrich Schmidt, unbekanntem Aufenthalts, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden-Bierstadt, Dolkenheimer Straße 18, wird heute, am 5. Oktober 1971, um 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Zilcken, Wiesbaden, Forststraße 1.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 10. November 1971 beim Gericht.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 24. November 1971, um 9.00 Uhr, Zimmer 243. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. November 1971.

62 Wiesbaden, 5. 10. 1971

Amtsgericht

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 3428

2 K 4/71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Laufenselden, Band 35, Blatt 1022, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Laufenselden, Flur 34, Flurstück 140, Hof- und Gebäudefläche Größe 1383 Ar,

soll am 6. Dezember 1971, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße 12, Saal 10, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 2. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Josef Zimmermann, Laufenselden, jetzt Aarbergen-Michelbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 170 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 6. 10. 1971

Amtsgericht

### 3429

K 8/71 mit K 26/71 verbunden: Das im Grundbuch von Lixfeld, Band 34, Blatt 1233 eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Lixfeld, Flur 3, Flurstück 81/5, Hof- und Gebäudefläche, Unter dem Sattel an der Steinrütze, Größe 7,26 Ar,

soll am Dienstag, dem 30. 11. 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 2./12. 5. 71 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Irmfried Jäger und Hilde geb. Luy in Lixfeld je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 22. 9. 1971

Amtsgericht

### 3430

61 K 49 71: Das im Grundbuch von Ober-Ramstadt, Band 68, Blatt 4019 A, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Ober-Ramstadt, Flur 2, Flurstück 318, Hof- und Gebäudefläche, Steinackerstr. 3, Größe 5,34 Ar,

soll am 6. Januar 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 8. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Walter Ernst Dietrich Decker, Ingenieur in Ernsthofen,

2. dessen Ehefrau Gertrud Decker geb. Flügel, daselbst,

— zu je 1/2 —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 16. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 61

### 3431

61 K 24/71: Die im Grundbuch von Alsbach, Band 1, Blatt 22, eingetragene Grundstückshälfte an dem Grundstück

Nr. 9, Gemarkung Alsbach, Flur 1, Flurstück 517/1, Hof- und Gebäudefläche, Lindenstraße 27, Größe 14,62 Ar,

soll am 13. Januar 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 3. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Philipp Georg Bonin in Alsbach — zu 1/2 —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 17. 9. 1971

Amtsgericht, Abt. 61

### 3432

31 K 40/70: Das im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 56, Blatt 2631, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 7, Flurstück 2631, Hof- und Gebäudefläche, Friedensstraße 22, Größe 4,35 Ar,

soll am Mittwoch, 8. 3. 72, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Marienstraße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 9. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Annelore Trautmann geb. Schübel, Ehefrau des Kaufmanns Erich Willi Trautmann, Nieder-Roden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 000,— DM.

Bieter müssen im Termin u. U. 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 6. 10. 1971

Amtsgericht

### 3433

8 K 371: Die im Grundbuch von Markershausen, Band 5, Blatt 74, eingetragenen Grundstücke

Nr. 3, Gemarkung Markershausen, Flur 7, Flurstück 24/4, Ackerland, Die Tonkaute, Größe 47,76 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Markershausen, Flur 5, Flurstück 14/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf Nr. 7, Größe 9,36 Ar,

sollen am 2. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Februar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Richard Tanz, Markershausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 28. 9. 1971

Amtsgericht

### 3434

3 K 22 71: Die im Grundbuch von Abterode, Band 38, Blatt 1273, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Abterode, Flur 10, Flurstück 118, Ackerland, Auf dem Heu-berge, Größe 23,68 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Abterode, Flur 10, Flurstück 116, Ackerland, Auf dem Heu-berge, Größe 30,26 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Abterode, Flur 10, Flurstück 117, Ackerland, Auf dem Heu-berge, Größe 23,90 Ar,

Nr. 5, Gemarkung Abterode, Flur 11, Flurstück 47, Grünland, In der Bornwiese, Größe 27,86 Ar,

Nr. 6, Gemarkung Vockerode, Flur 9, Flurstück 164/79, Grünland, Von der Auc, Größe 23,89 Ar,

Nr. 7, Gemarkung Vockerode, Flur 10, Flurstück 33/1, Ackerland Am Abteroder Wege, Größe 62,76 Ar,

sollen am 9. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Juni 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Marta Risch geb. Becker, Abterode, Steinweg 41.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 1. 10. 1971

Amtsgericht

### 3435

K 8/71 — Das im Grundbuch von Nieder-Florstadt, Band 47, Blatt 2299, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Florstadt, Flur 1, Flurstück 793, Hof- und Gebäudefläche, Tannenweg 11, Größe 6,38 Ar,

soll am Freitag, dem 17. 12. 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Friedberg

(Hessen), Homburger Straße 19, Zimmer Nr. 32, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Hubert Hildmann in Bad Orb.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 53 500 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg/Hessen, 5. 10. 1971

Amtsgericht

### 3436

K 19/71: Die im Grundbuch von Hornbach, Band 8, Blatt 228, eingetragenen Grundstücke

ONr. 1, Flur 3, Nr. 12, Ackerland (tlw. Obstb.), Im Geisberg, Größe 72,50 Ar, Grünland, Größe 35,50 Ar, Unland, Größe 5,62 Ar,

ONr. 2, Flur 3, Nr. 13, Wald (Holzung), Im Geisberg, Größe 31,56 Ar,

ONr. 3, Flur 3, Nr. 14, Grünland, Auf der Seif, Größe 49,69 Ar,

ONr. 4, Flur 3, Nr. 15, Ackerland, Im Geisberg, Größe 22,10 Ar, Unland, Größe 9,28 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 2. Dezember 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Zimmer 8, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 7. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adam Thomas und dessen Ehefrau Eva Thomas geb. Geiß in Lampertheim in Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 31 237,50 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 30. 9. 1971

Amtsgericht

### 3437

42 K 18/70 — Beschluß: Das im Grundbuch von Rüdtingshausen, Band 20, Blatt 784, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 Gemarkung Rüdtingshausen, Flur 1, Flurstück 139/1, Hof- und Gebäudefläche, Weitershainer Str. 41, Größe 6,52 Ar,

soll am 16. Dezember 1971, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 5. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Käthe Lina Marie Drochner geb. Volk in Rüdtingshausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 4. 10. 1971

Amtsgericht

### 3438

2 K 38/71: Die im Grundbuch von Erfelden, Band 5, Blatt 328, eingetragenen Grundstücke

Nr. 38, Gemarkung Erfelden, Flur 1, Flurstück 12/3, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelm-Leuschner-Str. 26, Größe 18,95 Ar,

Nr. 52, Gemarkung Erfelden, Flur 4, Flurstück 405, Ackerland, Der Hainersand, Größe 546,58 Ar,

Nr. 53, Gemarkung Erfelden, Flur 21, Flurstück 205, Ackerland, Die Tagweide, Größe 229,27 Ar,

Nr. 54, Gemarkung Erfelden, Flur 21, Flurstück 215, Grünland, Die Streitgewann, Größe 62,97 Ar,

sollen am 25. November 1971, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, im Arbeitsamtgebäude, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Juli 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Theodor Seipel, Erfelden, Wilhelm-Leuschner-Str. 26.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

668 Groß-Gerau, 21. 9. 1971

Amtsgericht

### 3439

42 K 77/70: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Mittelbuchen, Band 29, Bl. 1147, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mittelbuchen, Flur 8, Flurst. 197, Bebauter Hofraum, Guldenstr. 11, Größe 72 qm.

am 8. 12. 1971, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 19, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Alfred Heilmann, Marie Heilmann geb. Hartherz, beide in Mittelbuchen, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 7. 10. 1971

Amtsgericht, Abt. 42

### 3440

2 K 28/71: Das im Grundbuch von Merkenbach, Band 24, Blatt 853, eingetragene Grundstück

Nr. 6, Gemarkung Merkenbach, Flur 3, Flurstück 128, Hof- und Gebäudefläche, Rathausstraße 3, Größe 11,02 Ar,

soll am 3. Dezember 1971, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße Nr. 16, Zimmer Nr. 20, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. September 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Bruchmeister Adolf Metz in 6361 Ockstadt — zur Hälfte —,

b) Sieglinde Albers gesch. Metz geb. Lehr in 6349 Merkenbach — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 27. 9. 1971

Amtsgericht

### 3441

2 K 6/70 — Beschluß: Das im Grundbuch von Calden, Band 40, Blatt 1247, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Calden, Flur 22, Flurstück 1/13, Lieg.-B. 1499, Hof- und Gebäudefläche, Am Steinbruch Nr. 1, Größe 77,89 Ar,

soll am 17. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Str. Nr. 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. März 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Renate Finkeldey geb. Hlouschek in Calden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 165 000,— Deutsche Mark (i. W. Einhundertfünfundsechzigtausend Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 24. 9. 1971

Amtsgericht

### 3442

2 K 9/71 — Beschluß: Das im Grundbuch von Immenhausen, Band 60, Blatt 1889, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Immenhausen, Flur 21, Flurstück 60, Lieg.-B. 2687, Ackerland, Windmühle, Größe 41,42 Ar,

soll am 17. Dezember 1971, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Str. Nr. 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Großhandelskaufmann Herbert Silber in Immenhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4142,— DM (i. W. Viertausendeinhundertzweiundvierzig Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 24. 9. 1971

Amtsgericht

### 3443

K 2/71: Das im Grundbuch von Homberg, Bezirk Kassel, Band 98, Blatt 2926, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Homberg, Flur 4, Flurstück 33/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Erlebrunnenwege, Größe 13,68 Ar,

soll am 17. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Behördenangestellter Willi Albert, Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg (Bez. Kassel), 4. 10. 1971

Amtsgericht

### 3444

51 K 19/71: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 60, Blatt 2386, eingetragenen Grundstücks, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberkaufungen, Flur 13, Flurstück 203/7, Lieg.-B. 2020, Hof- und Gebäudefläche, Virchowstraße 3, Größe 3,85 Ar,

soll am 5. Januar 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 9, Zimmer 106, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 2. 1971 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Rentner Otto Stahl in Oberkaufungen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 5. 10. 1971

Amtsgericht

### 3445

5 K 10/70 — Terminbestimmung zur Zwangsvollstreckung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Amöneburg belegene, im Grundbuch von Amöneburg, Band 43, Blatt 1556, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück

am Mittwoch, dem 15. Dezember 1971, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 14, Flurstück 53/2, Bauplatz, An der Kesselgasse, Größe 7,62 Ar.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 5. Mai 1970 bezüglich der Grundstückshälfte der Frau Anita Knobel geb. Bermes und am 1. Juni 1970 bezüglich des Spedi-

tion-kaufmanns Günter Knobel in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer waren damals der Speiditionskaufmann Günter Knobel und dessen Ehefrau Anita Knobel geb. Bernes in Marburg (Lahn), Rollwiesenweg 33, jetzt Aircöneburg - je zur Hälfte -, eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 14. Januar 1971 ist gem. § 74a ZVG der Wert des Grundstücks auf 120 000,- DM (i. W. Einhundertzwanzigtausend Deutsche Mark) festgesetzt worden.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 30. 9. 1971  
Amtsgericht

**3446**

5 K 971 - Terminbestimmung zur Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll zum Zwecke der Auseinandersetzung die Hälfte des in Kirchhain belegenen, im Grundbuch von Kirchhain, Blatt 3851 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücks am Mittwoch, dem 1. Dezember 1971, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 155 50, Hof- und Gebäudefläche, Menchestr. 16, Größe 6,82 Ar.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 14. 4. 1971 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer waren damals in ungeteilter Erbengemeinschaft zu  $\frac{1}{2}$  eingetragen

a) Agathe Rausch geb. Hilker in Kirchhain,

b) Karl Heinz Rausch in Halberstadt (Harz), Friedrich-Ebert-Str. 19,

c) Armin Rausch in Halberstadt (Harz), Westerhäuser Landstr. 71,

d) Lutz, genannt Lothar Rausch, daselbst.

(Eigentümerin der anderen Hälfte ist Frau Agathe Rausch geb. Hilker.)

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 9. 8. 1971 ist gem. § 74a ZVG der Wert der Grundstückshälfte auf 20 200,- DM (i. W. Zwanzigtausendzweihundert DM) festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 22. 9. 1971  
Amtsgericht

**3447**

5 K 3467 - Terminbestimmung zur Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die zu lfd. Nr. 5 in Herbelhausen, zu lfd. Nr. 6 in Sehlen und zu lfd. Nr. 9 bis 11 in Haina belegenen, im Grundbuch von Haina, Blatt 153, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke

am Mittwoch, dem 8. Dezember 1971, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 2, Ackerland, Die Bunstruth, Größe 101,73 Ar = 12 207,60 DM,

lfd. Nr. 6, Flur 9, Flurstück 26, Ackerland, daselbst, Größe 107,30 Ar = 10 730,- Deutsche Mark,

lfd. Nr. 9, Flur 4, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche und Grünland, Hörlemühle, Größe 148,57 Ar = 127 039,- DM,

lfd. Nr. 10, Flur 6, Flurstück 13, Ackerland, Am Dachsberg, Größe 101,81 Ar = 15 340,- DM,

lfd. Nr. 11, Flur 6, Flurstück 24, Ackerland, daselbst, Größe 102,58 Ar = 13 335,- Deutsche Mark.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Oktober 1967 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer war damals der Landwirt Heinrich Klinge jun. in Haina eingetragen.

Durch rechtskräftige Beschlüsse des Amtsgerichts Kirchhain vom 7. 7. 1970 und vom 28. 8. 1970 ist gemäß § 74a ZVG der Wert der Grundstücke wie oben vermerkt festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 23. 9. 1971  
Amtsgericht

**3448**

9 K 6670: Das im Grundbuch von Kronberg, Band 31, Blatt 1241, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kronberg, Flur 4, Flurstück 344/10, Hof- und Gebäudefläche, Dettweilerstraße 4, Größe 5,40 Ar,

soll am 15. Dezember 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nebengebäude, Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungszimmer - durch Zwangsvollstreckung - versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 1. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hans Henderkes, 6242 Kronberg (Taunus), Dettweilerstraße 4.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 202 163,04 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 27. 9. 1971

**3449**

1 K 270: Die im Grundbuch von Adorf, Band 16, Blatt 461, eingetragenen Grundstücke

Nr. 11, Gemarkung Adorf, Flur 2, Flurstück 100/34, Hof- und Gebäudefläche, Flechtendorfer Straße 26, Größe 28,65 Ar,

Nr. 13, Gemarkung Adorf, Flur 2, Flurstück 34/2, Hof- und Gebäudefläche, Flechtendorfer Straße 26, Größe 12,50 Ar,

sollen am 17. Januar 1972, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Februar 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Zimmermann Karl Kranke in Adorf, geb. 16. 9. 1926.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

	139 170,- DM.
Inventar	11 080,- DM.
	<u>150 250,- DM.</u>

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 5. 10. 1971  
Amtsgericht

**3450**

1 K 1271: Das im Erbbau-Grundbuch von Heringhausen, Band 9, Blatt 271, eingetragene Erbbaurecht

Nr. 1, eingetragen auf dem im Grundbuch von Heringhausen, Band 4, Blatt 108, verzeichneten Grundstück

lfd. Nr. 73 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Heringhausen, Flur 4, Flurstück 20/18, Hof- und Gebäudefläche, An der Floren-Bicke, Haus Nr. 139, Größe 10,82 Ar, in Abt. II unter lfd. Nr. 12 für die Zeit vom 1. 11. 1964 bis zum 31. 10. 2024,

soll am 10. Januar 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2,

Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Erbbauberechtigter am 28. 6. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hubert Bollmann in Osnabrück-Nahne.

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 61 500,- DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 5. 10. 1971  
Amtsgericht

**3451**

7 K 670 - Beschluß: Das im Grundbuch von Oberbrechen, Band 21, Blatt 756, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 5, Gemarkung Oberbrechen, Flur 1, Flurstück 32, Lieg.-B. 992, Hof- und Gebäudefläche, Hinterstraße, Größe 3,08 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. Dezember 1971, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede Nr. 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Mai 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kranführer Karl Heinz Lühr und dessen Ehefrau Ingeborg geb. Stillger in Oberbrechen zu je  $\frac{1}{2}$ .

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 21 000,- Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

625 Limburg, 30. 9. 1971  
Amtsgericht

**3452**

7 K 6270 - Beschluß: Das im Grundbuch von Goffelden, Band 33, Blatt 1069, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Goffelden, Flur 9, Flurstück 622, Ackerland, Gartenland, Wolfsgraben, Größe 11,87 Ar,

soll am 27. Januar 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Januar 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma A. Reithmayer & Co. KG in Wehrda.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 000,- Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 15. 9. 1971  
Amtsgericht

**3453**

K 3271 - Das im Grundbuch von Hainstadt, Band 10, Blatt 506, eingetragene Grundstück

Flur 2, Flurstück 119 5, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße, Größe 11,54 Ar, soll am 7. Dezember 1971 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, - zur Aufhebung der Gemeinschaft - versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Emil Falk,

b) Emmy Falk, geb. Sauerwein, zu je  $\frac{1}{2}$ .

Der Wert des Grundstücks ist auf 97 100 DM geschätzt.

Bietern müssen damit rechnen, im Termin  $\frac{1}{2}$  ihres Gebots in bar zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 6. 10. 1971  
Amtsgericht

**3454**

5 K 8/71: Das ideelle Schstel des im Grundbuch von Schotten, AG.Bezirk Nidda, Band 20, Blatt 1250, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Schotten, Flur 1, Flurstück 400, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 1, Größe 0,77 Ar,

soll am 13. Januar 1972, um 9,30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung — zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Miteigentümer am 10. März 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

4 c) Helmut Richter in Erfurt, jetzt wohnhaft in Offenbach/Main, zu 1/6.

Der Wert des ideellen Eigentumssechstels am Grundstück wurde nach § 74 a, Abs. 5, ZVG mit Beschluß des Gerichts vom 4. August 1971 auf 5433,33 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda. 30. 9. 1971 Amtsgesicht

**3455**

5 K 39/70: Das im Grundbuch von Blofeld, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 11 Blatt 549, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Blofeld, Flur 7, Flurstück 5, Ackerland auf dem Wirt, Größe 113,73 Ar,

soll am 27. Januar 1972, um 9,30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. September 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Frieda Elisabeth Pfaff geb. Bopp, Reichelsheim/W.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 31. März 1971 auf 13 410,75 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 4. 10. 1971 Amtsgesicht

**3456**

K 34/70 — Beschluß: Die im Grundbuch von Loshausen, Band 25, Blatt 776, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Loshausen, Flur 2, Flurstück 72/12, Ackerland, Am Nonnenweg, Größe 50,58 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Loshausen, Flur 3, Flurstück 192/72, Hof- und Gebäudefläche, Im Krautgarten Nr. 78, Größe 6,97 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Loshausen, Flur 3, Flurstück 72/1, Hofraum, Im Krautgarten, Größe 6,27 Ar, Ackerland, daselbst, Größe 9,00 Ar, Gartenland, daselbst, Größe 3,00 Ar,

sollen am 13. Dezember 1971, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in 3578 Schwalmstadt 1, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 10. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Konrad Ditter und Anna Katharina Ditter geb. Göhl, Loshausen, in Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a, Abs. 5, ZVG wie folgt festgesetzt:

für Nr. 1 auf 10 000,— DM.  
für Nr. 2 auf 119 500,— DM.  
für Nr. 3 auf 6 435,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt 1, 24. 9. 1971

Amtsgesicht Treysa

**3457**

2 K 13/71 — Das im Grundbuch von Ennerich, Band 14, Blatt 482, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ennerich, Flur 3, Flurstück 22, Hof- und Gebäudefläche Taunusstraße, Größe 4,19 Ar,

soll am 15. 12. 1971, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mauerstraße 25, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 6. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Grundstücksmakler Hans Berndt in Runkel-Kerkbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 7. 10. 1971 Amtsgesicht

**3458**

1 K 28/70: Das im Grundbuch von Bad Sooden-Allendorf, Band 91, Blatt 3727 A, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Bad Sooden-Allendorf, Flur 16, Flurstück 65/35, Gartenland, im Stadtgraben, Größe 10,60 Ar,

soll am 29. November 1971, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. Dezember 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): kaufmännischer Angestellter Jürgen Scharff in Bad Sooden-Allendorf.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 27 600,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

343 Witzenhausen, 4. 10. 1971 Amtsgesicht

## Öffentliche Ausschreibungen

**3459**

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Deckenbauarbeiten auf Landesstraßen im Bauamtbereich Fulda, Los I—VII — vergeben werden.

Auszuführen sind:

rd. 2 500 cbm Erdbewegung

rd. 300 t Basaltmaterial d. K. 0/12 mm als Sauberkeitsschicht

rd. 2 000 t Basaltmaterial d. K. 0/55 mm als Frostschutzschicht

rd. 1 600 t Teerasphalttragschicht d. K. 0/35 mm

rd. 6 000 t Teerasphaltröbbonen d. K. 0/18 mm, 3—7 cm dick

rd. 6 100 qm Teerasphalteinbeton d. K. 0/18 mm, 3,5 cm dick

rd. 58 000 qm Teerasphalteinbeton d. K. 0/8 mm, 3,5 cm dick und sonstige Arbeiten, wie Verlegung von Leitungen, Füllen von Bäumen usw.

Die Bauarbeiten sollen sofort nach Auftragserteilung begonnen werden und müssen bis zum 3. Dezember 1971 fertiggestellt sein.

Bei Los I — L 3206 Neuhof—Giesel — endet die Bauzeit am 31. Oktober 1972.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor der Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, PSchKto. Ffm. Nr. 6749 einzuzahlen, mit der obigen Angabe. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Mittwoch, dem 27. Oktober 1971, um 10.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14, statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 28. November 1971.

64 Fulda, 8. 10. 1971

Hessisches Straßenbauamt

**3460**

Bad Hersfeld: Die Arbeiten für den Neubau einer Feldwegüberführung im Zuge der L 3248, km 0,9+90, zwischen Richelsdorf und Obersuhl sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden:

Auszuführen sind:

ca. 550 cbm Erdaushub

ca. 650 cbm Beton und Stahlbeton

ca. 60 t Beton und Spannstahl

ca. 600 qm Isolierung

ca. 350 qm Mastixisolierung

sowie sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werkstage

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis zum 29. Oktober 1971 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für 2 Ausfertigungen schriftlich anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6753 oder Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld Nr. 301 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 25. November 1971 um 11.00 Uhr im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

643 Bad Hersfeld, 5. 10. 1971

Hessisches Straßenbauamt

In Zuschriften an den Staats-Anzeiger  
bitte

Ihre Postleitzahl nicht vergessen!

3461

Bei den Dienststellen der nachstehend aufgeführten Schulaufsichtsbereiche ist die Stelle je eines

## Inspektors / Oberinspektors

(A 9/A 10 HBesG)

zu besetzen.

Voraussetzung: Verwaltungsprüfung II.

1. Schulaufsichtsbereiche I-III Friedberg
2. Schulaufsichtsbereiche I-III Groß-Gerau
3. Schulaufsichtsbereiche I-III Hanau
4. Schulaufsichtsbereiche I-III Main-Taunus (Sitz Bad Soden)
5. Schulaufsichtsbereiche I-IV Offenbach-Land (Sitz Heusenstamm)
6. Schulaufsichtsbereiche I-III Wetzlar

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den

Regierungspräsidenten in Darmstadt,  
61 Darmstadt, Luisenplatz 2  
Abteilung VI - Kultus -

3462

## Wir suchen zum baldigen Eintritt

für das Rechts- und Ordnungsamts und die Stadtkämmerei

## Oberinspektoren

(Besoldungsgruppe A 10 HBesG),

welche die beamten- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den gehobenen Verwaltungsdienst erfüllen.

Ferner suchen wir

## Schreibkräfte

die nach kurzen Angaben, nach Stenogramm oder Tonträger, ihre Arbeiten verrichten,

## Bauzeichner(innen)

als Zuarbeiter für die Bearbeitung interessanter und vielseitiger Aufgaben der Stadtplanung und der Altstadtanierung.

Gewährt werden neben tarifgerechter Vergütung nach dem BAT umfangreiche Sozialleistungen. Die Stadt ist bei der Wohnungsbeschaffung behilflich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an den

Magistrat der Stadt  
637 Oberursel (Taunus), Postfach 280

3463

**Erfahrener Lehrer** (Leiter einer sechsklassigen Grundschule im Großraum Ffm.) sucht wegen der bevorstehenden Gebietsreform Stelle als Leiter einer kleinen Landschule in landschaftlich schöner und ruhiger Gegend Hessens (Odenwald, Vogelsberg, Nordhessen usw.). Stellentausch ist möglich. Bedingung: Angemessene Wohnung und Jagdgelegenheit (Jagd pachtung) müssen vorhanden sein. Angebote erbeten unter Nr. 42.71 an: Staats-Anzeiger, 6200 Wiesbaden, Postfach 1329.

## Stätten gepflegter Gastlichkeit



### TAUNUS-HOTEL

Rheinstraße 17-21, gegenüber der Rhein-Main-Halle  
Telefon 0 61 21 / 3 97 91 FS 04186143

150 Betten 60 Bäder

Restaurant und Hubertus-Klause

7 Konferenz- und Ausstellungsräume. Garagen. Parkpl.

## Blum

das moderne, vollklimatisierte Hotel  
das international bekannte Café  
das exquisite Restaurant  
Seit 1878 in Familienbesitz

Wiesbaden,

Wilhelmstr. 44-46, Tel. 0 61 21 - 3 96 11, FS 04-186692

## Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

BUROMÖBEL ORGANISATIONSMITTEL	BUROMASCHINEN BUROBEDARF	<b>VARIO</b>
WILH. MÜLLER · BAD SODEN/TS. HASSELSTRASSE 9 TELEFON: 0 61 96 / 2 34 81		

## ALLGEMEINE BERGVERORDNUNG

FÜR DAS LAND HESSEN - ABV - VOM 6. 6. 1969

Herausgeber Hessisches Oberbergamt

Textausgabe mit Sachverzeichnis

Sonderdruck aus dem Staats-Anzeiger für das Land Hessen  
- 128 Seiten Format 120 x 170 mm - Umschlag cellophanisiert - Preis DM 3,- einschl. Versandkosten u. 6,5% MwSt

Zu beziehen bei

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN  
GmbH & Co KG - 82 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Postfach

## Anzeigen-Annahmeschluß

Jeden Montag um 14 Uhr

für die am darauffolgenden Montag erscheinende Ausgabe des Staats-Anzeiger

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 13,50 (einschließlich 6 1/2 % = 0,70 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum, Wiesbaden. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 600; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hess. Landes-

bank Frankfurt/M., Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Gelsel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,08, bis 40 Seiten DM 2,74, bis 48 Seiten DM 3,30, über 48 Seiten DM 3,57. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis II Tarif Nr. 8 vom 1. 4. 1971. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.